



MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„... zu deren Besorgung die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte am Geeignetsten und Billigsten erschien“.

Frauenarbeit und Frauenbeschäftigung in der
Österreichischen Postsparkasse 1883 – 1914.
Eine quellengestützte Analyse.

verfasst von / submitted by

Roland Löffler, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2016 / Vienna 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 688

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Betreut von / Supervisor:

a.o. Univ. Prof. Dr. Peter EIGNER

Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 14.Juni 2016

(Roland Löffler, BA)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1. Themenwahl	7
1.2. Forschungsfragen	8
1.3. Methode	9
2. Frauenarbeit im 19. Jahrhundert	11
2.1. Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie	14
2.2. Dienstleistungsbereich und öffentlicher Sektor	15
3. Die Entwicklung der Frauenbeschäftigung in der Postsparkasse von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg	20
3.1. Das k.k. Postsparkassenamt: Zielsetzung, Geschäftsbereiche und Entwicklung der Gründungsjahre	20
3.2. Abteilungsstruktur, Personal und Arbeitsabläufe	22
3.3. Frauen als Beschäftigte: Die Anfangsjahre	24
3.3.1 Aufnahme der ersten weiblichen Bediensteten	24
4. Empirische Analyse zur Frauenbeschäftigung: Erwerbsverläufe zweier ausgewählter Jahrgangskohorten	45
4.1. Kurze Geschichte des Archivs der Postsparkasse	45
4.2. Bestände des Archivs	46
4.3. Stichprobenwahl, Art der Quellen, Auswertung	52
4.4. Anleitende Fragestellungen	58
4.5. Bewerbung und Aufnahme	59
4.6. Sozioökonomische Struktur der beschäftigten Frauen	61
4.7. Entlohnung und finanzielle Absicherung	77
4.7.3. Remunerationen	84
4.8. Soziale Absicherung: Urlaube, Geldaushilfen, Altersversorgung	86
4.8.1. Urlaube	86
4.8.2. Geldaushilfen	92
4.9. Krankenstände, Krankheiten und Todesfälle	93
4.9.1. Krankenstände	93
4.9.2. Krankenstandsgründe	98
4.9.3. Todesfälle in der Dienstzeit	103
4.10. Vorbeschäftigungen	106

4.11.	Ein dauerhafter Arbeitsplatz? Beschäftigungsdauer und Austrittsgründe	108
4.11.1.	Beschäftigungsdauer	108
4.11.2.	Austrittsgründe	110
4.12.	Überprüfung der Hypothesen	112
5.	Conclusio	119
6.	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	121
6.1.	Quellen aus dem Postsparkassenarchiv	121
6.2.	Von der Postsparkasse herausgegebene Berichte, und sonstige Schriften 121	
6.3.	Gesetze und Verordnungen	121
6.4.	Aufsätze, Monographien und Sammelbände.....	122
6.4.	Artikel in Zeitschriften	126
7.	Verzeichnis der Tabellen.....	127
8.	Zusammenfassung.....	129
9.	Abstract.....	131

Vorwort

Wissenschaftliches Arbeiten ist den Prinzipien der Objektivität und Nachvollziehbarkeit verpflichtet. Gleichzeitig erfordert es persönliches Interesse und Engagement der Forschenden. Ohne persönlichen Bezug zum Forschungsobjekt und einem Mindestmaß an Neugier verbunden mit dem Ziel, verwertbare Erkenntnisse zu generieren, bleibt Wissenschaft im akademischen „Elfenbeinturm“ verhaftet. Dies gilt im Besonderen für die Geschichtswissenschaften.

Die vorliegende Masterarbeit ist aus einer über mehr als drei Jahrzehnte währenden Beschäftigung mit der Geschichte der Postsparkasse entstanden. Das erste Mal wurde ich vor mehr als dreißig Jahren als Student der Lehramtsstudien Geschichte und Anglistik im Zuge einer wissenschaftlichen Hilfstätigkeit mit ihr konfrontiert. Mein späterer langjähriger Arbeitgeber, a.o.Univ.Prof. Dr. Michael Wagner, der für seine wirtschaftshistorischen Forschungsarbeiten Anfang der 1980er Jahre eine wissenschaftliche Hilfskraft suchte, war gemeinsam mit Mag. Peter Tomanek von der Österreichischen Postsparkasse anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Finanzinstitutes mit der Abfassung einer Festschrift beauftragt worden. Eine meiner ersten Arbeiten im Rahmen dieser Hilfstätigkeit, aus der sich bald ein Angestelltenverhältnis entwickelte, bestand darin, für dieses historische Werk das Sachregister zu erstellen.

Als Folgeauftrag zur Festschrift wurde Prof. Wagner bzw. seinem inzwischen gegründeten „Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ die Betreuung des Archivs der Postsparkasse übertragen. Im Rahmen eines Acht-Jahres-Vertrages sollten Quellen des Archivs für die Vorbereitung und Durchführung von vier anlassbezogenen wirtschaftshistorischen Symposien zur Geschichte der Postsparkasse genutzt werden. Die Ergebnisse der im Rahmen der Symposien vorgestellten Forschungsarbeiten wurden in vier Tagungsbänden veröffentlicht. Ich wurde mit der laufenden Organisation der Archivarbeiten betraut und durfte zwei der Tagungsbände mitherausgeben und in drei Tagungsbänden Beiträge als Koautor verfassen. Auch nach Beendigung des Betreuungsvertrages blieb ich der Postsparkasse für Fragen des Archivs als Konsulent verbunden, ordnete die umfangreichen Bestände in Zusammenarbeit mit freien MitarbeiterInnen und erstellte eine Archivadokumentation. In den folgenden Jahren konnte ich immer wieder anlassbezogen interessierten ForscherInnen den Zugang zum Archivmaterial erleichtern.

Während der Jahre der intensiven Archivbetreuung reifte in mir der Wunsch, ein sozialhistorisches Thema auf der Basis des Archivmaterials wissenschaftlich zu bearbeiten. Im Zuge meines beruflichen Wechsels zum Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung nahm ich mein Studium der Geschichte wieder auf. Gleichzeitig nahm das Thema der vorliegenden Arbeit – nicht zuletzt angeregt durch meine neuen beruflichen Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Berufsbildungsforschung – Gestalt an.

Meine Betreuer, a.o.Univ.Prof. Dr. Eigner und Univ.Doiz. Andreas Weigl haben mein Vorhaben von Anfang an unterstützt, auch wenn Sie mich davor gewarnt haben, das Forschungsvorhaben nicht zu umfassend anzulegen. Dafür und für Ihre umfassende und kollegiale Betreuung gilt Ihnen mein tiefer Dank. Die Arbeiten im Archiv der Postsparkasse wären ohne die freundliche Unterstützung von Dir. Mag. Werner Rodax und besonders von Frau Mag. Georgia Schütz-Spörl von der BAWAG PSK sowie den Mitarbeitern des Bereichs „Einkauf, Immobilien und Facility Management“ der BAWAG PSK, Herrn Kurt Brandl, Herrn Robert Weinhapl und Herrn Manfred Seper, nicht möglich gewesen. Auch Ihnen möchte ich herzlich danken. Mein Dank gilt aber auch Herrn a.o.Univ.Prof. Dr. Michael Wagner-Pinter, meinem langjährigen Dienstgeber und Freund, der mir die Welt der Postsparkassengeschichte eröffnet hat und Mag. Peter Tomanek, der mir in all den Jahren stets ein Freund und kompetenter Ansprechpartner in Fragen der Finanzgeschichte Österreichs war, sowie meiner Familie, allen voran meiner Frau Sissy, die mein berufsbegleitendes Studium stets unterstützt hat.

1. Einleitung

1.1. Themenwahl

Die Erwerbstätigkeit von Frauen ist in den letzten Jahrzehnten, nicht zuletzt durch die feministische Bewegung und die Veränderungen in der Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg ein Thema der wirtschafts- und sozialhistorischen Forschung geworden. Viele Publikationen beschäftigen sich mit dem Arbeitsleben von Frauen in verschiedenen Bereichen.¹ Die Bedeutung der Frauenbeschäftigung und Frauenarbeit im Dienstleistungssektor ist dagegen noch nicht sehr breit erforscht, dies trifft insbesondere auf den Finanzdienstleistungssektor zu. Auch zur Geschichte der Österreichischen Postsparkasse gibt es, abgesehen von den Festschriften zu den Jubiläen² nur wenige Monographien oder Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden. In den meisten dieser Publikationen steht die Geschäftstätigkeit der Postsparkasse im Mittelpunkt, sozialhistorische Themen wurden erstmals in der aus Anlass des 100-Jah Jubiläums erstellten Festschrift „Bankiers und Beamte“³ und den in der Folge erstellten Tagungsbänden der wirtschaftshistorischen Symposien, die im Zeitraum 1985 bis 1991 durchgeführt wurden⁴, angesprochen.

Frauen stellten seit der Gründung der Postsparkasse einen zunächst kleinen, aber in der Folge stets wachsenden Teil der Beschäftigten des Finanzinstitutes⁵. Eine systematische Aufarbeitung der Frauenarbeit und Frauenbeschäftigung in der Österreichischen Postsparkasse fehlt in der wirtschaftshistorischen Forschung jedoch bis heute. Dabei bietet das Archiv der Postsparkasse mit seinen weit mehr als 1 Million Einzelakten von der Gründung an bis in die späten dreißiger Jahre eine Fülle an Ma-

¹ Stellvertretend sei hier auf die vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien betreuten Editionsreihe im Böhlau-Verlag „Damit es nicht verlorengeht ...“ hingewiesen.

² 25 Jahre Postsparkasse. Österreichische Postsparkasse 1908. Festschrift zum 30jährigen Bestand des Österreichischen Postsparkassenamtes. Österreichisches Postsparkassenamt 1913. 50 Jahre Österreichische Postsparkasse. Österreichische Postsparkasse 1933. 60 Jahre Postsparkasse. 1943. Insel in den Zeiten. 70 Jahre Österreichisches Postsparkassenamt. Österreichische Postsparkasse 1953. 75 Jahre Österreichische Postsparkasse. Österreichische Postsparkasse 1958.

³ Michael Wagner, Peter Tomanek. Bankiers und Beamte. Hundert Jahre Österreichische Postsparkasse. Wien: Österreichische Postsparkasse 1983

⁴ Roland Löffler, Michael Wagner (Hrsg.): Stillstand ist Rückschritt. Der erste Postsparkassen-Gouverneur 1910. Erstes Postsparkassensymposium 5. Dezember 1985. Wien: Österreichische Postsparkasse 1986. Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.): Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postsparkasse 1987. Peter Eigner, Roland Löffler, Michael Wagner, Andreas Weigl. Gesicherte Tagfertigkeit. Arbeitsproduktivität und Technikeinsatz in der Österreichischen Postsparkasse 1883-1988. Drittes Postsparkassensymposium 23. Februar 1989. Wien: Österreichische Postsparkasse 1989. Roland Löffler, Michael Wagner (Hg.): Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Viertes Postsparkassensymposium 29. November 1990. Wien: Österreichische Postsparkasse 1990.

⁵ Zur Beschäftigungsentwicklung siehe Kapitel 3.

terial auch zu diesem Thema⁶. Aufgrund meiner langjährigen Kenntnis des Archives lag es daher nahe, dieses Thema für die Bearbeitung im Rahmen einer Masterarbeit zu wählen. Selbstverständlich würde eine systematische Aufarbeitung der Frauenarbeit und Frauenbeschäftigung über die gesamte Wirkungszeit des Institutes den Rahmen einer Masterarbeit sprengen. Daher wurde der Betrachtungszeitraum auf die Zeit zwischen der Gründung des Institutes 1883 und dem Ersten Weltkrieg eingeschränkt. Die Begrenzung des Zeitraums mit 1914 folgt nicht nur einer gängigen Epochengliederung, sie ist auch inhaltlich begründet. In der Folge des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges kam es in der Postsparkasse – wie auch in vielen anderen Betrieben – aufgrund der Tatsache, dass die männlichen Bediensteten zunehmend zum Militärdienst eingezogen wurden - zu weitreichenden Veränderungen in der Personalstruktur und der Aufgabenverteilung unter den Angestellten. Weibliche Bedienstete mussten zunehmend Aufgaben übernehmen, die über die bis dahin für Frauen üblichen Aufgabenbereiche hinausgingen. Diese Brüche und Veränderungen zu untersuchen, wäre Aufgabe einer eigenen wissenschaftlichen Arbeit.

Die vorliegende Masterarbeit widmet sich dagegen der Entwicklung der Frauenarbeit und Frauenbeschäftigung in einem führenden Finanzinstitut der ausgehenden Habsburgermonarchie beleuchtet das Thema sowohl aus betriebshistorischer als auch aus arbeitshistorischer Sicht und versucht derart, einen Beitrag zur Finanzgeschichte Österreichs zu leisten.

1.2. Forschungsfragen

Im Rahmen der Masterarbeit sollen folgende Forschungsfragen beantwortet werden:

- Welche Rolle spielte die Beschäftigung von Frauen für die Geschäftstätigkeit der Postsparkasse?
- Welche Aufgabenbereiche wurden den weiblichen Bediensteten der Postsparkasse übertragen?
- Welchen sozioökonomischen Hintergrund weisen jene Frauen auf, die in der Postsparkasse Beschäftigung fanden?
- Welche Arbeitsbedingungen fanden die weiblichen Beschäftigten der Postsparkasse vor?

⁶ Zum Archiv der Postsparkasse und deren Bestände siehe Kapitel 4.1 und 4.2

- Wie waren die Entlohnung und die sozialrechtliche Absicherung (z.B. im Krankheitsfall) von Frauen in der Postsparkasse gestaltet?
- Fanden Frauen die Möglichkeit einer dauerhaften Beschäftigung in der Österreichischen Postsparkasse und welche waren die häufigsten Austrittsgründe?
- Haben sich die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen von Frauen in Zeit zwischen der Gründung der Postsparkasse und dem Ersten Weltkrieg substantiell verändert?

1.3. Methode

Die vorliegende Arbeit ist in ihrem Kern als primärquellenbezogene Forschung konzipiert. Basis der Quellenarbeit bieten diverse Bestände des Postsparkassenarchivs: die sogenannten „Primärakten“, Personalakten aus dem Zeitraum 1882 bis 1914, amtsärztliche Protokolle, darüber hinaus die Handels-Ministeriums-Stück-Akten, Reservats-Protokolle sowie die jährlichen Rechenschaftsberichte des Hauses für die Jahre 1883 bis 1914⁷. Für den quantitativ-empirischen Teil der Arbeit wurden die Personalakten weiblicher Beschäftigter für die Zeiträume 1883 bis 1887 und 1903 bis 1907 ausgewertet. Die Einschränkung auf diese zwei Fünf-Jahres-Zeiträume ergab sich aus der hohen Zahl der im Gesamtbetrachtungszeitraum beschäftigten weiblichen Bediensteten: Zwischen 1883 und 1914 wurden für über 6.000 Frauen Bewerbungsakten angelegt, für mehr als 800 Frauen sind für diesen Zeitraum Personalakten mit detaillierten Informationen vorhanden. Um allfällige Veränderungen im Beschäftigungsverhalten des Postsparkassenamtes, der Arbeitsbedingungen und der Beschäftigungsverläufe der angestellten Frauen untersuchen zu können, wurden die Daten für die in den ersten fünf Jahren ab der Gründung eingestellten Frauen jenen der „zweiten Gründerzeit“ der Postsparkasse, in der das Institut in den Neubau am heutigen Georg-Coch-Platz übersiedelte gegenübergestellt. Zur Erfassung und Auswertung der Individualdaten wurde eine Datenbank zu den ausgewählten Personen erstellt.

Die Darstellung der Entwicklung der Postsparkasse, ihrer Geschäftsbereiche, der organisatorischen Struktur, der Personalstände und der Rahmenbedingungen der Beschäftigung beruht auf den internen Akten des Postsparkassenamtes, dem Akten-

⁷ Eine detaillierte Beschreibung der Bestände findet sich im Kapitel 4.2.

verkehr zwischen der Postsparkasse und dem Handelsministerium sowie den offiziellen Berichtswesen des Amtes.

Die thematische Einordnung der Frauenarbeit und Frauenbeschäftigung in die Entwicklung der Erwerbsarbeit von Frauen im ausgehenden 19. Jahrhundert und den ersten Jahren des 20. Jahrhundert wurde auf Basis ausgewählter Studien und wissenschaftlicher Publikationen aus dem Bereich der historischen Sozial- und Berufsforschung erstellt.

2. Frauenarbeit im 19. Jahrhundert

Frauen waren seit jeher Teil des Erwerbssystems. Allerdings ist über das Ausmaß ihrer Erwerbsarbeit vor allem für das vorindustrielle Zeitalter wenig bekannt. Dies liegt einerseits der Rolle, die Frauen in der Gesellschaft, nicht zuletzt durch den Einfluss der christlichen Religion, zugewiesen wurde. Frauen wurden nur in Ausnahmefällen als eigene Rechtspersonlichkeiten anerkannt, ihre Stellung definierte sich aus jener ihrer Väter bzw. Männer. Auch die Geschichtsschreibung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts widmete sich der Erwerbstätigkeit der Frauen noch kaum und übernahm in der Bearbeitung von wirtschafts- und sozialhistorischen Themen vielfach auch die tradierten Rollenzuweisungen und Argumente, die auf eine grundsätzliche Unterschiedlichkeit der Geschlechter und damit die Rechtfertigung für eine geminderte Eignung für eigenverantwortliche Erwerbstätigkeit abzielten.⁸

Im 19. Jahrhundert, in dem nach Ulla Knapp der Höhepunkt der patriarchalischen Herrschaft zu verorten sei⁹, wurden verstärkt pseudo-wissenschaftliche biologistische Begründungen für die Unterordnung der Frau unter den Mann und die Reduktion auf das Haus, das ihre Wirkungsdomäne zu sein habe (während der Mann nach außen wirken sollte), geliefert, die noch weit in das 20. Jahrhundert nachwirkte. Als Beispiel dafür, das auch in Bezug auf die in der Folge dargestellte Frauenbeschäftigung der Postsparkasse von Bedeutung war, ist Hans Nawiasky heranzuziehen, der in seinem Aufsatz zur Frau im österreichischen Staatsdienst argumentierte, dass der Frauenorganismus dermaßen empfindlich sei, dass sie öfter krank wären, dass Frauen früher dienstunfähig würden als Männer (was hohe Verwaltungskosten verursachen würde) und dass ein hoher Prozentsatz der Frauen durch Verehelichung in den besten Jahren aus dem Dienst ausscheiden würden.¹⁰

Ähnlich argumentierte auch Julius Reuper:

„Auch die Frauenseele versperrt dem weiblichen Geschlechte den Zutritt zu mehreren Berufszweigen. Das Gemüth, haben wir gesehen, ist ihre Herrscherin, der Verstand schmachtet in dessen Banden. Wo ruhige Besonnenheit, nüchterne Über-

⁸ Zur Diskussion der Geschlechterfrage siehe u.a.: Gerhard Schildt. Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Frauen in Geschichte und Gesellschaft, herausgegeben von Annette Kuhn und Valentine Rothe, Band 27. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1993, 7ff.

⁹ Ulla Knapp. Frauenarbeit in Deutschland. Bd. 1: Ständischer und bürgerlicher Patriarchalismus. Bd.2: Hausarbeit und geschlechterspezifischer Arbeitsmarkt im deutschen Industrialisierungsprozess. München 1984.

¹⁰ Hans Nawiasky: Die Frauen im österreichischen Staatsdienst. In: Wiener Staatswissenschaftliche Studien 4/1 (1902), 157-246, 207f.

legung, trockene Berechnung erheischt wird, steht die Frau daher nicht an ihrem Platze. Also nicht an der Spitze einer Großhandlung, eines Bankinstituts(...) Auch die Beherrschung großer Massen ist nicht Sache der Frau, es fehlt ihr dazu nicht bloß an Energie, sondern auch an Sinn für die Gliederung eines großen Ganzen. Alles was ein System erinnert, ist ihr unsympathisch, uninteressant, ja geradezu widerwärtig: (...) Baumeister, Instituts-Vorsteher, Direktoren von Schulen, Bureauchefs, Versammlungs- und Vereinsleiter weiblichen Geschlechts sind deshalb Widersprüche in sich selber“¹¹

Bereits im 19. Jahrhundert wendeten sich einige Wissenschaftler gegen die These der begründeten Unterordnung der Frau unter den Mann. Einer der bekanntesten war der britische Philosoph und Ökonom John Stuart Mill, der sich nicht nur gegen den radikalen wirtschaftlichen Liberalismus und für eine politische Mitwirkung der Bürger aussprach, sondern auch betonte, dass Frauen zu Unrecht von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen seien, weil sie, wenngleich sich auch über unterschiedliche Begabungen als die Männer verfügten, in diesen den Männern qualitativ in nichts nachstünden.¹²

Seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts sind durch die feministische Geschichtsschreibung die Frau und ihre Rolle im Erwerbsleben zunehmend in den Fokus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gerückt.¹³ Unter anderem vertrat die frühe feministische Historiographie die These, dass der Kapitalismus und die durch ihn hervorgerufene Auflösung der häuslichen Autarkie bei gleichzeitiger Diversifizierung des Arbeitsmarktes eine Intensivierung der patriarchalischen Herrschaft bewirkt habe. Die zunehmende Trennung von Arbeitsplatz und Wohnsitz, von Beruflichem und Privatem habe zu einer Verstärkung der unterschiedlichen Rollendefinitionen geführt, die dem Mann die außerhäusliche Arbeit, der Frau aber die Führung des Haushalts und die Kindererziehung zugewiesen habe.¹⁴

Dies gilt im Besonderen für die Ober- und Mittelschichten, spiegelt sich jedoch auch in den Unterschichtfamilien wider. Auch wenn Frauen (und Kinder) durch Erwerbsarbeit zum Haushaltseinkommen beitrugen, waren sie beispielsweise in Bezug auf die

¹¹ Julius Reuper. Frauenberuf und Frauenbildung. Ein Beitrag zur Frauenfrage. Wien 1878, 8.

¹² Zitiert nach: John Stuart Mill, Harriet Taylor und Helen Taylor. Die Hörigkeit der Frau und andere Schriften zur Frauenemanzipation. Frankfurt am Main 1976.

¹³ Zur feministischen Geschichtsschreibung siehe Gerhard Schildt, Frauenarbeit, 10f.

¹⁴ Gerhard Schildt, Frauenarbeit, 13.

Entlohnung nicht gleichberechtigt. Dies wurde bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts kritisch angemerkt. Es sei

„...eben immer noch üblich, den Frauen selbst dort, wo man ihre Leistungsfähigkeit schätzt, Gehalte zu geben, die in keinem Verhältnis zu ihren Leistungen stehen. Bezüge, die man dem stärkeren Geschlecht bei geforderten gleichen Leistungen nicht anzubieten wagen würde.“¹⁵

Die Erwerbstätigkeit von Frauen sollte mit ihren Aufgaben in Haushalt und Kindererziehung vereinbar sein. Daher tritt Berufstätigkeit von Frauen zunächst vor allem in jenen Bereichen der Wirtschaft auf, wo es eine enge Beziehung von Betrieb und Haushalt gab, also in der Landwirtschaft und im Handwerk. Für Arbeiterinnen in Industrie und weiblichen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich war dies viel weniger gut möglich. Dem entspricht auch die Verteilung der berufstätigen Frauen auf sozialrechtlichen Status und Wirtschaftssektoren zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Fast die Hälfte (43%) waren mithelfende Familienangehörige, mehr als ein Viertel (28%) Selbstständige, 20% Arbeiterinnen, nur 2% Angestellte und 1% Lehrlinge. Zwei Drittel der Frauen arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft, ein Viertel im Dienstleistungsbereich, 13% in Gewerbe und Industrie.¹⁶

Tabelle 1: Berufstätige in Österreich nach Wirtschaftsabteilungen, 1890-1910

Wirtschaftsabteilungen	1890	1900	1910
Land- und Forstwirtschaft	8.469.223	8.205.574	8.506.466
- davon Frauen	4.304.581	4.122.859	4.294.003
Industrie und Gewerbe	2.880.897	3.138.800	3.627.816
- davon Frauen	725.037	717.898	897.403
Handel und Verkehr	845.073	1.036.483	1.576.623
- davon Frauen	248.718	296.798	540.272
Öffentlicher und Militärdienst, freie Berufe, Berufslose	1.374.094	1.727.739	2.309.500
- davon Frauen	542.350	712.948	1.038.085
Gesamt	13.569.287	14.108.596	16.020.405
- davon Frauen	5.820.686	5.850.503	6.769.763

Quelle: Österreichisches Statistisches Handbuch 15 (1896), 8ff.; 22 (1903), 24f.; 34 (1915), 16f.

¹⁵ Käthe Susman. Die Stenographin und Maschinschreiberin in Österreich. In: Dokumente der Frauen, herausgegeben von Marie Lang, Bd. VI, Nr. 14. Wien 1901, 397.

¹⁶ Ernst Bruckmüller. Sozialgeschichte Österreichs. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 2001, 292ff.

2.1. Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie

In der Landwirtschaft und im Gewerbe spielte Frauenarbeit seit jener eine wichtige Rolle. Die Bäuerin hat in der Arbeitsorganisation von Haus und Hof eine Schlüssel-funktion, die beim Tod der Bäuerin (etwa im Kindbett) rasch Ersatz erforderte. Der handwerkliche Betrieb wurde bereits im Mittelalter als „Familienbetrieb“ geführt, wo-bei dies nicht im Sinn einer Kernfamilie zu verstehen ist. Die Haushaltsgemeinschaft umfasste auch Personen, die nicht zur eigentlichen Familie gehörten, wie Hilfskräfte, Gesellen und Lehrlinge.¹⁷ Die Bedeutung der Funktion als Haushaltsführende domi-nierte jene des Individuums.¹⁸ Starb die Bäuerin, musste sich der Bauer neu verhei-raten, um Ersatz zu finden, für Gesellen in Handwerksbetrieben bot der Tod des Meisters, die Möglichkeit durch Heirat der Meisterswitwe sozial aufzusteigen.¹⁹ Aller-dings war die Frauenarbeit auch stark auf den Haushalt des Bauern oder Handwer-kers fokussiert. Dies gilt auch für die Arbeitsbereiche von Frauen im Montanbereich (also etwa das Sortieren oder Waschen des Erzes). Diese Tätigkeiten sind gewis-sermaßen als Ergänzungstätigkeiten zu den Arbeitsbereichen des männlichen Knap-pen zu sehen.²⁰

Heimarbeit bot jenen Frauen, die nach dem Tod ihres Mannes Einkünfte aus Hof o-der handwerklichem Betrieb verloren oder deren Männer nicht ausreichend Einkom-men lukrieren konnten, die Möglichkeit einen Beitrag zum Haushaltseinkommen zu erwirtschaften. Frauen waren dabei vor allem als Näherinnen oder Wäscherinnen für andere Haushalte tätig. Zu Beginn der Industrialisierung waren Frauen auch als Spinnerinnen tätig, während die Männer als Weber arbeiteten.²¹ Mit der Verbreitung immer besserer Maschinen wurde den Heimarbeiterinnen jedoch diese Erwerbsmög-lichkeit mehr und mehr versperrt. Ab der Jahrhundertmitte des 19. Jahrhunderts wuchs die Frauenarbeit im Bekleidungssektor.²² Im städtischen Bereich bot die Tä-tigkeit als Haushaltshilfe oder Dienstbote eine Alternative für den kaum vorhandenen landwirtschaftlichen Bereich.

¹⁷ Michael Mitterauer. Familie und Arbeitsorganisation in städtischen Gesellschaften des späten Mit-telalters und der frühen Neuzeit. In: Alfred Haverkamp (Hg.). Haus und Familie in der spätmittelalterli-chen Stadt. Köln/Wien 1984, 1-36, 29.

¹⁸ Roman Sandgruber. Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Österreichische Geschichte hg. von Herwig Wolfram. Wien: Ueberreuter 1995, 2005, 147.

¹⁹ Elisabeth Lichtenberger. Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City. Wien 1977, 73f.

²⁰ Ernst Bruckmüller. Sozialgeschichte Österreichs, 179.

²¹ Gerhard Schildt, Frauenarbeit, 74f.

²² Gerhard Schildt, Frauenarbeit, 79.

Mit der zunehmenden Industrialisierung wuchs auch die Frauenbeschäftigung im Bereich der Fabrikarbeit. Allerdings blieben den Frauen meist nur die stumpfsinnigen, körperlichen anstrengenden und repetitiven Tätigkeiten, während Männer eher in verantwortungsvolle, kontrollierende und steuernde Funktionen aufsteigen konnten.²³

Dennoch waren 1890 noch mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen Wiens im Bereich Industrie und Gewerbe tätig. Dieser Anteil sank bis 1910 auf unter 40%. Im selben Zeitraum stieg der Anteil der im öffentlichen Dienst und in freien Berufen tätigen Frauen von knapp 27% auf mehr als ein Drittel.

Tabelle 2: Berufstätige in Wien nach Wirtschaftsabteilungen, 1890-1910

Wirtschaftsabteilungen	1890	1900	1910
Land- und Forstwirtschaft	8.295	6.312	9.323
- davon Frauen	2.056	1.109	1.987
Industrie und Gewerbe	385.460	437.170	510.305
- davon Frauen	118.760	123.943	150.572
Handel und Verkehr	149.222	199.381	296.768
- davon Frauen	39.271	55.118	98.631
Öffentlicher und Militärdienst, freie Berufe, Berufslose	152.416	206.110	277.789
- davon Frauen	58.193	86.317	128.261
Gesamt	695.393	848.973	1.094.185
- davon Frauen	218.280	266.487	379.451

Quelle: Österreichische Statistik 33 (1894), Heft 2, 51ff.; 66 (1904), Heft 2, 66ff.; NF 3 (1916), Heft 2, 2ff.

2.2. Dienstleistungsbereich und öffentlicher Sektor

Im Jahr 1890 fand eine Volkszählung in Österreich statt, die als erste auch die Frauenarbeit erfasste. Dabei zeigt Österreich einen im internationalen Vergleich hohen Frauenerwerbsanteil²⁴ und eine steigende Tendenz zu Angestelltenberufen und starke Zuwächse im öffentlichen Dienst:

*„Immer mehr Frauen aus ‚guter Familie‘ ergriffen, teils aus materiellen Motiven, teils auf der Suche nach einem Lebensunterhalt, einem Beruf. Aus sozialem Prestige kam für Töchter besserer Kreise nur ein ‚Intelligenzberuf‘ in Frage“.*²⁵

²³ Gerhard Schildt, Frauenarbeit, 105.

²⁴ In Deutschland betrug die weibliche Erwerbsquote im Jahr 1895 20,8% und 1907 33,8%, in Österreich im Jahr 1900 dagegen 43,2%. Zitiert nach Edith Riegler, Frauenarbeit, 39.

²⁵ Renate Weisser. Der Wandel der Frauenerwerbsarbeit durch die Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung des statistischen Materials aus Österreich. Dissertation Linz 1979, 54f.

Zu diesen sogenannten Intelligenzberufen zählten vor allem Lehrerinnen, die Krankenpflege, die Funktion der Sekretärin und der Staatsdienst. Im Zuge der Industrialisierung wurden im produzierenden Bereich, aber vor allem in der Staatsverwaltung durch die Bürokratisierung zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.²⁶ In Deutschland versechsfachte sich die Zahl der Angestellten und Beamten und Beamtinnen in der Staatsverwaltung, im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich, im Banken- und Versicherungswesen und im Verkehrsbereich zwischen 1882 und 1933.²⁷ Viele dieser neuen Arbeitsplätze konnten bürgerliche Frauen besetzen. Ab der Jahrhundertwende setzte ein Rationalisierungsprozess der Büroarbeit ein, der durch den verstärkten Einsatz von technischen Hilfsmitteln, aber vor allem auch organisatorisch bestimmt war:

„In den größeren Behörden, Industrieverwaltungen, im Bank- und Versicherungswesen begann man mehr und mehr, die vielen kleinen Kontore aufzulösen und Großbüros zu schaffen.“²⁸

Dadurch ergaben sich für Frauen neue Betätigungsfelder als spezialisierte Hilfskräfte. Dass der Rationalisierungsprozess relativ konfliktfrei durchgesetzt werden konnte, lag auch an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Büro:

„... während Männern die Aufstiegspositionen vorbehalten waren, fielen Frauen die monotonen, anstrengenden Routinearbeiten zu“²⁹

Nawiasky formulierte das so:

„In diesen einfachen ruhigen Dienstverhältnissen haben sich die Frauen sehr gut bewährt; sie zeichnen sich meist durch eine verlässliche und ordentliche Dienstführung aus.“³⁰

Nicht jede Frau aus dem bürgerlichen Milieu konnte im Staatsdienst Aufnahme finden. Wichtigste Voraussetzung war ihre Ehelosigkeit:

„Die Behörden nahmen es als selbstverständlich an, daß die Beamtin nur unverheiratet sein könne. Die Verwendung im Staatsdienst war nur für jene Frauen gedacht, die wegen des Männermangels nicht heiraten konnten und so selbst für ihren

²⁶ Edith Riegler. Die Frauenarbeit in Österreich 1890-1934. Dissertation Wien 1974, 3.

²⁷ Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, Bd. 1, 218.

²⁸ Hans Paul Bahrdt. Wege zur Soziologie. München: Nymphenburger Verlagshandlung 1967, 134.

²⁹ Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, Bd. 1, 220.

³⁰ Hans Nawiasky. Die Post und ihr Personal. In „Zeitschrift für Post und Telegraphie“, Nr. 1-3, Jg. 1914, Wien 1914, 22.

*Lebensunterhalt sorgten. Man findet das Eheverbot für die Beamtin in den Vorschriften dieser Zeit nicht direkt angesprochen, aber es bestand in der Praxis. (...) Am strengsten sind die bezüglichen Vorschriften für den ärarischen Postdienst. Auch Witwen und geschiedene Frauen mit unselbstständigen Kindern sind ausgeschlossen.*³¹

In dieser Haltung spiegelt sich die schon behandelte Einstellung wider, dass der Aufgabenbereich einer Ehefrau sie voll ausfülle. Daher käme sie für den Staatsdienst nicht in Frage. Da der Staatsdienst die Unterordnung des Eigeninteresses gegenüber denen des Dienstes fordere, bestehe ein starkes Verpflichtungsverhältnis zwischen Staat und Bediensteten.

*„Ein solches Verpflichtungsverhältnis bildet aber das Institut der Ehe in seiner heutigen Gestalt. Ein Nebeneinander der staatlichen Dienstverpflichtungen und häuslichen Obliegenheiten müsste zu unvermeidlichen Konflikten führen.“*³²

Da ledige Frauen in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeengt waren und fürchten mussten, „ins Gerede zu kommen“, war die Ehe für viele immer noch eine attraktive Lösung und der Beruf wurde daher nur als Übergangsphase betrachtet.³³ Dies erklärt auch das Fehlen einer Altersversorgung für Frauen, die als durch die Ehe abgesichert angesehen wurden, selbst wenn sie tatsächlich jahrzehntelang im Berufsleben gestanden waren.³⁴

Im Jahr 1872 stellte der Staat die ersten 40 Frauen probeweise als Telegraphistinnen ein. Ihr Monatslohn betrug 20 Gulden, 1874 bei Eintritt in den Postdienst 30 Gulden.³⁵ Dies entspricht einem Jahreseinkommen von ca. 360 Gulden. Zeitgenössische Beobachterinnen wiesen darauf hin, dass der Lebensunterhalt einer Frau (ohne Berücksichtigung der Kosten für Arzt, Straßenbahn, Bus, Zeitungen, Theater, Kranken-

³¹ Hans Nawiascky: Die Frauen im österreichischen Staatsdienst. In: Wiener Staatswissenschaftliche Studien 4/1 (1902), 157-246, 214.

³² Hans Nawiascky, Frauen im Staatsdienst, 8.

³³ Ulla Knapp, Frauenarbeit in Deutschland, Bd. 1, 190.

³⁴ Rosa Schaufler. Die Kanzlei und Verwaltungsbeamtin. In: Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, hrsg. v. M.S. Braun, M. Hönig, G. Laube, B. List-Ganser, C. Zaglits. Wien: 1930, 267. Vgl. auch: Erna Appelt. Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934. Wien 1985, 51.

³⁵ Marianne Hainisch. Zur Geschichte der österreichischen Frauenbewegung. Aus meinen Erinnerungen. In: Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, hrsg. v. M.S. Braun, M. Hönig, G. Laube, B. List-Ganser, C. Zaglits. Wien: 1930, 267. Vgl. auch: Erna Appelt. Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934. Wien 1985, 31.

oder Altersversorgung) nahezu das Doppelte ausmachte.³⁶ Außerdem bekamen die im Staatsdienst tätigen Frauen keine Gehaltssteigerungen, es blieb drei Jahrzehnte lang unverändert.³⁷

Die im Vergleich zu Männern deutlich niedrigeren Löhne wurden auch mit der oft mangelnden Vorbildung der Frauen begründet. Der Besuch staatlicher Volks- und Bürgerschulen und allenfalls von Lehrerbildungsanstalten für Mädchen waren „das Höchste der Gefühle“³⁸ Der Beruf der Lehrerin war relativ leicht zugänglich, weil er dem patriarchalischem Frauenideal entsprach.³⁹ Falls Mädchen überhaupt Bildung erhalten sollten, dann nur, um sie auf soziale Berufe vorzubereiten oder um sie für die gesellschaftliche Repräsentation an der Seite ihres Gatten vorzubereiten.⁴⁰

Neben den dürftigen staatlichen Ausbildungsstätten gab es die „Höheren Töchterschulen“ der Kommunen, Privatschulen und Mädcheninstitute. Diese

*„... gehen bisher ihre eigenen Wege: wie wenige von diesen aber zu dem Ziele wahrhaft höherer allgemeiner Bildung zu führen geeignet sind, hat die Erfahrung genügsam gezeigt“.*⁴¹

Frauen, die Bildung anstrebten, hatten mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Als 1842 Unterrichtskurse in Gabelsberger-Stenographie in Österreich eingeführt wurden, gestattete das Unterrichtsministerium diese nur unter Ausschluss der „Frauenzimmer“. Erst 1876 wurde die erste Frau zur Staatsprüfung zugelassen.⁴² Viele der Stenotypistinnen gingen in den Staatsdienst. Sie besaßen meist eine gute Allgemeinbildung und Fremdsprachenkenntnisse. Trotzdem wurden sie nur auf Taglohn ohne Aufstiegsmöglichkeiten und ohne Versorgung im Fall von Arbeitsunfähigkeit angestellt.⁴³ Erst 1884 wurden diese Kurse auch in den Handelsschulen zugelassen.

„Jenen Frauen jedoch, die, der Schule entwachsen, theuren Privatunterricht nicht zahlen konnten, durch Unglück, Todesfall oder auch nur durch die verschärften

³⁶ Vgl. Käthe Schirmacher. Das Budget der erwerbenden alleinstehenden Frau. In Dokumente der Frauen, Bd. III, Nr., 3. Wien 1900, 102f.

³⁷ Lily Braun. Die Frauenfrage. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite. Leipzig 1901, 101.

³⁸ Renate Weisser, Frauenerwerbstätigkeit, 87.

³⁹ Edith Riegler, Frauenarbeit, 66f.

⁴⁰ Edith Riegler, Frauenarbeit, 64.

⁴¹ Julius Reuper, Frauenberuf, 34.

⁴² Käthe Susman, Stenographin, 398.

⁴³ Erna Appelt, Ladenmädchen, 52.

*socialen Verhältnisse gezwungen waren, einen Erwerb zu ergreifen, war die Erlernung der Stenographie noch immer versagt.*⁴⁴

Der 1886 gegründete Wiener Frauenerwerbsverein setzte erste Schritte im Bildungsbereich, vor allem in Wien. Der Hauptzweck dieses Vereines war es, Schulen für Frauen zu errichten und so die Vermittlung von Berufsbildung zu ermöglichen und neue Berufe für Frauen zugänglich zu machen.⁴⁵ Besonders Frauen „bürgerlichen Standes“ sollte es ermöglicht werden, durch adäquate Bildung „Erwerbsgelegenheiten, die höheren Lohn und eine der sozialen Stellung des Mannes entsprechende Position“⁴⁶ zu erlangen. Es ging den bürgerlichen Frauen (im Gegensatz zur proletarischen Frau, die gezwungen war, schlecht bezahlte Fabrikarbeit zu leisten) als auch um das Recht auf Arbeit und die „Freiheit der wirtschaftlichen Existenz“.⁴⁷

Die Entwicklung im Bildungswesen ging allerdings schleppend voran. In den 60er Jahren des 19. Jahrhundert wurden die ersten Handelsschulen durch Initiativen der Wiener Kaufmannschaft, des Wiener Frauenerwerbsvereins und anderer Vereinigungen gegründet,⁴⁸ 1873 wurde in Graz die erste Mädchenmittelschule (Lyzeum) gegründet, bis 1900 gab es in Österreich erst ein Mädchengymnasium, sechs Lyzeen und sechs höhere Töchterschulen.⁴⁹

Die bürgerliche Frauenbewegung erreichte also den Zugang zu Bildung und Beruf, dies hatte aber auf die Bezahlung und die Aufstiegsmöglichkeiten der Frauen wenig Einfluss.

⁴⁴ Käthe Susman, Stenographin, 398.

⁴⁵ Marianne Hainisch, Frauenbewegung, 17.

⁴⁶ Amalie Mayer, Hildegard Meissner, Henriette Siess. Geschichte der österreichischen Mittelschule. Wien 1952, 15.

⁴⁷ Edith Riegler, Frauenarbeit, 37.

⁴⁸ Olga Ehrenhaft-Steindler. Handelsschulen. In: Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, hrsg. v. M.S. Braun, M. Hönig, G. Laube, B. List-Ganser, C. Zaglits. Wien: 1930, 267. Vgl. auch: Erna Appelt. Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934. Wien 1985, 168.

⁴⁹ Renate Weisser, Frauenerwerbstätigkeit, 100.

3. Die Entwicklung der Frauenbeschäftigung in der Postsparkasse von der Gründung bis zum ersten Weltkrieg

3.1. Das k.k. Postsparkassenamt: Zielsetzung, Geschäftsbereiche und Entwicklung der Gründungsjahre

Die im Laufe des 19. Jahrhunderts entstandene Bankenlandschaft wurde durch die Folgen des Börsenkrachs 1873 erheblich geschwächt. Der schrumpfende Kapitalmarkt und der Vertrauensverlust bei den Anlegern führten dazu, dass zwei Drittel der Banken, die bis 1877 in Österreich gegründet worden waren, stillgelegt wurden. 1877 existierten nur mehr 44 Banken. Dies hatte negative Auswirkungen auf die Investitionsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft. Auch der österreichische Staat, der ab 1879 von Konservativen geführt wurde, benötigte zur Neuordnung seiner Finanzpolitik eine kapitalkräftige Bank, auf die er Einfluss nehmen konnte. Die 1880 gegründete Länderbank konnte zwar das Kapital großer Anleger attrahieren, die große Masse der kleinen Sparer war jedoch nicht im Fokus dieser Bank.⁵⁰

3.1.1. Idee einer Staatssparkasse, Vorarbeiten und Gesetz

Die Idee einer Staatsbank war bereits in mehreren europäischen Staaten, allen voran in England, in Form einer Postsparkasse umgesetzt wurden. 1880 wurde der aus Hesserode stammende Georg Coch vom Handelsminister beauftragt, diese Vorbilder zu studieren und die Umlegung auf österreichische Verhältnisse zu untersuchen. Coch erstellte einen umfassenden Bericht über die Postsparkassen in England, Belgien und Frankreich und arbeitete darin die Vorteile einer Staatssparkasse heraus. Mit Hilfe dieses Berichts gelang es, beide Häuser des Reichsrates zu überzeugen. Der von Coch selbst entworfene Gesetzesentwurf wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen und als „Gesetz vom 28. Mai 1882 betreffend die Einführung von Postsparkassen in dem im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern“ beschlossen.⁵¹

⁵⁰ Zur Entwicklung des österreichischen Bankwesens ab dem Börsenkrach siehe: Peter Tomanek. Wandel der Strukturen. Die politische Ökonomie der Veränderung des Bankwesens zur Zeit Georg Cochs. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hg.). Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Viertes Postsparkassensymposium 29. November 1990 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1991, 9-30, 18ff.

⁵¹ Zur Person Georg Cochs: Gertrude Wagner, Michael Wagner. Georg Coch. Zur Biographie des Postsparkassengründers. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hg.). Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Viertes Postsparkassensymposium 29. November 1990 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1991, 65-80. Bericht Cochs: Georg Coch. Die Postsparkassen in England, Belgien, Holland und Frankreich mit Hinblick auf Österreich. Wien 1882, Postsparkassenar-

Das Gesetz bestimmte, dass die Geschäftstätigkeit der Postsparkasse vom Postsparkassenamt als Zentralinstitut in Wien zu führen sei, wobei die Postämter als Sammelstellen fungieren sollten. Das Amt sollte zwar eine selbstständige organisatorische Einheit darstellen, aber dem Handelsministerium unterstellt sein. Die Geldmittel sollten durch Sparguthaben aufgebracht werden, für die Postsparbücher wurden Unter- und Obergrenzen für die Einzeleinlagen und den Guthabenstand festgelegt, der Zinssatz wurde mit 3% festgesetzt. Die derart lukrierten Aktiva mussten ausschließlich in Staatspapieren angelegt werden, der Aufwand für den Betrieb war aus den erwirtschafteten Erlösen zu decken.

Als Kontroll- und Steuerungsorgan wurde im Postsparkassengesetz ein Beirat installiert, der Einsicht in die Bücher nehmen konnte und dem gegenüber der Direktor des Amtes berichtspflichtig war. Die weitreichenden Kontrollrechte wurden vom Beirat jedoch praktisch nie genutzt.⁵² Auch die Stellung des Direktors war im Organisationsstatus genau festgelegt, ebenso wie jene Fälle, für die der Direktor die Genehmigung des Handelsministers benötigte. Georg Coch, der mit der Umsetzung des Gesetzes betraut wurde und mit der Gründung der Postsparkasse deren erster Direktor wurde, hielt sich in der Folge allerdings zumeist nicht an diese Beschränkungen.⁵³

3.1.2. Erste Erfolge, erste Bedrohungen und ein neues Geschäftsfeld: Die Einführung des Postscheckverkehrs

Das Angebot an Kleinanleger, ihre wenigen Ersparnisse zu einem fixen Zinssatz in Postsparbüchern anzulegen, wurde – auch dank der leichten Erreichbarkeit der Sammelstellen (der Postämter) – sehr rasch von einem breiten Kundenkreis angenommen. Bereits Ende 1883 gab es über 350.000 Postsparkonten, bis 1885 wuchs die Zahl auf knapp 545.000 Konten an. Die meisten Bewegungen auf diesen Konten waren Transaktionen im Ausmaß weniger Kreuzer. Unabhängig von der Höhe der Ein- und Rückzahlungen erforderten diese Transaktionen jedoch eine Fülle umfangreicher Manipulationen, die von einer steigenden Zahl von Beschäftigten bewältigt werden mussten. Sehr bald drohten die Aufwendungen für den laufenden Betrieb die Erlöse aus der geringen Zinsspanne zwischen den Sparzinsen und der Veranlagung

chiv; Regierungsvorlage: Coch, Die Postsparkassen, 343-348; Gesetz: Gesetz vom 28.Mai 1882, RGBl. 56 (1882).

⁵² Beirat: Postsparkassengesetz, Art. 1; Organisationsstatut für den Beirat des Postsparkassen-Amtes, § 10, Verordnung vom 10.Oktober 1882, RGBl. Nr. 163(1882). Zur Nutzung der Kontrollrechte: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 22.

⁵³ Verordnung vom 10. Oktober 1882.

in Staatspapieren zu übersteigen. Gebühren auf Sparguthaben einzuheben, war dem Postsparkassenamt jedoch verboten.⁵⁴

Die Rettung aus diesem betriebswirtschaftlichen Dilemma fand Georg Coch in Form des „deponierten Büchels“, einer (Vor)Form des Scheckverkehrs. Kunden, die ihre Postsparbücher im Postsparkassenamt deponierten, konnten über die Guthaben auf diesen Sparbüchern per Anweisungen verfügen. Für diese Dienstleistung konnte die Postsparkasse nun Gebühren einheben. Der nächste Schritt in Richtung Scheckverkehr war die Verrechnung von Aus- und Einzahlungen zwischen deponierten Konten unterschiedlicher Besitzer. Jeder Sparbuchbesitzer, der ein Guthaben über 100 Gulden auf dem Sparbuch aufwies, konnte ein Scheckkonto einrichten lassen, über das die Giraltransaktionen durchgeführt wurden.⁵⁵

Diese Form des bargeldlosen Geldverkehrs wurde von den Kunden sehr rasch angenommen. Im Jahr 1886 gab es bereits über 10.500 Postscheckkonten, auf denen über 945 Mio. Gulden Umsatz getätigt wurden. Damit hatte sich die Postsparkasse über die Gebühren eine ausreichende Finanzierung ihres Betriebsaufwandes geschaffen. Im Jahr 1887 wurde der Postscheckverkehr schließlich gesetzlich verankert.⁵⁶

3.2. **Abteilungsstruktur, Personal und Arbeitsabläufe**

Der betriebliche Aufbau der Postsparkasse folgte dem von Georg Coch selbst entwickelten Organisationsplan. Dieser sah insgesamt sechs Abteilungen vor: Sekretariat, Kontrolle, Buchhaltung, Kassa, Korrespondenz und Expedit. Das „Sekretariat“ als Stabsabteilung war für den Schriftverkehr des Direktors, die Kundmachungen des Postsparkassenamtes, Gutachten in Rechtsfällen, die Planung des Staatspapiergeschäfts und Entwicklungsarbeiten für das Postsparkassenwesen zuständig. Die zweite Stabsabteilung, die „Kontrolle“ führte die laufende interne Rechnungsprüfung (in

⁵⁴ Entwicklung im Sparverkehr: Rechenschaftsberichte 1883 bis 1886; unrentable Transaktionen: Gertrude Wagner, Michael Wagner. Produktive Ungeduld. Die Rolle Georg Cochs in der Entwicklung des Scheckverkehrs. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.). Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postscheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1887 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1887, 9-23, 14.

⁵⁵ Zum „deponierten Büchel und der Einführung des Scheckverkehrs: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 39ff.

⁵⁶ Zahl und Umsatz auf Postscheckkonten: Rechenschaftsberichte 1883/84 bis 1886; Zur gesetzlichen Verankerung des Postscheckverkehrs siehe: Elisabeth Pfleger. „... daß der Scheckverkehr der Postsparkasse einen gesetzlichen Rahmen erhalte. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.). Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postscheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1887 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1887, 27-42.

Form von Tagesbilanzen) durch und verwahrte die im Sparverkehr anfallenden Dokumente. Die „Kassa“ hatte für die Verwahrung der Geld- und Wertpapierbestände und die Durchführung des Bargeldverkehrs zu sorgen. Dem „Expedit“ fielen der Empfang, die Sortierung und die Abfertigung des Briefverkehrs zu, der Parteienschriftverkehr, der nicht Verfügungen über Konten betraf, wurde von der „Korrespondenz“ übernommen. Der umfangreichste Teil der betrieblichen Aufgaben, die Führung der Konten, die interne Buchhaltung (einschließlich der Erstellung von Jahresvorschlägen, Bilanzen, monatlichen Geschäftsausweisen und amtsbezogenen Statistiken) wurde von der Abteilung „Buchhaltung“ übernommen.⁵⁷ Diese ursprüngliche Abteilungsgliederung wurde noch zu Zeiten Georg Cochs mehrfach an die sich ändernden Anforderungen der Geschäftsbereiche angepasst.⁵⁸

Für die Erfüllung dieser Aufgaben sah der von Georg Coch entworfene Dienstpostenplan vier Beschäftigtengruppen vor: die k.k. Staatsbeamten, die Angestellten mit Sonderverträgen, die Angestellten auf tägliche Kündigung (Hilfsbeamten) und die k.k. Amtsdienner. Den Staatsbeamten fielen die Leitungspositionen zu. Für sie gab es regelmäßige Beförderungen und Gehaltsvorrückungen sowie geregelte Pensionsansprüche. Statusmäßig unter den Staatsbeamten waren die Vertragsangestellten (auch „Angestellte auf Kündigung“). Diese Beschäftigtengruppe erhielt bei Aufnahme ein formelles Anstellungsdekret, in dem der Status, das Gehalt und die Kündigungsfrist festgehalten waren. Aufnahmebedingungen waren die Staatsbürgerschaft eines der Kronländer, ein Alter zwischen 18 und 40 Jahren, Gesundheit und Unbescholtenheit. Die Vertragsangestellten bildeten die mittleren Führungskräfte und wurden zu typischen Buchhaltungstätigkeiten herangezogen. Die einfachen Manipulationstätigkeiten in der Belegverarbeitung waren nach dem Dienstpostenplan den Hilfsbeamten vorbehalten. Diese „Angestellten auf tägliche Kündigung“ verfügten über keinerlei sozialrechtliche Absicherung und erhielten einen Taglohn von 1 Gulden 50 Kreuzer. Die Personalpyramide wurde von den Amtsdiennern komplettiert, die – wie die Staatsbeamten – definitiv angestellt waren. Sie übernahmen hausinterne Dienstleistungen wie Botengänge oder Verwaltung der Sanitäreinrichtungen.⁵⁹

⁵⁷ Grundzüge für die Organisation des k.k. Postsparkassen-Amtes, Verordnung vom 10. Oktober 1882, RGBl. Nr. 163 (1882).

⁵⁸ Siehe dazu: Michael Wagner/Peter Tomanek, *Bankiers und Beamte*, 55f.

⁵⁹ Zum Dienstpostenplan siehe: Verordnung vom 10. Oktober 1882, RGBl. Nr. 163 (1882); Tätigkeit der Hausdiener: Hausordnung vom 28. Oktober 1885, Postsparkassenarchiv.

Der Ablauf der täglichen Geschäftsfälle wurde von Georg Coch minutiös in tayloristischer Manier vorausgeplant. Schließlich galt es für alle Möglichkeiten die Abfolge der Arbeitsschritte festzulegen. Die einlangenden Einzahlungen und Abhebungsansuchen mussten auf den Kontoblättern verbucht werden, in Tagesrechnungslisten eingetragen, die neuen Kontostände berechnet, kontrolliert und dokumentiert werden, die Summe der Bewegungen mit den alten und neuen Kontoständen abgeglichen werden, die Zahlungsanweisungen für die Sammelstellen (Postämter) ausgestellt und abgefertigt werden. Coch hatte sogar die Ausgestaltung der Formulare mitbestimmt und arbeitete während seiner Amtszeit auch laufend an Verbesserungen. So ließ er die Formulare für die verschiedenen Geschäftsabläufe in unterschiedlichen Farben ausfertigen, um die Zuordnung zu erleichtern und Fehler zu vermeiden. Die Massenproduktion von Belegen und die umfangreiche Zahl der täglichen Transaktionen ließen die Postsparkasse rasch als „Belegfabrik“ erscheinen.⁶⁰

3.3. Frauen als Beschäftigte: Die Anfangsjahre

3.3.1 Aufnahme der ersten weiblichen Bediensteten

Sofort nach dem Inkrafttreten des Postsparkassengesetzes im Mai 1882 machte sich Georg Coch daran, den Betrieb bis ins Detail durchzuplanen, den Arbeitsablauf der einzelnen Abteilungen nach tayloristischen Prinzipien zu zerlegen und einen genauen Dienstpostenplan für das Postsparkassenamt auszuarbeiten. Dabei ließ er sich von einem strengen Kostenkalkül leiten. Bereits im Dezember 1882 hielt er das erste Mal seine Absicht fest, auch Frauen als Arbeitskräfte im Postsparkassenamt zuzulassen. Er berichtete seinem Vorgesetzten, dem Handelsminister Pino-Friedenthal, dass er fünf Arbeiterinnen auf Stücklohn aufgenommen habe, da

*„... die Contierung und manipulative Behandlung der Conti und Musterkarten gewisse Vorarbeiten erheischt, zu deren Besorgung die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte am Geeignetsten und Billigsten erschien“.*⁶¹

⁶⁰ Eine detaillierte Beschreibung der Arbeitsabläufe findet sich in: Roland Löffler, Peter Tomanek: Vom „deponierten Büchel“ zum Postscheckverkehr. Technische, betriebliche und organisatorische Aspekte einer banktechnischen Innovation. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.). Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postscheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1887 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1987, 64-84; Formulargestaltung: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 59. „Belegfabrik“: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 60.

⁶¹ Akt 454/1882, Postsparkassenarchiv.

Der Durchschnittslohn dieser Arbeiterinnen betrug 1 Gulden 20 Kreuzer pro Tag. Der Handelsminister schloss sich der Argumentation Cochs an und genehmigte die

*„... Weiterverwendung der fünf aufgenommenen Frauenspersonen für die Zeit des Bedarfes“.*⁶²

Die Arbeiterinnen waren zunächst nur für die Vorbereitungsarbeiten vor der eigentlichen Aufnahme des Betriebes eingestellt worden. Der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften sollte jedoch nicht mehr nachlassen. Bereits im Juli 1883 nahm nach Genehmigung durch das Handelsministerium⁶³ Coch aus 26 Bewerberinnen 14 Frauen für Hilfsdienste auf. Elf davon begründeten den Stand der „Kalkulantinnen“⁶⁴, die im Laufe der Jahre für den Betrieb des Postsparkassenamtes unentbehrlichen Bestandteil des Personals bilden sollten.

3.3.2 Aufnahmebedingungen und Ausschließungsgründe

Für die aufgenommenen Kalkulantinnen schlug Coch die Einrichtung einer eigenen „Damenabteilung“ innerhalb der „Buchhaltung“ vor. Dabei dienten ihm, wie in anderen Bereichen, die Erfahrungen der englischen und französischen Institute als Vorbild:

*„In England ist mit der Besoldung der Damenabteilung der Zweck verbunden, zugleich den Beamten eine Wohlthat zu erweisen, indem die Bestimmung getroffen wurde, zur Ernennung zunächst die Töchter der Geistlichen, der Beamten und Offiziere zuzulassen. Auch bei uns könnte eine ähnliche Massregel getroffen werden, wenn festgesetzt würde, dass bis auf Weiteres nur die Töchter und Witwen von kaiserlichen Beamten und Offizieren aufzunehmen wären.“*⁶⁵

Die Zugangsbeschränkung zu den Kalkulantinnenstellen auf einen relativ kleinen Kreis potenzieller Bewerberinnen wurde zwar in keinem Gesetz oder keiner Verordnung verbindlich festgehalten, war aber lange Jahre als bestimmendes Kriterium wirksam. Immer wieder wurden Ansuchen von Bewerberinnen mit dem Vermerk „keine Staatsbeamtentochter“ zurückgewiesen.⁶⁶ Auch den Bewerberinnen waren die einschränkenden Bestimmungen sehr wohl bewusst:

⁶² Akt 486/1882, Postsparkassenarchiv.

⁶³ Akt 2189/1883, Postsparkassenarchiv

⁶⁴ Erste Kalkulantinnen: Akt 1743/1883, Postsparkassenarchiv.

⁶⁵ Akt 1743/1883, Postsparkassenarchiv.

⁶⁶ Beispielhaft dafür: Akt 2945/1883, Postsparkassenarchiv

„... bin ich weder Offizials- noch Beamten-Tochter, daher bitte ich recht sehr um Vergebung, dass ich dennoch die untertänigste Bitte um gnädige Verleihung einer Stelle (...) wage.“⁶⁷

Coch stand damit keineswegs im Widerspruch zu den Gepflogenheiten anderer Institutionen. Nicht nur öffentliche Einrichtungen, sondern z.B. auch Privatbanken bevorzugten Frauen aus Beamten- oder Offiziersfamilien. Bei Frauen dieses Standes konnte man davon ausgehen, dass sie ein ausreichend hohes Bildungsniveau besaßen (also lesen, schön und fehlerlos schreiben konnten und die Grundrechnungsarten beherrschten), um die ihnen zugedachten Arbeiten gewissenhaft und ordnungsgemäß durchzuführen.

Außer der sozialen Herkunft war neben einem untadeligen Leumund, körperlicher Eignung, der Staatsbürgerschaft eines der Kronländer sowie der Kenntnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift vor allem der Familienstand ein Aufnahmekriterium. Die Bewerberinnen durften ledig oder verwitwet sein, verheirateten Frauen war der Zugang zu einer Kalkulantinnenstelle ebenso verwehrt wie Frauen, die für Kinder zu sorgen hatten. Heiratete eine Kalkulantin oder bekam sie ein Kind, galt ihr Dienstverhältnis als aufgelöst.⁶⁸ Die empirischen Befunde, die im Rahmen dieser Masterarbeit erhoben wurden, zeigen allerdings, dass diese Bestimmung (vor allem in den Folgejahren) nicht immer streng eingehalten wurde.⁶⁹

Ab 1884 wurde von den Bewerberinnen eine schriftliche Aufnahmeprüfung verlangt, die aus einem handschriftlich verfassten Aufsatz (meist in Briefform) und drei Rechenkolonnen (meist Additionen) bestand. Für eine Weiterbearbeitung der Bewerbung mussten beide Aufgaben zufriedenstellend gelöst werden.⁷⁰

3.3.3 Aufgabenbereiche der weiblichen Bediensteten

Wie viele seiner Zeitgenossen hielt Coch die Frauen für jene Arbeiten besonders gut geeignet,

...welche meist nur im Ordnen, Evidenzhalten, im Sammeln, also in solchen Verrichtungen bestehen, welche schon in ihrer Materie nach Eigenschaften des Geis-

⁶⁷ Akt 1442/1885, Postsparkassenarchiv.

⁶⁸ Als zeitgenössische Quelle dazu siehe: Hans Nawiasky: Frauen im österreichischen Staatsdienst, 207f..

⁶⁹ Zu den empirischen Befunden zum Familienstand siehe Kapitel 4.6.5.

⁷⁰ Aufnahmeprüfung: Anfrage Helene Malkowska zum Programm der Aufnahmeprüfung, Akt 1749/1889, Postsparkassenarchiv.

*tes fördern, die der Intelligenz und dem Charakter einer gebildeten Frau vollkommen entsprechen.*⁷¹

Ausgehend von diesem Bild der Frau als Bedienstete wurden den Frauen der „Damenabteilung“ der Abteilung „Buchhaltung“, an deren Spitze eine Vorsteherin stand, ausschließlich mechanische Arbeiten zugeteilt. Sie verbuchten Scheckzahlungen, stellten Zahlungsanweisungen aus, ordneten die Kontoblätter und führten lediglich leichte Rechenarbeiten durch.⁷²

Die Zunahme der Zahl der beschäftigten Frauen führte noch in der Amtszeit Georg Cochs zu einer organisatorischen Änderung. Im Jahr 1885 wurde die Damenabteilung in zwei Sektionen geteilt, in die „Fach-Control Section“ mit neun Mitarbeiterinnen und die „Bilanz-Registratur Section“ mit 16 Mitarbeiterinnen. Jede Sektion wurde von einer Vorsteherin und einer Stellvertreterin angeführt. Die Sektion „Fach-Controle“ erstellte die Listen für die Tagesbilanz und verglich die Tagesrechnungen mit den Summarien für die Registratur. Der Sektion „Bilanz-Registratur“ oblag die Prüfung der Zahlungsanweisungen, der Empfangs- und Rückzahlungsregister sowie die Verfassung der Bilanzstatistik. Beide Abteilungen mussten darüber hinaus noch „sonstige Geschäfte“ erledigen, die jedoch im einschlägigen Reservatsakt nicht näher detailliert wurden.⁷³

3.3.4 Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit

Die weiblichen Postsparkassen entbehrten wie die Hilfsbeamten zunächst jede soziale rechtliche Absicherung. Sie konnten ohne Angabe von Gründen von einem Tag auf den anderen entlassen werden. Ungebrochene Leistungskraft und unbedingte Unterwerfung unter die Hausdisziplin wurden bei den Kalkulantinnen vorausgesetzt. Konnte eine Postsparkassenbedienstete das geforderte Leistungsniveau nicht halten, musste sie mit der Entlassung rechnen wie die im Juli 1883 aufgenommene Louise Konsel, die bereits ein halbes Jahr später das Amt verlassen musste, weil sie sich zu viele Fehler hatte zu Schulden kommen lassen.⁷⁴

Der Entlassung gingen freilich andere disziplinäre Maßnahmen voran. Bei erstmaliger Verfehlung erhielt die Kalkulantin meist nur einen Verweis oder eine Belehrung

⁷¹ Akt 1773/1883, Postsparkassenarchiv.

⁷² Nawiasky, Frauen im österreichischen Staatsdienst, 218.

⁷³ Zur Neuorganisation der Frauenabteilung: Reservatsakt 90/1885, Postsparkassenarchiv.

⁷⁴ Entlassung wegen wiederholter Fehlleistungen: Akt 3565/1883, Postsparkassenarchiv. Zu Louise Konsel siehe auch: Kapitel 4.11.2 und Fußnote 287.

über die Verpflichtung zur Genauigkeit, im Wiederholungsfall wurden die Verfehlungen jedoch mit Geldstrafen zwischen 50 Kreuzern und einem Gulden (also zwischen einem halben und einem ganzen Taglohn) geahndet. So genehmigte Coch im Oktober 1883 die Verhängung einer Geldstrafe von 50 Kreuzern über eine Dienstnehmerin wegen Nachlässigkeit beim Überprüfen von Zahlungsanweisungen

„mit dem Ausdruck des Bedauerns über die geringe Beachtung meines Befehles (in Bezug auf das korrekte Arbeiten, Anmerkung des Verfassers).“⁷⁵

Nicht nur fehlerfreies Arbeiten, sondern auch Disziplin wurde von den weiblichen Bediensteten erwartet. Aus Angst vor disziplinären Konsequenzen hielten sich auch die meisten Kalkulantinnen streng an die Dienstvorschriften, die ihnen unter anderem Privatgespräche im Amt untersagten⁷⁶. Diese Haltung wurde von der Leitung des Amtes auch des Öfteren lobend erwähnt. So berichtet Oberregierungsrat Gröger, Vorstand der Abteilung III, an Coch:

„Die Arbeiten werden mit Verlässlichkeit, mit fast ängstlicher Genauigkeit ausgeführt. Während der Amststunden herrscht in den Abtheilungsräumen lautlose Stille; die Damen legen einen Eifer, einen Ehrgeiz an den Tag, der mich mit wahrer Freude erfüllt. (...) Die Abtheilung ist schon jetzt eine Zierde des Institutes.“⁷⁷

Auch Coch selbst sparte nicht mit anerkennenden Worten gegenüber der Vorsteherin der Damenabteilung, Leontine Tomasich, verwendete dieses Lob jedoch gleichzeitig als Motivation. Er hoffte auf weitere Beweise,

„... daß die Absicht, für Töchter unserer Beamten und Staatsbürger ein neues und schönes Gebiet der Thätigkeit zu eröffnen, von welcher ich bei der Gründung der Damenabteilung geleitet wurde, nicht mit Unrecht auf die Tüchtigkeit österreichischer Frauen gerechnet hat.“⁷⁸

Die Arbeitszeit der Kalkulantinnen entsprach jener der Hilfsbeamten. Der tägliche Dienst erstreckte sich Montag bis Samstag von 8 Uhr bis 15 Uhr mit einer halbstün-

⁷⁵ Akt 2938/1883, Postsparkassenarchiv.

⁷⁶ Verbot von Privatgesprächen: Circular-Erlaß an die Calculantinnen des k.k. Postsparkassen-Amtes vom 17.7.1883, §3, Postsparkassenarchiv.

⁷⁷ Akt 2500/1883, Postsparkassenarchiv

⁷⁸ Zu Leontine Tomasich siehe Kapitel 4.5 und Fußnoten 130 bis 140 sowie Kapitel 4.7.1. „...daß die Absicht ...“: Akt 2916/1883, Postsparkassenarchiv.

digen Mittagspause von 12 Uhr bis 12³⁰ Uhr. An Sonntagen wurde von 8 Uhr bis 12 Uhr gearbeitet.⁷⁹

3.3.5 Beschäftigung auf „Taglohn“

Die Entlohnung der weiblichen Postsparkassenbediensteten lag noch geringfügig unter jener der Hilfsbeamten. Für einen Arbeitstag erhielt eine Kalkulantin einen Gulden. Davon konnten die Frauen ihre eigene Ernährung sicherstellen, größere Anschaffungen oder die Abdeckung der Kosten für Miete oder Kleidung waren damit kaum möglich. Die Leitung des Hauses ging bei der Festlegung der Taglöhne davon aus, dass die Kalkulantinnen nur für sich selbst zu sorgen hatten und zudem im Familienverband mit ihren Eltern lebten. Vielfach mussten die Frauen nach dem Tod ihres Vaters ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen, um das durch die Witwenpension der Mutter nur unzureichend gewährleistete Haushaltseinkommen aufzubessern. Selbst wenn beide Eltern noch lebten, reichte das Einkommen des Vaters oft nicht aus, um eine große Kinderschar zu ernähren.⁸⁰

Zum Unterschied zu den Hilfsbeamten konnten die Kalkulantinnen zunächst nicht in höhere Rangklassen aufsteigen und dadurch einen höheren Taglohn erzielen. Bezugserhöhungen lagen im Ermessen der Amtsleitung bzw. des übergeordneten Handelsministeriums. Im April 1885 wurde erstmals eine Erhöhung der Bezüge der zehn dienstältesten Kalkulantinnen auf 1 Gulden 25 Kreuzer beantragt.⁸¹

Neben den laufenden Bezügen „auf Taglohn“ gewährte die Postsparkasse ihren Bediensteten auch Sonderremunerationen. Diese waren von Georg Coch als Belohnung für den Arbeitseinsatz, aber auch als Anreiz zu weiterem ungebrochenen Engagement gedacht. Bereits im Dezember 1883 wurde die erste allgemeine Auszahlung von Remunerationen für das gesamte Personal verfügt. Die Höhe der Remunerationen schwankte je nach Stellung und Arbeitsleistung zwischen 100 Gulden für zwei besonders tüchtige Beamte und 6 Gulden für Amtsdienner. Kalkulantinnen erhielten Beträge zwischen 10 und 15 Gulden. Lediglich Leontine von Tomasich wurde mit 50 Gulden weit überdurchschnittlich remuneriert. Zum einjährigen Jubiläum der

⁷⁹ Circular-Erlaß an die Calculantinnen des k.k. Postsparkassen-Amtes vom 17.7.1883, §6, Postsparkassenarchiv.

⁸⁰ Taglohn der Kalkulantinnen: H.M.St.-Akte 33/1885, Postsparkassenarchiv. Lebenshaltungskosten: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 61f.

⁸¹ Bezugserhöhung: H.M.St.-Akte 33/1885, Postsparkassenarchiv.

Gründung der Damenabteilung wurde den elf Kalkulantinnen Mitte 1884 eine außerordentliche Remuneration in der Höhe von je 10 Gulden zugedacht.⁸²

3.3.6 Krankheiten und Urlaube

Krankheit bedeutete für die Kalkulantinnen, ähnlich wie für die Hilfsbeamten, stets eine Gefährdung ihrer beruflichen Stellung in der Postsparkasse, denn Taggeld auf Kündigung bedeutete, dass man jederzeit aus irgendeinem Grund, also auch bei häufiger Krankheit bzw. den daraus resultierenden Fehlzeiten, gekündigt werden konnte. Man kann davon ausgehen, dass die Kalkulantinnen sich nicht leichtfertig krank meldeten. In den überwiegenden Fällen lag wohl tatsächlich eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Gesundheit vor. Oft erfolgt die Krankmeldung erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Krankheit schon fortgeschritten und keine schnelle Heilung zu erwarten war.⁸³

Wiederholte Krankmeldungen erhöhten das Risiko der Kündigung. So notierte die Vorsteherin der Damenabteilung anlässlich der Krankmeldung einer Kalkulantin im September 1884:

„Fräulein G.P. ist heute eines leichten Unwohlseins wegen, vom Amte weggeblieben. Nachdem sich dieser Fall schon mehrmals wiederholt hat, so erlaube ich mir den Antrag zu stellen, der Genannten das Taggeld für den heutigen Tag bei Auszahlung der Monatsgebühr in Abzug bringen zu lassen.“⁸⁴

Coch genehmigte diese Vorgangsweise mit der Bemerkung,

„...daß wenn Frl. G.P. so kränklich, wie es den Anschein hat, das Amt sie als eine Arbeitskraft nicht zu verwenden in der Lage ist.“⁸⁵

„Andauernde Kränklichkeit“ war ein wiederholter Grund für den Austritt aus dem Amt, wobei aus den Akten nicht immer einwandfrei festzustellen ist, ob die betreffende Bedienstete den Dienst freiwillig quittierte oder ob sie zum Austritt gezwungen wur-

⁸² Erste Remunerationen: Akt 3507/1883, Postsparkassenarchiv; Remuneration Leontine von Tomasich: Akt 828/1884, Postsparkassenarchiv; Sonderremuneration für Kalkulantinnen: Akt 1933/1884, Postsparkassenarchiv.

⁸³ Befunde zu den Krankheiten finden sich im Kapitel 4.9.

⁸⁴ Akt 2817/1884, Postsparkassenarchiv

⁸⁵ Ebenda.

de.⁸⁶ Nicht immer führte die Erkrankung einer Kalkulantin sofort zu deren Entlassung.⁸⁷

Weder die Belassung des Taggeldes im Krankheitsfall noch das Fernbleiben selbst waren selbstverständlich. Um beides mussten schriftliche Bittgesuche eingereicht werden. Zumeist beantragten die Kalkulantinnen Krankheitsgesuche unter Einstellung des Taggeldes. Nur wenige hatten den Mut, um Urlaub und Belassung des Taggeldes zu bitten. So suchte etwa Paula Kautsky um einen zweiwöchigen Urlaub an, wobei das beigelegte Attest des Arztes einen „wenigstens dreiwöchigen Landaufenthalt“ empfahl. Obwohl die Bittstellerin anführte, dass sie diesen notwendigen Urlaub ohne Fortbezug des Taggeldes nicht antreten könne, da sie ihre kränkliche Mutter mitversorgen müsse und über ihr Taggeld hinaus kein weiteres Einkommen oder Vermögen vorhanden sei, wurde ihr Ansuchen abgelehnt.⁸⁸

Jene Kalkulantinnen, deren Ansuchen um Taggeldbelassung abgelehnt wurde, konnten um Geldaushilfe bis zu einer Höhe von 15 Gulden bitten. Diese wurde in den meisten Fällen gewährt. In einigen Fällen handelte es sich sogar um nicht rückzahlbare Vorschüsse auf das Taggeld, also um echte Fürsorgeleistungen. Dauerte die Abwesenheit der Kalkulantin nicht länger als zwei Tage, konnte sie mündlich um die Gewährung einer Geldaushilfe in der Höhe des vorgesehenen Taggeldes, das seit Februar 1886 sofort bei Beginn der Absenz eingestellt wurde, ansuchen. In diesen Fällen oblag es dem Abteilungsleiter, darüber zu entscheiden. Bei längeren Abwesenheiten musste in jedem Falle ein schriftliches Gesuch um Geldaushilfe an die Direktion des Postsparkassenamtes eingereicht werden. Bei Abwesenheiten über fünf Tage entschied der Direktionsrat über die Geldaushilfe, sämtliche Ansuchen betreffend längere Absenzen waren dem Direktor persönlich zur Entscheidung vorzulegen.⁸⁹

3.3.7 Rasches Anwachsen der Frauenbeschäftigung

Von Beginn an suchte die Postsparkasse laufend, neue Kundenkreise zu erschließen. Die Zahl der Postsparkonten stieg während der Amtszeit Georg Cochs von über

⁸⁶ Als Beispiel für die Argumentation „andauernde Kränklichkeit“ siehe Akt 1857/1884, Postsparkassenarchiv

⁸⁷ Siehe dazu Kapitel 4.9.1.

⁸⁸ Akt 2707, 1885, Postsparkassenarchiv.

⁸⁹ Taggeldeinstellung und Geldaushilfen bei Abwesenheit: Akt 367/1886, Postsparkassenarchiv. Befunde zu den Geldaushilfen siehe Kapitel 4.8.2.

350.000 Ende 1883 auf über 540.000 Ende 1886. Gleichzeitig erhöhte sich der Gesamtguthabenstand aller Postsparguthaben von 4 Mio. Gulden zum Jahresende 1883 auf 10,5 Mio. Gulden. Auch die Zahl der jährlichen Transaktionen im Postsparkassenverkehr stieg von rund 1,4 Millionen Transaktionen im Jahr 1883 auf über 2,1 Millionen Transaktionen im Jahr 1886.⁹⁰ Noch rasanter stellt sich die Entwicklung im Postscheckverkehr dar. Bis zum Jahresende 1883 waren 167 (!) Postscheckkonten mit einem Jahresumsatz von einer halben Million Gulden und einem Guthabenstand von 100.000 Gulden angelegt worden, bis zum Jahresende 1886 waren es bereits 10.500 Konten mit einem Guthabenstand von 28 Mio. Gulden und einem Jahresumsatz von 945 Mio. Gulden. Die Zahl der jährlichen Transaktionen stieg im selben Zeitraum von knapp 1.900 auf rund 3,7 Mio. Transaktionen.⁹¹

Diese enorme Ausweitung der Geschäftsfälle konnte nur durch eine Zunahme des Personals bewältigt werden. Diese betraf auch die Zahl der Kalkulantinnen. Von Juli bis zum Jahresende 1883 stieg ihre Zahl von 14 auf 17 Frauen. Der Anteil der weiblichen Bediensteten am gesamten in den Betrieb eingebundenen Personal des Amtes (Staatsbeamte, Vertragsangestellte, Hilfsbeamte und Kalkulantinnen) betrug somit im ersten Jahr 6,1%.⁹² In den folgenden Jahren stieg die Zahl der weiblichen Postsparkassenbediensteten kontinuierlich an. Zum Jahresende 1884 waren 24 Kalkulantinnen im Amt beschäftigt, zum Jahresende 1885 betrug die Zahl der Kalkulantinnen 32 Personen, zum Jahresende 1886 bereits 37 Frauen.⁹³

Seit 1885 sah sich die Postsparkasse gezwungen, für die Perioden erhöhten Geschäftsanfalles (etwa zu Monats- und Jahresende) zusätzliches Hilfspersonal einzustellen. Ende 1885 waren es 62 Personen, Ende 1886 zählte das Hilfs- und technische Personal (darunter auch Stundenarbeiterinnen) 97 Personen, davon 20 Amtsdienner. Der Anteil der Kalkulantinnen an den mit den Geschäftsfällen betrauten Bediensteten lag 1884 bei 7,8% und ging bis 1886 wieder auf knapp über 6% zurück.⁹⁴

⁹⁰ Österreichisches Postsparkassenamt: Rechenschaftsbericht 1886, 10ff.

⁹¹ Zahl der Postscheckkonten: Rechenschaftsbericht 1886, 44; Stand der Guthaben: ebenda, 67; Umsatz und Transaktionen: ebenda, 48.

⁹² Österreichisches Postsparkassenamt: Rechenschaftsbericht 1883/1884, 58.

⁹³ Österreichische Postsparkassenamt: Rechenschaftsbericht 1883/1884, 59; Rechenschaftsbericht 1885, 81; Rechenschaftsbericht 1886, 79.

⁹⁴ Hilfspersonal: Rechenschaftsbericht 1885, 81; Rechenschaftsbericht 1886, 79f.

3.3.8 Ende der Amtszeit Cochs

Innerhalb der ersten vier Jahre nach der Gründung hatte sich die Österreichische Postsparkasse ihren festen Platz im Gefüge der Finanzinstitutionen gesichert. Ein bisher ungenützter Teil des Volksvermögens war der öffentlichen Hand zur Sicherung der Finanzierung des Staatshaushaltes erschlossen worden. Der Betrieb verlief dank der minutiösen Detailplanung der Arbeitsabläufe durch Georg Coch reibungslos und finanzierte sich über die Gebühren und die Gewinne aus der Zinsdifferenz zwischen dem Einlagezinssatz und der Rendite auf Staatspapiere selbst.⁹⁵

Dennoch musste Georg Coch am 19. März 1886 seinen Direktionsschreibtisch räumen, ein Erlass des neuen Leiters des Handelsministeriums, Sektionschef Pußwalds, hatte ihn dazu gezwungen. Vorwand für die Zwangsbeurteilung Cochs waren Gerüchte, es wäre bei der Kassaführung des Postsparkassenamtes zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Zwar ergab die Prüfung der Kassabestände keine Fehlbeträge, doch Coch wurde nicht mehr zurückgerufen. Wirkliche Ursache und Anlassfall für die Amtsenthebung Cochs, der ein formelles Entlassungsgesuch Cochs folgte, waren in der Amtsführung Cochs begründet. Coch hatte, weil er sich des Wohlwollen des Handelsministers Felix Pino-Friedenthal sicher war, Entscheidungen selbstständig getroffen und dem Minister Akten zur Unterschrift vorgelegt, ohne die Stabsabteilung des Ministeriums einzubeziehen. Mit dieser laufenden Brüskierung der österreichischen Bürokratie schuf sich Coch eine große Anzahl von Feinden, zu denen auch der Finanzminister Julian Dunajewski gehörte, den Coch dadurch gegen sich aufgebracht hatte, weil es sich nicht vorschreiben lassen wollte, welche Staatspapiere die Postsparkasse zur Veranlagung ihrer Aktiva zeichnen sollte.⁹⁶

⁹⁵ Zum geschäftlichen Erfolg: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 81ff.

⁹⁶ Erlass Pußwalds: Insel in den Zeiten. 70 Jahre Österreichisches Postsparkassenamt. Wien 1953, 15f.; Prüfung der Kassenbestände: Präsidialakt des Handelsministerium 639, 14. April 1886; Entlassungsgesuch Cochs: Präsidialakt des Handelsministeriums 698, 22. April 1886; Führungsstil Cochs: Gertrude Wagner, Michael Wagner: Produktive Ungeduld. Die Rolle Georg Cochs in der Entwicklung des Scheckverkehrs. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.): Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postscheckverkehr. Wien: Österreichische Postsparkasse 1987, 9-23, 12ff. Zur Person Wagners siehe auch: Gertrude Wagner, Michael Wagner: Georg Coch. Zur Biographie des Postsparkassengründers. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hg.). Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Wien: Österreichische Postsparkasse 1991, 65-80. Auseinandersetzung Dunajewski-Coch: Paul Dehn: Der Schöpfer des neuzeitlichen Postscheckverkehrs. Ein österreichisches Schicksal. In: Wiener Neueste Nachrichten 5. Jänner 1930.

3.4 Die Frauenbeschäftigung in der erfolgreichen Konsolidierungsphase 1886 bis 1900

3.4.1 Geschäftliche Entwicklung

Die Führung des Amtes wurde zunächst von Hofrat Heinrich Borutzky als provisorischer Leiter übernommen. Im Dezember 1886 wurde der Sektionsrat des Innenministeriums, Franz Wacek-Orlic, zum Leiter des Amtes ernannt, das er bis 1900 nach den von Coch vorgegebenen Bahnen leitete. Das Tagesgeschäft wurde durch den Wechsel in der Führung des Institutes daher kaum beeinflusst.⁹⁷

Während sich die Privatsparkassen nach der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre lange nicht erholen konnten und ihre Guthabenstände real nur durch die Zinsengutschreiben leicht wuchsen⁹⁸, konnte die Postsparkasse von dem seit Beginn der achtziger Jahre zunehmenden Wirtschaftswachstum profitieren. Die Sparguthaben auf den Konten der Postsparkasse erhöhten sich zwischen 1886 und 1900 fast auf das Siebenfache (von 10,8 Mio. fl auf 70,4 fl).⁹⁹ Dies ist einerseits auf die Verdreifachung der Postsparkonten (von rund 545.000 auf nahezu 1,5 Mio.) zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die Erhöhung der durchschnittlichen Einlagen pro Postsparkonto. Diese wurde wiederum durch die Veränderung der Kundenstruktur hervorgerufen: Waren in der Gründungsphase noch mehr als die Hälfte der Postsparkonten für Kinder, SchülerInnen und StudentInnen angelegt worden, betrug der Anteil dieser Kundengruppe im Jahr 1900 44%. Dagegen erhöhte sich der Anteil der Sparkonten von ArbeiterInnen und anderen Unselbstständigen von 4% auf 21%.¹⁰⁰

Ähnlich verlief die Entwicklung im Postscheckverkehr: Im Jahr seiner Einführung 1886 verwaltete die Postsparkasse zum Jahresende rund 10.500 Postscheckkonten mit einem Gesamtguthabenstand von 28,6 Mio. fl und einem Jahresumsatz von 945 Mio. fl. Im Jahr 1900 wurden auf den rund 42.600 Postscheckkonten zum Jahresende ein Guthabenstand von 109,6 Mio. fl und ein Jahresumsatz von 5,2 Mrd. fl verzeichnet.¹⁰¹

⁹⁷ Zum Amtswechsel: Michael Wagner/Peter Tomanek, *Bankiers und Beamte*, 107.

⁹⁸ Zur Entwicklung der Privatsparkassen: Hauptverband der österreichischen Sparkassen (Hg.): *150 Jahre Sparkassen in Österreich*, Bd. 3, Wien 1969, 90 ff.

⁹⁹ Rechenschaftsbericht 1900, 19.

¹⁰⁰ Zahl der Postsparkonten: Rechenschaftsberichte 1886 bis 1900; Veränderung der Kundenstruktur: Rechenschaftsbericht 1885, 25, Rechenschaftsbericht 1900, 9..

¹⁰¹ Postscheckverkehr: Rechenschaftsberichte 1886 bis 1900, Detailliert dazu: Michael Wagner/Peter Tomanek, *Bankiers und Beamte*, 108ff.

3.4.2 Stetiges Personalwachstum

Diese deutliche Steigerung der Umsätze und der Guthabenstände war mit einem noch größeren Zuwachs der zu bewältigenden Geschäftsfälle verbunden, waren doch die zu verbuchenden Einlagen und Abhebungen in der Regel Kleinbeträge, die jedoch den selben Arbeitsaufwand hervorriefen wie Großumsätze. Das Amt reagierte auf die Intensivierung der Geschäftstätigkeit mit einer Aufstockung der Personalstände. Im Zeitraum 1883 bis 1900 wuchs die Belegschaft der Postsparkasse von 292 Beschäftigten auf 2.197 Bedienstete¹⁰² Waren 1883 in der Postsparkasse 170 Hilfsbeamte (also jene Beschäftigten, deren sozialrechtliche Stellung jener der Kalkulantinnen ähnlich war) beschäftigt, so waren es 1900 bereits 1.004, schließlich hatten sie die Hauptlast des Tagesgeschäftes zu tragen. Dennoch sank ihr Anteil an allen Beschäftigten von über 58% im Jahr 1883 auf knapp unter 46% im Jahr 1900.

Tabelle 3: Personalstände der Postsparkasse 1883-1900 zum Jahresende nach Kategorien

Jahresende	Staatsbeamte	Vertragsbedienstete	Hilfsbeamte	Kalkulantinnen	Amtsdiener	Aushilfsdiener	sonstiges Personal	Gesamt
1883	51	41	170	17	13			292
1884	66	41	178	24	16			325
1885	90	52	258	32	21			453
1886	91	51	379	33	20	40	37	651
1887	95	57	413	47	18	43	39	712
1888	95	69	412	58	18	38	40	730
1889	98	80	417	79	18	41	43	776
1890	114	92	464	93	18	43	48	872
1891	136	123	445	101	32	31	54	922
1892	155	128	492	117	33	41	61	1.027
1893	203	146	520	130	33	51	68	1.151
1894	213	187	542	137	32	52	76	1.239
1895	238	213	575	157	51	38	79	1.351
1896	261	254	628	169	56	34	79	1.481
1897	286	298	639	183	56	43	73	1.578
1898	305	340	688	204	56	48	94	1.735
1899	574	122	872	220	59	55	113	2.015
1900	588	122	1.004	243	58	66	116	2.197

Quelle: Rechenschaftsbericht 1883/84, 58f; Rechenschaftsbericht 1885, 81; Rechenschaftsbericht 1886, 79; Rechenschaftsbericht 1887, 74; Rechenschaftsbericht 1888, 81; Rechenschaftsbericht 1889, 88; Rechenschaftsbericht 1890, 89; Rechenschaftsbericht 1891, 87; Rechenschaftsbericht 1892, 139; Rechenschaftsbericht, 1893, 110; Rechenschaftsbericht 1894, 110; Rechenschaftsbericht 1895; 111; Rechenschaftsbericht 1896, 114; Rechenschaftsbericht 1897, 114; Rechenschaftsbericht 1898, 116; Rechenschaftsbericht 1899, 120, Rechenschaftsbericht 1900, 113.

¹⁰² Rechenschaftsberichte 1883 bis 1900.

Der Anteil der Kalkulantinnen erhöhte sich im selben Zeitraum von 17 auf 243, das entspricht einem Zuwachs auf das mehr als Vierzehnfache. Der Anteil der Kalkulantinnen an allen Beschäftigten erhöhte sich dadurch von unter 6% auf über 11%. Dagegen blieb der Anteil der Staatsbeamten und Vertragsbediensteten (also die Angestellten „auf Kündigung“) in Summe im Zeitraum 1883 bis 1900 mit rund 32% nahezu unverändert. Allerdings kam es durch die Umstufung von rund 240 Vertragsbediensteten in den Rang von Staatsbeamten im Jahr 1898 zu erheblichen Verschiebungen zwischen diesen beiden Gruppen. Die Zahl der Staatsbeamten hatte sich von 1883 bis 1898 auf das Sechsfache gesteigert, jene der Vertragsbedienstete stieg in diesem Zeitraum auf das Achtfache.

Tabelle 4: Anteile der Kategorien an allen Beschäftigten der Postsparkasse 1883-1900

Jahresende	Staatsbeamte	Vertragsbedienstete	Hilfsbeamte	Kalkulantinnen	Amtsdiener	Aushilfsdiener	sonstiges Personal	Gesamt
1883	17,5%	14,0%	58,2%	5,8%	4,5%	0,0%	0,0%	292
1884	20,3%	12,6%	54,8%	7,4%	4,9%	0,0%	0,0%	325
1885	19,9%	11,5%	57,0%	7,1%	4,6%	0,0%	0,0%	453
1886	14,0%	7,8%	58,2%	5,1%	3,1%	6,1%	5,7%	651
1887	13,3%	8,0%	58,0%	6,6%	2,5%	6,0%	5,5%	712
1888	13,0%	9,5%	56,4%	7,9%	2,5%	5,2%	5,5%	730
1889	12,6%	10,3%	53,7%	10,2%	2,3%	5,3%	5,5%	776
1890	13,1%	10,6%	53,2%	10,7%	2,1%	4,9%	5,5%	872
1891	14,8%	13,3%	48,3%	11,0%	3,5%	3,4%	5,9%	922
1892	15,1%	12,5%	47,9%	11,4%	3,2%	4,0%	5,9%	1.027
1893	17,6%	12,7%	45,2%	11,3%	2,9%	4,4%	5,9%	1.151
1894	17,2%	15,1%	43,7%	11,1%	2,6%	4,2%	6,1%	1.239
1895	17,6%	15,8%	42,6%	11,6%	3,8%	2,8%	5,8%	1.351
1896	17,6%	17,2%	42,4%	11,4%	3,8%	2,3%	5,3%	1.481
1897	18,1%	18,9%	40,5%	11,6%	3,5%	2,7%	4,6%	1.578
1898	17,6%	19,6%	39,7%	11,8%	3,2%	2,8%	5,4%	1.735
1899	28,5%	6,1%	43,3%	10,9%	2,9%	2,7%	5,6%	2.015
1900	26,8%	5,6%	45,7%	11,1%	2,6%	3,0%	5,3%	2.197

Quelle: Rechenschaftsbericht 1883 bis 1900 (siehe Tabelle 5); eigene Berechnungen.

Auch die Zahl der Amtsdienner stieg bis zur Jahrhundertwende, allerdings deutlich geringer als die anderer Bedienstetengruppen: 1900 waren etwas mehr als viermal so viele Amtsdienner beschäftigt als 1883. Ab 1886 wurden neben den von Georg Coch festgelegten Beschäftigtengruppen zusätzliche Bedienstetenkategorien eingeführt: Aushilfsdiener übernahmen Hilfstätigkeiten in den verschiedenen Abteilungen, daneben wurden zur Unterstützung auch Stundenarbeiterinnen und Expeditgehilfen eingesetzt. Von 1886 bis zur Jahrhundertwende erhöhte sich der Stand des sonstigen Personals von 37 auf 116 Personen.

3.4.3 Arbeitszeit und Raumnot

Der erhöhte Arbeitsanfall konnte jedoch nicht allein durch die Ausweitung des Personals bewältigt werden, die Beschäftigten mussten pro Person eine steigende Zahl von Gebarungen durchführen. Hatten im Jahr 1886 die Bediensteten pro Person und Jahr noch knapp unter 8.000 Gebarungen im Spar- und Scheckverkehr durchgeführt, stieg dieser Wert bis 1897 auf rund 12.350 Gebarungen.¹⁰³ In den Rechenschaftsberichten wurde auch regelmäßig auf die enorme Steigerung der Arbeitsleistung hingewiesen.¹⁰⁴

Was in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht erwähnt wurde, dass diese Steigerung der bewältigten Geschäftsfälle nur durch eine zum Teil erhebliche Ausweitung der Arbeitszeiten erreicht werden konnte. Die Bediensteten wurden verpflichtet, über die vertraglich fixierte Kernarbeitszeit von sechseinhalb Stunden hinaus zu arbeiten. Diese Überstunden wurden meist auch nicht gesondert entlohnt.¹⁰⁵ Besonders extrem war die Arbeitsbelastung zum Jahreswechsel, wo neben den täglichen Buchungen auch die mit dem Rechnungsabschluss verbundenen Aufgaben zu erledigen waren. Die tägliche Arbeitszeit konnte in diesen extremen Belastungsperioden auf 14 Stunden und mehr anwachsen, sogar die Sonntagsruhe wurde missachtet, um das Prinzip der „Tagfertigkeit“ aufrechtzuerhalten.¹⁰⁶ Die im März 1899 durch das Handelsministerium verordnete Sonntagsruhe wurde intern lediglich als Verpflichtung interpretiert, für die an Sonntagen geleisteten Arbeitsstunden Zeitausgleich oder Überstundenzuschläge zu gewähren.¹⁰⁷

Die langen Arbeitszeiten waren für die Bediensteten auch deshalb besonders belastet, weil die räumlichen Bedingungen nicht mit der steigenden Zahl an Beschäftigten Schritt halten konnten. Zwar versuchte die Amtsleitung, die Raumnot durch Zubauten im Hof des Gebäudes in der Postgasse zu beheben, dabei wurde jedoch verabsäumt, die bauliche Infrastruktur, sei es die Dimensionierung des Gastanks, aus dem die Beleuchtung gespeist wurde, sei es die Zahl der Toiletten, entsprechend

¹⁰³ Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 133.

¹⁰⁴ Rechenschaftsbericht 1886, 79; Rechenschaftsbericht 1887, 74; Rechenschaftsbericht 1888, 81; Rechenschaftsbericht 1889, 88; Rechenschaftsbericht 1890, 89; Rechenschaftsbericht 1891, 87; Rechenschaftsbericht 1892, 139; Rechenschaftsbericht, 1893, 110; Rechenschaftsbericht 1894, 110; Rechenschaftsbericht 1895; 111; Rechenschaftsbericht 1896, 114; Rechenschaftsbericht 1897, 114; Rechenschaftsbericht 1898, 116; Rechenschaftsbericht 1899, 120, Rechenschaftsbericht 1900, 113.

¹⁰⁵ Insel in den Zeiten 75 Jahre Postsparkassenamt. Wien 1953, 31.

¹⁰⁶ Peter Eigner/Roland Löffler/Michael Wagner/Andreas Weigl, Gesicherte Tagfertigkeit, 17

¹⁰⁷ Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 114.

aufzustocken. Auch die im Zuge der Aufstockung des Gebäudes aufgesetzte Glasabdeckung des Dachbereiches führte in den Sommermonaten zu nahezu unerträgliche Temperaturen. An diesen Arbeitsbedingungen konnte auch die Einführung der ersten technischen Hilfsmittel in Form von 12 Remington-Schreibmaschinen im Jahr 1888 nichts ändern.¹⁰⁸

Trotz des hohen Arbeitsdrucks kam es zu keinen nennenswerten Anstiegen der Krankenstände. Auch Protestaktionen blieben aus, dafür setzten sich immer wieder Reichstagsabgeordnete mittels Interpellationen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Postsparkassenbediensteten ein.¹⁰⁹

3.5 Frauenbeschäftigung während des Aufstiegs zur Staatsbank

Die Phase von 1900 bis zum ersten Weltkrieg kann anhand zweier Ereignisse charakterisiert werden: durch den Aufstieg der Postsparkasse als führendes Institut im Emissionssyndikat und durch den Umzug in das „neue Haus“, dem Gebäude, das Otto Wagner auf dem Gelände der ehemaligen Franz-Josefs-Kaserne in nur dreijähriger Bauzeit errichtet hatte. Äußeren Ausdruck erhielt die Neupositionierung der Postsparkasse durch die Verleihung des Titels „Gouverneur“ an den Leiter der Postsparkasse im Jahr 1910, das Motto dieser Periode kann mit dem Leitspruch des ersten Gouverneurs, Rudolf Schuster-Bonnott umschrieben werden: „Stillstand ist Rückschritt“.¹¹⁰

3.5.1 Geschäftlicher Erfolg

Die Postsparkasse war seit ihrer Gründung verpflichtet, ihre Aktiva in Kronenrenten zu veranlagen, um auf diese Weise das Geld der Kleinanleger für die öffentliche Hand nutzbar zu machen. Mit dem Anstieg der Kontenguthaben und der Steigerung

¹⁰⁸ Zubauten: H.M.St-Akten 27/1896, 38/1896, 45/1896, 50/1896, Postsparkassenarchiv; Gastank, Toiletten: Insel in den Zeiten, 33; Schreibmaschinen: Akt 2069/1889, Postsparkassenarchiv.

¹⁰⁹ Krankenstände: Rechenschaftsbericht 1900, 146; Interpellationen von Abgeordneten: H.M.St-Akte 40/1893, 14/1896, 50/1899, Postsparkassenarchiv.

¹¹⁰ Zum Aufstieg der Postsparkasse in das Emissionssyndikat siehe: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 141ff sowie Roland Löffler, Peter Tomanek: Betriebliche Erneuerung und geschäftlicher Erfolg. Die österreichische Postsparkasse 1905-1912. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hrsg.). Stillstand ist Rückschritt. Der erste Postsparkassen-Gouverneur 1910. Erstes Postsparkassensymposium 1985 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1985, 24-42. Zum Neubau: Löffler/Tomanek, Betriebliche Erneuerung, 29ff; „Gouverneur“: Gertrude Wagner, Michael Wagner. Rudolf Schuster-Bonnott. Zur Biographie eines Staatsbankiers. In Betriebliche Erneuerung und geschäftlicher Erfolg. Die österreichische Postsparkasse 1905-1912. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hrsg.). Stillstand ist Rückschritt. Der erste Postsparkassen-Gouverneur 1910. Erstes Postsparkassensymposium 1985 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1985, 9-22, 9.

der Umsätze in Spar- und Scheckverkehr wurde die Postsparkasse für die Staatsfinanzierung immer bedeutender. In den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts zeichnete die Postsparkasse pro Jahr im Schnitt Rentenpapiere im Wert von 15 Mio. Kronen. Dies stellte einen nicht unbeträchtlichen Teil des jährlichen Emissionsvolumens des Staates dar. In Zeiten unsicherer Budgetentwicklungen wurde die Postsparkasse für das Finanzministerium immer wichtiger. Daher war es eine logische Konsequenz der führenden Rolle der Postsparkasse auf dem Sekundärmarkt, dass ihr – auf Betreiben des damaligen Finanzministers Leon Bilinski - 1897 von der Rothschildgruppe die Aufnahme in das Emissionssyndikat angeboten wurde.¹¹¹

Zunächst nur ein einfaches Mitglied in dem von den Privatbanken dominierten Syndikat, konnte die Postsparkasse unter der Führung Schuster-Bonnotts, der seit 1905 das Amt leitete, seine Position im Syndikat bzw. dem zwischenzeitlich gebildeten „Österreich-Konsortium“ stetig aufbauen und schließlich im Jahr 1909 die führende Rolle übernehmen. Damit konnte die öffentliche Hand, in deren Besitz die Postsparkasse war, die Kontrolle über die Emissionen ausüben. Für die Postsparkasse bedeutete die Übernahme der Führung im Emissionssyndikat die Erschließung eines äußerst lukrativen Geschäftsfeldes.¹¹²

Neben dem Wertpapiergeschäft stellte der Scheckverkehr das zweite stark expandierende Geschäftsfeld der Postsparkasse von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs dar. Innerhalb dieser vierzehn Jahre stieg die Zahl der Scheckkonten auf knapp 127.000 an (gegenüber knapp 43.000 im Jahr 1900), die Guthabenstände vervierfachten sich im selben Zeitraum auf knapp 900 Mio. Kronen, der jährliche Umsatz erhöhte sich von 10,5 Mrd. Kronen im Jahr 1900 auf über 36 Mrd. Kronen im Jahr.¹¹³

Die Entwicklung im Sparverkehr entwickelte sich dagegen nicht so dynamisch. Verwaltungete die Postsparkasse im Jahr 1900 knapp 1,5 Mio. Postsparkonten, waren es 1914 rund 2,3 Mio. Konten, ein Zuwachs von 50 Prozent. Die auf den Postsparkonten gehaltenen Guthaben erhöhten sich bis 1908 von rund 141 Mio. Kronen auf 227 Mio. Kronen, gingen aber bis 1914 auf 174 Mio. Kronen zurück.¹¹⁴

¹¹¹ Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 141.

¹¹² Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 143 ff.

¹¹³ Rechenschaftsberichte 1900 bis 1914.

¹¹⁴ Rechenschaftsberichte 1900 bis 1914.

3.5.2 Strenges Kostenkalkül: Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsentwicklung

Der Nachfolger von Wacek-Orlic als Leiter des Postsparkassenamtes, Dr. Mansuet Kosel, den seine Karriere von der niederösterreichischen Finanzprokuratur über das Handelsministerium zur Leitung der Betriebsabteilung der Post- und Telegraphenanstalt geführt hatte, brachte aus diesen Vorbeschäftigungen die Überzeugung mit, dass in jedem Betrieb Rationalisierungspotenziale zu nutzen wären. Er hoffte, die steigenden Anforderungen an den Betrieb des Amtes nicht durch eine weitere Ausweitung des Personals, sondern durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität, strenge Kontrolle und die Entlassung wenig leistungsfähiger Beschäftigter erreichen zu können. Innerhalb eines Jahres reduzierte er die Zahl der Bediensteten um 134 Personen, die Zahl der bezahlten Überstunden durch erhöhten Arbeitsdruck. Er schien damit zunächst auch erfolgreich zu sein: die Zahl der jährlichen Gebarungen pro beschäftigter Person stieg im Zeitraum von 1901 bis 1904 von 13.400 auf rund 190.000.¹¹⁵

Tabelle 5: Personalstände der Postsparkasse 1900-1913 zum Jahresende nach Kategorien

Jahresende	Staatsbeamte	Vertragsbedienstete	Hilfsbeamte	Buchführerinnen	Kalkulantinnen	Amtsdiener	Aushilfsdiener	sonstiges Personal	Gesamt
1900	588	122	1.004		243	58	66	116	2.197
1901	669	136	837		226	75	54	66	2.063
1902	708	172	731	16	216	73	56	60	2.032
1903	768	210	625	19	225	75	55	59	2.036
1904	830	193	578	26	234	75	57	58	2.051
1905	926	163	510	35	242	90	43	65	2.074
1906	1.110	267	295	39	248	90	36	55	2.140
1907	1.218	324	144	41	277	86	42	57	2.189
1908	1.325	273	85	48	337	105	27	47	2.247
1909	1.497	163	62	53	421	104	33	22	2.355
1910	1.596	65	53		602	103	37	22	2.478
1911	1.574	44	46		751	103	37	17	2.572
1912	1.552	33	40		877	102	40	14	2.658
1913	1.526	28	38		1.003	114	38	14	2.761

Quelle: Rechenschaftsbericht 1900; 113, Rechenschaftsbericht 1901, 69; Rechenschaftsbericht 1902, 69; Rechenschaftsbericht 1903, 66; Rechenschaftsbericht 1904, 66; Rechenschaftsbericht 1905, 66; Rechenschaftsbericht 1906, 66; Rechenschaftsbericht 1907, 66; Rechenschaftsbericht 1908, 66; Rechenschaftsbericht 1909, 66; Rechenschaftsbericht 1910, 64; Rechenschaftsbericht 1911, 64; Rechenschaftsbericht 1912, 64; Rechenschaftsbericht 1913, 64.

¹¹⁵ Zur Person und Karriere Kosels: Alois Czedit. Zur Geschichte der k.k. österreichischen Ministerien, Bd. 2. Wien 1917, 366f. Personalreduktion: Rechenschaftsbericht 1901, 69f.; Produktivitätszuwächse: Rechenschaftsbericht 1901, 68ff. und Rechenschaftsbericht 1904, 65f.

Von den Personalreduktionen Kosels waren vor allen die Hilfsbeamten betroffen. Ihre Zahl reduzierte sich in seiner Zeit deutlich (allerdings gelang es auch einem Teil dieser Hilfsbeamten, in den Rang der Vertragsbediensteten aufzusteigen. Aus dieser Gruppe wurden wiederum einige in den Rang von Staatsbeamten übergeführt.)

Die Kalkulantinnen waren von den Personalreduktionen unter der Leitung Kosels nicht berührt. In seiner Amtszeit erhöhte sich die Zahl der Kalkulantinnen auf 260, ein Teil wurde ab 1902 zu „Buchführerinnen“ ernannt und mit höheren Bezügen ausgestattet. Der Anteil der weiblichen Bediensteten zur Behandlung der Geschäftsfälle des Postsparkassenamtes erhöhte sich dadurch während der Amtszeit Kosels um 1,5 Prozentpunkte.

Tabelle 6: Anteile der Beschäftigtenkategorien an allen Beschäftigten der Postsparkasse, 1900-1913

Jahresende	Staatsbeamte	Vertragsbedienstete	Hilfsbeamte	Kalkulantinnen (einschl. Buchführerinnen)	Amtsdiener	Aushilfsdiener	sonstiges Personal	Gesamt
1900	26,8%	5,6%	45,7%	11,1%	2,6%	3,0%	5,3%	2.197
1901	32,4%	6,6%	40,6%	11,0%	3,6%	2,6%	3,2%	2.063
1902	34,8%	8,5%	36,0%	11,4%	3,6%	2,8%	3,0%	2.032
1903	37,7%	10,3%	30,7%	12,0%	3,7%	2,7%	2,9%	2.036
1904	40,5%	9,4%	28,2%	12,7%	3,7%	2,8%	2,8%	2.051
1905	45,1%	7,9%	24,8%	12,5%	4,4%	2,1%	3,2%	2.054
1906	51,9%	12,5%	13,8%	13,4%	4,2%	1,7%	2,6%	2.140
1907	55,6%	14,8%	6,6%	14,5%	3,9%	1,9%	2,6%	2.189
1908	59,0%	12,1%	3,8%	17,1%	4,7%	1,2%	2,1%	2.247
1909	63,6%	6,9%	2,6%	20,1%	4,4%	1,4%	0,9%	2.355
1910	64,4%	2,6%	2,1%	24,3%	4,2%	1,5%	0,9%	2.478
1911	61,2%	1,7%	1,8%	29,2%	4,0%	1,4%	0,7%	2.572
1912	58,4%	1,2%	1,5%	33,0%	3,8%	1,5%	0,5%	2.658
1913	55,3%	1,0%	1,4%	36,3%	4,1%	1,4%	0,5%	2.761

Quelle: Rechenschaftsbericht 1900 bis 1913 (siehe Tabelle 5); eigene Berechnungen

Kosel setzte nicht nur bei Krankenständen strenge Maßstäbe an, er kürzte auch die Remunerationen, die von Coch als Belohnung für besondere Leistung und Motivation eingesetzt worden waren. Diese Maßnahmen, der hohe Arbeitsdruck und die aufgrund der unzulänglichen Raumsituation sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen führten zu Protestaktionen, mit denen vor allem der Nachfolger Kosels seit 1905, Rudolf Schuster-Bonnott, zu kämpfen hatte. Die Protestaktionen führten im Januar 1906 zu Maßnahmen „passiver Resistenz“ der Belegschaft, wodurch das

Institut Gefahr lief, die Tagfertigkeit, also die Erledigung aller am Morgen eingelangten Transaktionen noch am selben Tage durchzuführen, zu verlieren. Schuster-Bonnott versuchte die Situation durch „Mittel gütlicher Überredung“ zu beruhigen und setzte zusätzliches Hilfspersonal zur Bewältigung der Geschäftsfälle ein.¹¹⁶

Dennoch setzten sich die Protestaktionen noch den ganzen Januar 1906 fort, die Konflikte zwischen Belegschaft und Amtsleitung wurden durch den tragischen Todesfall der Bediensteten Olga Hanel noch verschärft. Die zweiunddreißigjährige Kalkulantin hatte am 30. Januar 1906 in den Morgenstunden über Übelkeit geklagt, doch die Büroleitung unterließ es die Rettung zu verständigen und verabreichte ihr stattdessen eine Medizin. Als sich ihr Zustand laufend verschlechterte, verständigte ein Mitarbeiter doch die Rettung, Olga Hanel durfte aber erst nach langen Diskussionen nach Hause geführt werden, wo sie noch am selben Abend an Herzversagen starb. Die Ursache dafür war laut Autopsie eine Vergiftung mit Chlorkali, die vermutlich in der Arznei enthalten war, die der Kalkulantin von einem nicht medizinisch geschulten Mitarbeiter verabreicht worden war. Die Kunde von dem tragischen Todesfall und der Fehlbehandlung führte nicht nur zu umfangreichen Medienberichten, sondern auch zu parlamentarischen Anfragen. Schuster-Bonnott bestellte schließlich einen Amtsarzt für die Postsparkasse, um für weitere Krankheitsfälle gerüstet zu sein.¹¹⁷

3.5.3 Das neue Haus: Verbesserte Arbeitsbedingungen, Regelung der Stellung der Kalkulantinnen und dynamische Beschäftigungsentwicklung

Mit der Übersiedlung in das neue Haus entspannte sich die Situation nachhaltig. Die Vorarbeiten für den Neubau hatten bereits unter Schuster-Bonnotts Vorgänger mit dem Kauf der Kasernengründe im Jahr 1902 begonnen. Für den Neubau wurde ein Wettbewerb durchgeführt, an dem sich 37 Architekten beteiligten. Der Wettbewerb gab den Bewerbern genaue Anforderungen hinsichtlich der Größe und Ausgestaltung vor, das neue Amtsgebäude sollte für 2.000 Beschäftigte ausgelegt sein und

¹¹⁶ Sparsamkeit Kosels: Der Postsparkassen-Beamte 8, 9 und 10 (1904); Passive Resistenz: Michael Wagner/Peter Tomanek, Bankiers und Beamte, 150; „Mittel gütlicher Überredung“: Reservats-Protokoll 2/1906, Postsparkassenarchiv.

¹¹⁷ Todesfall: Reservats-Protokoll 6/1906, Beiratsprotokoll der XXIX. Sitzung am 14.2.1906; Medienberichte: Roland Löffler/Peter Tomanek, Betriebliche Erneuerung 29; Amtsarzt: Reservats-Protokoll 21/1906, Postsparkassenarchiv.

sich am Organisationsplan des Institutes orientieren und sich in Bezug auf Beleuchtung, Beheizung und Kommunikationsmitteln modernster Technik bedienen.¹¹⁸

Unter den Bewerbern war auch der bereits anerkannte Stadtbaumeister Otto Wagner, der nicht nur in zahlreichen Bauten seine planerische und gestalterische Kompetenz unter Beweis gestellt hatte, sondern darüber hinaus auch über gute Kontakte zu Behörden, aber auch zu führenden Bediensteten des Postsparkassenamtes verfügte. Ein im Postsparkassenarchiv vorhandener Schriftverkehr zwischen Otto Wagner und dem Sektionsrat Franz Bauer der Postsparkasse, lässt es als gesichert erscheinen, dass Otto Wagner bereits vor der Ausschreibung über Informationen über den Organisationsplan und die Ausschreibungsanforderungen verfügte. Obwohl einige seiner Mitbewerber auch sehr interessante Projekte vorlegten (einige dieser Entwürfe sind im Postsparkassenarchiv erhalten), traf Otto Wagner die Anforderungen am besten, weshalb er auch im Jahr 1903 mit der Detailplanung und Baudurchführung beauftragt wurde.¹¹⁹

Die Umsetzung der Ausschreibungsanforderungen durch Otto Wagner schuf nicht nur ausreichend Platz für die hohe Zahl der Bediensteten und ermöglichte einen reibungslosen und effizienten Arbeitsablauf. Die Arbeitsräume verfügten über ausreichende Belüftung, Beleuchtung und Beheizung, die Verkehrswege waren großzügig ausgestaltet, die Sanitäreinrichtungen geradezu vorbildlich. Technische Hilfsmittel, wie eine Rohrpostanlage, die noch bis zum Ende des Jahrhunderts in Betrieb war, eine moderne Telefonanlage, zusätzliche Schreib- und Addiermaschinen, aber auch ein neues System der Belegverwahrung erleichterten und beschleunigten die Arbeitsläufe spürbar.¹²⁰

Parallel dazu verbesserte sich auch die finanzielle und soziale Absicherung der weiblichen Bediensteten. Die Postsparkasse hatte die 1902 erlassene Verordnung über die Dienstverhältnisse der Kanzleigehilfen und Posthilfsbeamten, die auch Bestimmungen über weibliche Bedienstete im Staatsdienst enthielten, nicht mitgemacht, weil dies (zumindest in Bezug auf die Entlohnung) eine Verschlechterung der Situation der Kalkulantinnen bedeutet hätte. 1909 erließ das Handelsministerium eine Ver-

¹¹⁸ Erwerb der Kasernengründe: Akt 6715/1902; Wettbewerb und Anforderungen: Zentralvereinigung der Architekten Österreichs. Otto Wagners Postsparkasse. Wien 1975, 6.

¹¹⁹ Schriftverkehr Wagner-Bauer: Postsparkassenarchiv, Bestand „Hausbau“. Siehe dazu auch Kapitel 4.2.12; Beauftrag Wagner: Protokoll der 3. Sitzung des Preisgerichtes 10.6.1903, Postsparkassenarchiv, Bestand „Hausbau“.

¹²⁰ Peter Eigner/Roland Löffler/Michael Wagner/Andreas Weigl, Gesicherte Tagfertigkeit, 27.

ordnung zur Regelung der Dienstverhältnisses der Postoffizianten, Postaspiranten und Postgehilfen, demgegenüber die weiblichen Bediensteten sowohl in Bezug auf die Bezüge als auch in Bezug auf die Alterssicherung schlechter gestellt waren. Daher entschloss sich das Amt, nun die Stellung der Kalkulantinnen neu zu regeln. In den am 11. November 1909 verordneten „Normalbestimmungen für die Kalkulantinnen und Aspirantinnen des k.k. Postsparkassen-Amtes“ wurden nun erstmals Entlohnungsschemata mit fixen Jahresbezügen und Vorrückungsterminen festgelegt. Darüber hinaus wurden Pensionsbezüge und deren Grundlage geregelt. Damit waren die Kalkulantinnen erstmals nicht nur finanziell und arbeitsrechtlich abgesichert, sondern auch den männlichen Bediensteten gleichgestellt.¹²¹

Damit war die Postsparkasse, die schon um die Jahrhundertwende zu den größten Arbeitgebern für Frauen im Dienstleistungsbereich gehörte, für Frauen endgültig eine sehr attraktive Möglichkeit der Erwerbstätigkeit geworden. Umgekehrt wurden die weiblichen Bediensteten für die Bewältigung der umfangreichen manipulativen Arbeitsvorgänge vom Amt sehr geschätzt. Diese beiden Aspekte spiegeln sich in der Entwicklung der Beschäftigungszahlen wider. Waren 1907 noch 277 Kalkulantinnen in der Postsparkasse tätig, wuchs die Zahl bis zum Jahresende 1913 auf über 1.000 Frauen an. Dies entspricht einem Zuwachs von nahezu 730 Planstellen, während der Gesamtpersonalstand im selben Zeitraum um lediglich rund 580 Personen wuchs. Dadurch erhöhte sich der Anteil der Kalkulantinnen an allen Beschäftigten um mehr als das Doppelte von 14,5% (1907) auf 36,3% (1913). In den Kriegsjahren sollte die Bedeutung der weiblichen Bediensteten aufgrund der zahlreichen Einrückungen männlicher Beschäftigter noch steigen.¹²²

¹²¹ Nicht-Anwendung der Verordnung 1902: H.M.St-Akt 73/1909, Postsparkassenarchiv; Normalbestimmungen: Verordnung vom 11. November, RGBl. Nr. 175. Zu den dienstrechtlichen Bestimmungen siehe auch: Roland Löffler/Peter Tomanek, Betriebliche Erneuerung, 38f.

¹²² Zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung im neuen Haus siehe Tabellen 5 und 6.

4. Empirische Analyse zur Frauenbeschäftigung: Erwerbsverläufe zweier ausgewählter Jahrgangskohorten

4.1. Kurze Geschichte des Archivs der Postsparkasse¹²³

Das Archiv der Österreichischen Postsparkasse besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Bestände, die im Laufe der Jahrzehnte in sehr unterschiedlicher Weise archivalisch behandelt und tradiert wurden. Neben den Hauptbeständen wurden anlassbezogen Sonderbestände angelegt und an unterschiedlichen Orten gelagert. Nach dem Anschluss Österreichs an das Dritte Reich übernahm die Österreichische Postsparkasse die Abwicklung des gesamten Postspar- und Postscheckverkehrs für Deutschland.¹²⁴ Ein nicht unbeträchtlicher Bestand der internen Akten von 1938 bis 1945 wurde in den letzten Kriegsmonaten nach Berlin verlagert und ging im Zuge der Kriegshandlungen verloren. Nach 1945 erfuhr nur ein Teilbestand des Archivmaterials eine systematische Ordnung und Lagerung, der überwiegende Teil lagerte ungeordnet in unterschiedlichen Objekten.

Im Zuge der Vorbereitungsarbeiten zur Erstellung der Festschrift „Bankiers und Beamte“ in der Zeit von 1980 bis 1983 wurde ein Teil der Bestände gesichtet und katalogisiert und in Räumlichkeiten im Souterrain des Hauptgebäudes untergebracht. Im Jahr 1985 wurde der Großteil der heute vorhandenen Archivbestände in Räumlichkeiten der Postsparkasse in einem Materiallager im 10. Wiener Gemeindebezirk wiederentdeckt und zunächst in Kellerräumlichkeiten der Feichtner Bank zwischengelagert. Aufgrund des mangelhaften Raumklimas war bereits ein halbes Jahr später eine neuerliche Übersiedlung der Bestände erforderlich. Die P.S.K. adaptierte daher im Untergeschoß des Gebäudes Rosenbursenstraße Lager- und Arbeitsräume, die eine geschlossene und ungestörte Lagerung und Bearbeitung der Materialien sicherstellen sollten. Die Archivräume wurden mit Metallregalen ausgestattet, die einzelnen Faszikel in Kartonschubern liegend gelagert.

¹²³ Die Kurzdarstellung der Archivgeschichte beruht auf: Roland Löffler. Das historische Archiv der Postsparkasse. Abschließender Bericht über die Archivarbeiten und die inhaltliche und räumliche Organisation des historischen Archivs der Österreichischen Postsparkasse. Interne Dokumentation, Wien: Synthesis Forschungsgesellschaft 1988.

¹²⁴ Zur Ausdehnung des Postsparkassendienstes: W. Ohnesorge. Zur Einführung des Postsparkassendienstes im Deutschen Reich. In: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 18 (1938), 615-619.

Ende der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurden sämtliche Archivbestände im dritten Untergeschoß des Hauptgebäudes zusammengeführt. Das Archiv wurde mit modernen mobilen Aktenschränken und einer den Anforderungen eines Archivs gerechten Raumklimatisierung ausgestattet.

Nach Beendigung der Arbeiten zur Hundert-Jahr-Festschrift wurde das Archiv vom Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung (IWS, heute Synthesis Forschung) im Zuge eines Archivbetreuungsvertrages in der Zeit von 1985 bis 1992 themenorientiert bearbeitet. Die Ergebnisse wurden im Rahmen von wirtschaftshistorischen Symposien einer interessierten Fachöffentlichkeit präsentiert und in Form von Tagungsbänden dokumentiert. In der Zeit von 1988 bis 1996 wurde im Rahmen eines neuerlichen Archivbetreuungsvertrages die Sichtung, Ordnung und Katalogisierung der Bestände fortgesetzt. Ich war in der gesamten Zeit für die Organisation der Archivarbeiten und die inhaltliche Betreuung und Kontrolle der (bis 1988 von der Österreichischen Postsparkasse zur Verfügung gestellten) Hilfskräfte verantwortlich.

4.2. Bestände des Archivs

Das historische Archiv der Postsparkasse reicht von der Gründung des Postsparkassenamtes 1883 bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts und umfasst im Wesentlichen folgende Bestände:

- Die sogenannten „Primärakten“
- Indexbücher zur Erschließung der Primärakten
- Sonderbünde und Sammelakten
- Diverse Finanzaktenbestände
- Handels-Ministeriums-Stück-Akte
- Reservatsakte
- Beirats- und Kuratoriumsprotokolle
- Präsidialakte
- Personalunterlagen
- NS-Akten
- Bestände aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg
- Sonderbestände (Fälscherakten, unskartierte Akten, Bestand Hecht, Bestand Bosel, Bestand Hausbau, Bestand Coch, Bestand Frauen, ungeordnete Bestände)
- Pläne, Karten, Fotos

- Bestandskarteien

4.2.1. Primärbestand

Die sogenannten „Primärakte“ umfassen die internen Akte des Postsparkassenamtes von der Gründung bis zum Jahr 1970, wobei die Jahre nach 1938 nur sehr lückenhaft vorhanden sind. Dieser im Zuge der räumlichen Reorganisation des Verwaltungsgebäudes Buchengasse 10 wiederentdeckte Bestand enthält die Schriftstücke, die vom Postsparkassenamt für den internen Gebrauch bzw. für die Korrespondenz mit Kunden, Ämtern, Behörden und Partnerinstituten erstellt wurden.

Die ersten Primärakten datieren aus dem Jahr 1882, der Vorbereitungsphase der Gründung der Postsparkasse, die letzten aus dem Jahr 1970. Die Akten von der Gründung bis Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind weitgehend lückenlos vorhanden und chronologisch geordnet. Die Ordnung erfolgt nach Aktenzahl und Jahr (also beispielsweise 948/1899). Ab Ende der zwanziger Jahre wurden die Primärakte teilweise in Sammelakten und Sonderbänden zusammengefasst (siehe Kapitel 4.2.3). Für die Zeit von Mitte 1939 bis Mitte 1945 fehlen die Primärakten, da diese gegen Ende des Krieges nach Berlin verbracht worden sind. Die Bestände ab 1945 wurden bis zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Arbeit noch nicht gesichtet, es kann daher keine Aussage über die Vollständigkeit dieser Bestände getroffen werden. Insgesamt umfasst der Bestand der Primärakte mehr als eine Million Einzelakten, die in insgesamt rund 3.400 Kartonschubern gelagert sind.

4.2.2. Indexbücher

Zur besseren Wiederauffindbarkeit des Primärakten wurden zum Zeitpunkt der Aktenerstellung für jedes Kalenderjahr Indexbücher angelegt, in denen die Akten nach unterschiedlichen Kriterien erfasst, beschlagwortet und katalogisiert wurden. Im Archiv sind folgende Indexbücher verfügbar:

- Materien- bzw. Sachindex 1882 bis 1938: Erfasst die Akten nach Schlagworten. Am Beginn jedes Indexbuches sind die verwendeten Schlagworte in einer alphabetischen Liste angeführt. Das Indexbuch enthält für jeden Buchstaben des Alphabets einen eigenen Abschnitt, innerhalb des Abschnittes sind die Schlagworte alphabetisch geordnet. Zu den einzelnen Schlagworten sind die Aktenzahlen vermerkt.

- Namensindex 1899 bis 1938: Dieser Index ordnet die Aktenstücke nach den Namen der Personen (Bedienstete, Kunden), die im jeweiligen Akt eine zentrale Rolle spielen
- Ämter- und Behördenindex 1903 bis 1938: enthält die Zuordnung der Akten nach betroffenen Ämtern und Behörden
- Einlaufprotokolle 1927 bis 1938: dokumentiert die einlaufenden Aktenstücke in Form eines Posteingangsbuches
- Exhibitenprotokolle (einzelne Jahrgänge): entsprechen Postausgangsbüchern
- Hauptbücher (einzelne Jahrgänge): gesammelte Erfassung von Posteingang und Postausgang

Darüber sind für einige Jahre auch weitere Indexbücher vorhanden, die sachbezogene Informationen zusammenfassen oder auf Aktenzahlen verweisen. Dazu gehören:

- Arztprotokolle: sie dokumentieren amtsärztliche Untersuchungen von Bediensteten der Postsparkasse
- Protokolle zu Disziplinarverfahren: erfassen Disziplinarvergehen nach betroffenen Bediensteten und Art des Vergehens sowie die Form der Disziplinarstrafen (Verweise, Geldbußen, Entlassungen)
- Personalverzeichnisse (Status): taxative Auflistung der Bediensteten nach Verwendungsgruppe für ein Geschäftsjahr

4.2.3. Sonderbünde und Sammelakte

In den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts wurden Primärakte zu einer Reihe von Themen jahresübergreifend zu eigenen Faszikeln bzw. Sonderbänden (S-Akten) zusammengefasst. Insgesamt wurden 92 Sonderbünde erstellt, die Themen reichen von Unterlagen zu einzelnen Bankinstituten, Geschäftsbereichen und Kundengruppen bis zu Gerichtsakten und Investitionsvorhaben in Baulichkeiten und Maschinenausstattung.

Darüber hinaus wurden für die Jahre 1927 bis 1938 wesentliche Primärakte jahresbezogen nach Themenbereichen in sogenannten Sammelakten (SA-Akten) abgelegt. Innerhalb der einzelnen Jahre wurden bis zu 93 verschiedene Themenbereiche angelegt. Insgesamt umfassen die Sonderbünde und Sammelakte rund 800 Kartonschuber.

4.2.4. Finanzakten

Unter dieser Bezeichnung sind diverse Aktenbestände zusammengefasst. Dazu gehören:

- F-Akte: Dieser Bestand beinhaltet die Korrespondenz des Postsparkassenamtes mit anderen Banken, dem Finanzministerium und anderen Einrichtungen aus den Jahren 1924 bis 1927 (ca. 50 Kartonschuber)
- M-Akten: Dabei handelt es sich um Schriftverkehr mit Ministerien und Geldinstituten aus dem Zeitraum 1914 bis 1927 im Zusammenhang mit Anleihen, Schatzscheinen und größeren Transaktionen (ca. 100 Kartonschuber)
- K-Akte: Sie enthalten Unterschriftsproben anderer Geldinstitute (8 Kartons)
- A.K.-Akte: Dieser Bestand dokumentiert alte Kronenguthaben und beziehen sich auf die Konversion Krone-Schilling (ein Kartonschuber)
- Akten zur DM-öS-Konversion: Dieser Bestand dokumentiert nach Postämtern geordnet die Konversion von DM-Guthaben in Schilling (mehrere Bünde)

4.2.5. Handelsministeriums-Stück-Akten (H.M.St.)

Die Handelsministeriums-Stück-Akte stellen den Schriftverkehr des Postsparkassenamtes mit dem Handelsministerium als übergeordneter Dienststelle dar. Dabei handelt es sich durchwegs um Akten, die lediglich die Ergebnisse der internen Entscheidungsfindungsprozesse dokumentieren, nicht jedoch die Prozesse selbst (diese sind in den Primärakten zu finden). Die H.M.St.-Akte liegen bis in das Jahr 1926 vor und umfassen 24 Aktenbehälter.

4.2.6. Reservatsakte

Die Reservatsakte bestehen aus Primärakten und H.M.St.-Akten, die der allgemeinen Ablage entnommen und in einen eigenen Bestand übergeführt wurden, da ihr Inhalt vertraulichen Charakter hatte. Sie stammen aus den Jahren 1885 bis 1915 und sind in fünf Aktenbehältern gelagert.

4.2.7. Beirats- und Kuratoriumsprotokolle

In diesen Beständen sind die Sitzungen der kontrollierenden Gremien des Postsparkassenamtes für die Jahre 1883 bis 1914 (Beirat) und 1927 bis 1935 (Kuratorium) dokumentiert und umfassen mehrere Bünde.

4.2.8. Präsidialakte

Dieser Bestand umfasst besonders sensible und daher nicht allgemein zugängliche Akten aus den Jahren 1916 bis 1973. Der Katalog wurde stets in der Kanzlei des Gouverneurs verwahrt, die Aushebung eines Präsidialaktes war nur mit Zustimmung der Kanzlei erlaubt. Insgesamt umfasst dieser Bestand 57 Aktenboxen.

4.2.9. Personalunterlagen

Die Personalakten sind in drei zeitlich abgegrenzten Beständen zusammengefasst. Der Bestand 1883 bis 1916 umfasst Personalbeschreibungsbögen für rund 2.500 Personen, die Personalakten für den Zeitraum 1917 bis 1927 umfassen 11 Kartonschuber, jene von 1928 bis 1938 105 Kartonschuber. In den Personalbeschreibungsbögen sind Informationen zu Herkunft, Familienstand, Ausbildung und Vorbeschäftigungen vor dem Eintritt in die Postsparkasse sowie Informationen zum Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse erfasst. Dieser Bestand bildet die Hauptquelle für den empirisch-quantitativen Teil der Arbeit.

Für die dreißiger Jahre existiert ein Bestand an Disziplinarakten, die teilweise den Primärakten entnommen wurden, er umfasst zwei Kartonschuber.

4.2.10. NS-Akten

Dieser Bestand gliedert sich in Personalakten, die im Zuge des Anschlusses angelegt wurden, Personalakten, die während des Dritten Reiches angelegt wurden und Befragungsbögen, die von den Alliierten nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges angelegt wurden. Er umfasst 100 Leitz-Ordner, 200 Kartons und Faszikel. Aus diesen Beständen wurde ein Auszug erstellt, der Angaben zu Bediensteten des Postsparkassenamtes enthält und von der alliierten Kommission nach Ende des Zweiten Weltkrieges angelegt wurde. Dieser gesonderte Bestand umfasst mehrere Ordner.

Darüber hinaus existieren Aufzeichnungen zu Kontoguthaben von Personen, die Österreich nach dem Anschluss an das Dritte Reich verlassen wollten. Dieser Bestand wurde im Zuge der Aufarbeitung der Restitutionsfrage von Oliver Rathkolb im Auftrag der Postsparkasse bearbeitet und ausgewertet.¹²⁵

¹²⁵ Oliver Rathkolb. Vermögenswerte jüdischer Kunden und Kundinnen im Postsparkassenamt Wien, Nazi Raub 1938-1945, 1. Forschungsbericht, Dezember 1998; 2. Forschungsbericht Jänner 2000 (auch in englischer

4.2.11. Bestände aus der Nachkriegszeit

Das Postsparkassenarchiv enthält eine Reihe von Einzelbeständen aus der Zeit nach 1945, die noch nicht gesichtet und katalogisiert wurden. Dabei handelt es sich um folgende Bestände:

- Diverse Abrechnungen nach 1945 (mehrere Bünde)
- Lebensmittelversorgung der PSK 1945 (mehrere Bünde)
- Dienstnormensammlung (7 Ordner)
- Finanznachrichten (15 Kartons)
- 30 Leitz-Ordner zu diversen Themen
- Ungeordnete Bestände bis in die 1960er Jahre
- Fremdbestand Finanzabteilung (mehrere hundert Bünde)

4.2.12. Sonderbestände

Themenbezogen wurden immer wieder Sonderbestände erstellt, die größtenteils noch der Aufarbeitung harren. Dazu gehören:

- Fälscherakten: noch nicht gesichtetes Material zu Fehlbeträgen und Fälschungsvorfällen (ca. 50 Bünde)
- Unskartierte Akten: Akten aus dem Zeitraum 1889 bis 1895, die zur Skartierung (Vernichtung) aus dem Primärbestand ausgegliedert wurden, aber unskartiert blieben (ca. 40 Kartons)
- Bestand Hecht: wurde in der Zeit erstellt, als Sektionschef Hecht Vizégouverneur des Postsparkassenamtes war. Der Bestand behandelt amtsfremde Themen aus den Jahren 1919 bis 1938.
- Bestand Bosel: Dieser Bestand dokumentiert die im Zusammenhang mit dem Börsenspekulanten Sigmund Bosel und dem Postsparkassenamt erstellten Akten sowie Materialien über Geldtransaktionen, Folgeschäden sowie über den Prozess gegen Bosel. Dieser umfangreiche Bestand (über 60 Aktenbünde) wurde im Zuge der Archivbetreuung durchgängig gesichtet und katalogisiert und reicht von den frühen 1920er Jahren bis 1938.
- Bestand Hausbau: Im Zuge der Erstellung der Broschüre „Stillstand ist Rückschritt“ wurde aus H.M.St.-Akten, Primärakten und sonstigen Beständen ein Auszug zum Thema „Neubau des Postsparkassengebäudes“ erstellt, der die Jahre 1903 bis 1910 abdeckt. Dieser Bestand ist durchgängig katalogisiert und umfasst mehrere Aktenbünde.

- Bestand Coch: Im Zusammenhang mit der Broschüre „Kalkuliertes Wagnis“ wurde zur Person und dem Wirken Georg Cochs ein Separatbestand gebildet, der aus Primärakten, H.M.St.-Akten und Kopien von Fremdakten (Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wiener Stadt- und Landesarchiv u.a.) gespeist wurde. Der Bestand umfasst mehrere Aktenbünde und ist durchgängig katalogisiert.
- Bestand Frauen: Im Zusammenhang mit der Broschüre „Gesicherte Tagfertigkeit“ und als Vorbereitung zu dieser Arbeit wurde ein Separatbestand aus Primärakten, Personalakten und H.M.St.-Akten gebildet, der mehrere Aktenbünde umfasst und durchgängig katalogisiert wurde.
- Ungeordnete Bestände, Varia: neben den dokumentierten Beständen befinden sich noch ungesichtete Materialien im Archiv, die aus noch nicht zugeordneten Teilen bereits dokumentierter Bestände, Drucksorten, Fremdbeständen an Zeitschriften und diversen Gegenständen (Stempel, Siegel, etc.) bestehen.

4.2.13. Pläne, Karton, Fotos

Das Archiv verfügt neben handschriftlichen und gedruckten Quellen auch über Planzeichnungen zum Neubau, die teilweise von Otto Wagner selbst stammen, über Pläne von Konkurrenzprojekten zum Bau des Postsparkassengebäudes sowie über Foto- und Kartenmaterial aus den Gründungsjahren bis zum Ersten Weltkrieg. Dieser Materialien sind in zwei Kartonplanschränken untergebracht.

4.3. Stichprobenwahl, Art der Quellen, Auswertung

Als erster Schritt der Quellenarbeit wurden anhand der Materien-Indizes für die Jahre 1883 bis 1899 und der Namens-Indizes der Jahre 1899 bis 1914 alle Primärakten identifiziert und erfasst, die sich mit weiblichen Bediensteten der Postsparkasse bzw. Bewerberinnen für eine Stelle im Amt befassten. Über den Bearbeitungszeitraum 1883 bis 1914 wurden über 7.000 Frauen identifiziert, die sich für eine Dienststelle in der Postsparkasse beworben hatten. Mehr als 2.500 davon wurden im Bearbeitungszeitraum auch eingestellt. Da diese Zahl für eine empirische Auswertung im Rahmen einer Masterarbeit als zu groß erschien, wurden zur Darstellung der Entwicklung der Frauenbeschäftigung zwei für die Geschäftstätigkeit der Postsparkasse bedeutende Zeiträume ausgewählt, für die detaillierte Informationen zu den innerhalb dieser Perioden eingestellten Personen erhoben werden sollten. Dabei handelt es sich einerseits um die Gründungs- und Konsolidierungsphase der Postsparkasse, also die Zeit

von 1883 bis 1887, und andererseits um die Periode von 1903 bis 1907, in die der Beginn der Amtszeit des ersten Postsparkassen-Gouverneurs, Dr. Rudolf Schuster-Bonnott, fällt und in der die Postsparkasse in das von Otto Wagner erbaute „neue Haus“ am späteren Georg-Coch-Platz übersiedelte, das bis heute die Zentrale des Nachfolgeinstitutes der Postsparkasse, der BAWAG P.S.K. beheimatet. Vereinzelt wurden auch Frauen in die Datenbasis aufgenommen, die knapp vor Beginn oder knapp nach Ende der jeweiligen Fünf-Jahres-Periode eingestellt wurden, wenn sich ihre Beschäftigungsverhältnisse über den gesamten nachfolgenden bzw. vorlaufenden Fünf-Jahres-Zeitraum erstreckten.

Ausgehend von den in den Primärakten gefundenen Namen der Frauen wurden die Personalakten des Archives nach Personalbögen durchsucht. Insgesamt wurden für 201 Frauen aus den beiden Perioden ausreichende Informationen für quantitative Analysen ermittelt. Die Personalbögen wurden für jede Person angelegt, die ein Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse aufnehmen konnte, und blieben in ihrer Struktur von der Gründung bis 1914 im Wesentlichen unverändert. Folgende Informationen wurden standardmäßig erhoben:

- Name
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Religionsbekenntnis
- Familienstand
- Bildungsverlauf (teilweise mit Abschlussbeurteilung)
- Muttersprache
- Fremdsprachen
- Namen der Eltern
- Beruf des Vaters
- Beruf und Dienstgeber allfälliger Vorbeschäftigungen
- Wohnadresse
- Art des Wohnverhältnisses (allein, bei Eltern oder anderen Personen)
- Eintrittsdatum in die Postsparkasse
- Allfälliges Austrittsdatum

Die Personalbögen enthalten im Regelfall eine Chronologie des Beschäftigungsverlaufes der betreffenden Person. Diese Chronologie enthält detaillierte Informationen zu folgenden „Ereignissen“:

- Eintritt
- Definitivstellung
- Dienststelle (inkl. Versetzungen)
- Dienstklassen (Zeitpunkte der Wechsel)
- Gehalt und Gehaltssteigerungen
- Krankenstände (teilweise mit Krankenstandsgrund)
- Urlaube
- Geldaushilfen
- Vorschüsse
- Ärztliche Untersuchungen
- Disziplinarangelegenheiten
- Remunerationen
- Art des Austrittes (teilweise mit Austrittsgrund)
- Allfälliges Sterbedatum

Darüber hinaus sind in den Personalbögen mitunter Bewerbungsschreiben, eine Chronologie der Meldeadressen, Unterstützungsschreiben, diverse Gesuche oder Todesanzeigen gesammelt.

Die in den Personalbögen enthaltenen Informationen wurden zunächst im Volltext in Datenlisten erfasst und in einem nächsten Schritt kategorisiert, um eine quantitative Auswertung zu ermöglichen. Die Daten wurden in einer Datenbank „Kalkulantinnen“ eingegeben und dabei in zwei Bereichen organisiert: Stammdaten und Verlauf. Für die Auswertungen wurden auch abgeleitete Variablen gebildet, die aus den Stammdaten bzw. Verlaufsdaten ermittelt wurden. Für die Berechnung von Dauerkategorien wurden die Datumsangaben in numerische Werte umgewandelt, um die Dauer (z.B. Beschäftigungsdauern) in Tagen berechnen zu können. Als Bezugsdatum wird dafür in Tabellenkalkulationsprogrammen und Datenbanken gewöhnlich der 1.1.1900 (Wert=1) gewählt. Es war daher notwendig, für die Datumsangaben vor dem 1.1.1900 eine eigene Bezugstabelle zu erstellen, um die Dauer berechnen zu können.

Der Datenbankbereich „Stammdaten“ enthält diese Variablen in folgenden Ausprägungen:

- Identifikationsnummer (im Zuge der Datenerfassung vergeben)
- Gruppe (1 = Eintritt 1883 bis 1887, 2 = Eintritt 1903 bis 1907)
- Name
- Vorname
- Geburtsjahr
- Geburtsmonat
- Geburtstag
- Sterbejahr
- Geburtsort Volltext
- Geburtsort kategorisiert (11 = Wien, 12 = Niederösterreich, 13 = Oberösterreich, 14 = Salzburg, 15 = Steiermark, 16 = Kärnten, 17 = Tirol, 21 = Böhmen, 22 = Mähren, 23 = Schlesien, 24 = Ungarn, 25 = Krain, 26 = Kroatien, 27 = Lombardei-Venetien, 28 = Herzegowina, 29 = Galizien, 30 = Siebenbürgen, 99 = unbekannt)
- Religionsbekenntnis (RK = römisch-katholisch, AB = protestantisch, Augsburger Bekenntnis, HB = protestantisch, Helvetisches Bekenntnis, GK = griechisch-katholisch, MS = mosaisch)
- Volksschule: Zahl der Jahre
- Bürgerschule: Zahl der Jahre
- Gymnasium: Zahl der Jahre
- Lehrerbildungsanstalt: Zahl der Jahre
- Fortbildungsanstalt: Zahl der Jahre
- Erfolg an der letzten Bildungseinrichtung (vorzüglich, sehr gut, gut, befriedigend, entsprechend, genügend)
- Muttersprache (D = Deutsch, T = Tschechisch, U = Ungarisch)
- Andere Sprachen (D = Deutsch, wenn nicht Muttersprache, E = Englisch, F = Französisch, I = Italienisch, U = Ungarisch, T = Tschechisch, K = Kroatisch, P = Polnisch, S = Slowenisch)
- Beruf des Vaters im Volltext
- Beruf des Vaters kategorisiert (11 = Offizier, 12 = hoher Beamter, 13 = Beamter, 14 = Schuldirektor oder Lehrer, 15 = politisches Amt, 16 = Unternehmer, 17 = Handwerker, 18 = leitender Angestellter, 19 = Angestellter, 20 =

Arbeiter, 21 = Hilfsarbeiter, 22 = Diener, Amtsdienler, Portier, Kutscher, 23 = freie Berufe, 24 = Künstler, 99 = unbekannt)

- Beruf(e) allfälliger Vorbeschäftigungen
- Berufe Vorbeschäftigung kategorisiert (11 = Hilfskraft, 12 = Arbeiterin, 13 = Kontoristin, Kanzlistin, Buchführerin, 14 = Verkäuferin, 15 = Erzieherin, 16 = Lehrerin, 17 = Handwerkerin (Schneiderin, etc.), 18 = Künstlerin, 19 = sonstige Angestellte, 99 = keine Vorbeschäftigung bzw. unbekannt)
- Dienstgeber (nicht kategorisiert und ausgewertet, da nur in wenigen Fällen ausgefüllt)
- Wohnort Volltext
- Wohnort kategorisiert (1-23 = Wiener Gemeindebezirke, 31 = Niederösterreich, 99 = unbekannt)
- Wohnhaft bei kategorisiert (1 = Eltern, 2 = Geschwister, 3 = Verwandte, 4 = Fremde, 5 = allein, 6 = Heim)
- Eintrittsjahr
- Eintrittsalter in Jahren
- Eintrittsalter kategorisiert (1= bis 18, 2 = 19 bis 24, 3 = 25 bis 29, 4 = 30 bis 34, 5 = 35 bis 39, 6 = 40 bis 44, 7 = 45 bis 49, 8 = 50 Jahre und älter, 9 = unbekannt)
- Eintrittsdatum
- Austrittsdatum
- Austrittsalter in Jahren
- Austrittsalter kategorisiert (1= bis 18, 2 = 19 bis 24, 3 = 25 bis 29, 4 = 30 bis 34, 5 = 35 bis 39, 6 = 40 bis 44, 7 = 45 bis 49, 8 = 50 Jahre und älter, 9 = unbekannt)
- Sonstiges: ergänzende Angaben zu Kindern, außerschulischen Ausbildungen, Vorbeschäftigungen, Eltern, etc.

Der Datenbankbereich „Verlauf“ organisiert die einzelnen „Ereignisse“ der Verläufe für die erfassten Personen als Einzeldatensätze und enthält folgende Variablen:

- Identifikationsnummer (im Zuge der Datenerfassung vergeben; zur Verknüpfung mit den Stammdaten)
- Eintrittsdatum
- Austrittsdatum

- Beschäftigungsdauer in Tagen (errechnet)
- Beschäftigungsdauer in Jahren (errechnet)
- Eintrittsjahresgehalt in Kronen, (für die Periode 1883 bis 1887: Umrechnung 1fl = 2K, Taggeldangaben in Jahresangaben umgerechnet)
- Letztes Gehalt vor dem Austritt in Kronen (für die Periode 1883 bis 1887: Umrechnung 1fl = 2K, Taggeldangaben in Jahresangaben umgerechnet)
- Durchschnittliche Gehaltssteigerung pro Beschäftigungsjahr (errechnet) in %
- Durchschnittliche Gehaltssteigerung pro Beschäftigungsjahr kategorisiert (1 = keine Steigerung, 2 = bis unter 3%, 3 = 3% bis unter 6%, 4 = 6% bis unter 9%, 5 = 9% bis unter 12%, 6 = 12% und mehr)
- Krankenstandsgründe
- Zahl der Krankenstände
- Zahl der Krankenstände kategorisiert (1 = keine Krankenstände, 2 = 1 Krankenstand, 3 = 2 bis 5 Krankenstände, 4 = 6 bis 10 Krankenstände, 5 = 11 bis 20 Krankenstände, 6 = mehr als 20 Krankenstände)
- Krankenstände pro Beschäftigungsjahr (errechnet)
- Krankenstände pro Beschäftigungsjahr kategorisiert (1 = keine Krankenstände, 2 = bis zu einem Krankenstand pro Jahr, 3 = 1 bis unter 2 Krankenstände pro Jahr, 4 = 2 bis unter 3 Krankenstände pro Jahr, 5 = 3 bis 5 Krankenstände pro Jahr, 6 = mehr als 5 Krankenstände pro Jahr)
- Krankenstandstage gesamt (errechnet)
- Krankenstandstage pro Krankenstand (errechnet)
- Krankenstandstage bezogen auf die Beschäftigungsdauer (errechnet)
- Krankenstandstage bezogen auf die Beschäftigungsdauer kategorisiert (1= keine Krankenstände, 2 = bis unter 1%, 3 = 1% bis unter 2%, 4 = 2% bis unter 5%, 5 = 5% bis unter 10%, 6= 10% und mehr)
- Zahl der Urlaube
- Zahl der Urlaube kategorisiert (1 = keine Urlaube, 2 = 1 Urlaub, 3 = 2 bis 3 Urlaube, 4 = 4 bis 5 Urlaube, 5 = 6 bis 10 Urlaube, 6 = mehr als 10 Urlaube)
- Urlaube pro Jahr (errechnet)
- Zahl der Urlaube pro Jahr kategorisiert (1 = keine Urlaube, 2 = ein Urlaub innerhalb von drei Jahren, 3 = ein Urlaub innerhalb von zwei Jahren, 4 = ein Urlaub pro Jahr, 5 = ein bis zwei Urlaube pro Jahr, 6 = mehr als zwei Urlaube pro Jahr)

- Zahl der Urlaubstage gesamt
- Zahl der Urlaubstage pro Urlaub (errechnet)
- Zahl der Urlaubstage pro Urlaub kategorisiert (1 = keine Urlaube, 2 = bis 7 Tage, 3 = 7 bis 14 Tage, 4 = 14 Tage bis drei Wochen, 5 = drei bis vier Wochen, 6 = mehr als vier Wochen)
- Urlaubstage pro Jahr (errechnet)
- Urlaubstage pro Jahr kategorisiert (1 = keine Urlaube, 2 = bis 3 Urlaubstage pro Jahr, 3 = 3 bis 7 Urlaubstage pro Jahr, 4 = 7 bis 14 Urlaubstage pro Jahr, 5 = 14 bis 21 Urlaubstage pro Jahr, 6 = mehr als 21 Urlaubstage pro Jahr)
- Remuneration gesamt
- Remuneration pro Jahr (errechnet)
- Geldaushilfe gesamt
- Austrittsgrund kategorisiert (10 = vom Amts wegen, 11 = aus gesundheitlichen Gründen entlassen, 12 = nicht geeignet (Entlassung vor Definitivstellung), 13 = Verehelichung, 14 = aus disziplinarischen Gründen, 21 = über Ansuchen, 22 = aus gesundheitlichen Gründen selbst gekündigt, 31 = dauernder Ruhestand, 32 = aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt, 41 = Übernahme in eine andere öffentliche Dienststelle, 81 = Tod, 99 = unbekannt).

4.4. Anleitende Fragestellungen

In den folgenden Kapiteln werden die Auswertungen zu den beiden ausgewählten Perioden analysiert und zentrale Ergebnisse präsentiert. Anhand der präsentierten Befunde, sollen folgende Fragestellungen, die auf der Basis der Analyse der Literatur und der jährlichen Rechenschaftsberichte formuliert werden, überprüft werden:

4.4.1. Fragestellungen zur soziodemografischen Struktur der Bewerberinnen

Frage 1.1: Aus welchem regionalen Einzugsbereich rekrutierte die Postsparkasse ihre weiblichen Beschäftigten?

Frage 1.2: Aus welchen sozialen Schichten und aus welchen Altersgruppen stammten die weiblichen Beschäftigten der Postsparkasse?

Frage 1.3: Welchen Familienstand wiesen die aufgenommenen Frauen auf?

Frage 1.4: Welchen Bildungsstand wiesen jene Frauen auf, die von der Postsparkasse als Kalkulantinnen eingestellt wurden?

Frage 1.5: Waren die aufgenommenen Kalkulantinnen Berufseinsteigerinnen oder wurden auch Frauen mit Vorbeschäftigungen im Dienstleistungssektor aufgenommen?

4.4.2. Fragen zu Beschäftigungsdauer und Entlohnung

Frage 2.1: Waren die Beschäftigungsverhältnisse von Frauen von der Postsparkasse auf kurze oder längere Dauer angelegt?

Frage 2.2: Veränderten sich die durchschnittlichen Beschäftigungsdauern von Frauen in der Postsparkasse im Zeitverlauf?

Frage 2.3: Gab es Unterschiede in der Höhe der Einstiegsgehälter und wie veränderte sich die Entlohnung mit steigender Beschäftigungsdauer?

Frage 2.4: Unterschieden sich Entlohnungskarrieren von Frauen, die während der Gründungsphase eingestellt wurden, von jenen der Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 ein Beschäftigungsverhältnis bei der Postsparkasse aufnahmen?

4.4.3. Fragen zu Arbeitsbedingungen und sozialrechtlicher Absicherung

Frage 3.1: Führt wiederholte oder längere Krankenstände automatisch zur vorzeitigen Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses?

Frage 3.2: Waren Urlaube eher die Ausnahme als die Regel in den Beschäftigungsverläufen von Kalkulantinnen?

Frage 3.3: Unterscheidet sich die Häufigkeit von Urlauben bei Frauen der Kohorte 1903 bis 1907 unterscheidet von jener der Frauen, die in der Gründungsphase eingestellt wurden?

Frage 3.4: Nahm die Häufigkeit von (kurzfristigen) Krankenständen in der Beobachtungsperiode (vor allem nach Übersiedlung in das „neue Haus“) ab?

Frage 3.5: Weisen die Ursachen für Krankenstände - bedingt durch die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen - für Frauen, die in der Gründungsphase eingestellt wurden und Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 eingestellt wurden, Unterschiede auf?

4.5. Bewerbung und Aufnahme

Bereits in der Vorphase zur Gründung der Postsparkasse im Jahr 1882 wurden die personellen Vorbereitungen für einen reibungslosen Betrieb des Hauses getroffen. Dazu gehörte neben der Suche nach geeigneten Staatsbeamten, den Angestellten

mit Sonderverträgen, den Hilfsbeamten und den Amtsdienern auch die Auswahl geeigneter Frauen für einfache manipulative Tätigkeiten. Eine der ersten eingestellten Bewerberinnen war Josefine Bormann¹²⁶, eine am 27. Januar 1852 in Wien geborene Witwe, die mit ihren zwei Töchtern Marie und Helene im 5. Wiener Gemeindebezirk wohnte und zuvor bereits in der k.k. Staatsdruckerei beschäftigt war. Sie wurde am 15. Dezember 1882 als Stundenarbeiterin aufgenommen und bereits im Jahr 1883 zur Vorarbeiterin ernannt.¹²⁷ Ihr Beschäftigungsverhältnis dauerte über acht Jahre, am 31. Dezember 1890 trat sie – vermutlich aus gesundheitlichen Gründen – im Alter von 38 Jahren aus dem Dienst der Postsparkasse aus¹²⁸, nachdem sie im Jahr 1889 in sieben nahezu unmittelbar aufeinander folgenden Abschnitten insgesamt 238 Krankenstandstage kumuliert hatte.¹²⁹ Auch die am 12. Februar 1864 in Klagenfurt geborene Pauline Piller hatte zuvor in der Staatsdruckerei gearbeitet und wurde am selben Tag wie Josefine Bormann als Arbeiterin in der Ökonomieverwaltung eingestellt.¹³⁰ Sie verließ das Amt am 15. April 1889 nach rund sechs Jahren im Alter von 25 Jahren.

Unter den ersten Bewerberinnen um eine Stelle in der Postsparkasse nimmt Leontine von Tomasich in mehrfacher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Sie hatte sich erst Mitte 1883 beworben¹³¹ und wurde unmittelbar nach der Bewerbung eingestellt. Zum Zeitpunkt ihres Eintritts am 17. Juli 1883 war die in Wien geborene Tomasich bereits 44 Jahre alt und verheiratet.¹³² Sie wurde als Vorsteherin der Unterabteilungen e und f der „Damen-Abteilung“ eingestellt und bereits mit Jahresende definitiv gestellt¹³³. Sie erhielt im Halbjahresabstand Remunerationen in der Höhe von 35 fl bis 50 fl, offenbar als Anerkennung für ihre gute Führungsarbeit¹³⁴. Bereits ein paar Monate nach ihrer Einstellung spricht ihr Direktor Coch gemeinsam mit ihren MitarbeiterInnen Lob und Anerkennung für "Fleiß und Eifer bei der Erstellung der Semesterlisten"¹³⁵ aus. Im Juni 1884 wird ihr ein dreiwöchiger Urlaub (unter Belassung des Taggeldes)

¹²⁶ Personalbogen Josefine Bormann, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“.

¹²⁷ Ernennung: Akt 2881/1883, Postsparkassenarchiv.

¹²⁸ Austritt; Akt 40/1891, Postsparkassenarchiv.

¹²⁹ Krankenstände: Personalchronik Josefine Bormann, Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

¹³⁰ Personalbogen Pauline Piller, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“.

¹³¹ Bewerbung: Akt 1809/1883, Postsparkassenarchiv.

¹³² Personalbogen Leontine von Tomasich, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹³³ Definitivstellung: Akt 3566/1883, Postsparkassenarchiv.

¹³⁴ Remunerationen: Akt 3587/1883, Akt 828/1884, Akt 1827/1884, Akt 3601/1884, Akt 4063/1884; Postsparkassenarchiv

¹³⁵ Lob Cochs: Akt 2916/1883, Postsparkassenarchiv.

gewährt¹³⁶, im April 1885 wird ihr Taggeld auf 2 fl erhöht¹³⁷, im Oktober desselben Jahres wird sie zur Vorsteherin der gesamten Damen-Abteilung ernannt.¹³⁸ Als sie im Jahr 1886 zweimal eine krankheitsbedingte Unterbrechung ihres Taggeldes hinnehmen muss, wird ihr im ersten Fall eine Geldaushilfe in der Höhe von 45 fl¹³⁹ gewährt, im zweiten Fall erhält sie für neun Tage Krankenstand eine Entschädigung für entfallenes Taggeld in der Höhe von 20 fl. Im Juli 1886 stellt sie ein Ansuchen um sechswöchigen Urlaub¹⁴⁰, der ihr auch gewährt wird. Ihr Gesundheitszustand bessert sich aber nicht, sodass sie am 13. September 1886 über Ansuchen „aus Gesundheitsrücksichten“ entlassen wird¹⁴¹.

Insgesamt haben sich im Zeitraum 1883 bis 1887 mehr als 200 Frauen beworben, 51 davon wurden auch tatsächlich eingestellt. Zwischen 1888 und 1902 bewarben sich 404 Frauen, im Zeitraum 1903 bis 1907 waren es 628, von denen 114 auch eine Anstellung in der Postsparkasse erhielten. Zwischen 1908 und 1914 schnellte die Zahl der Bewerbungen auf weit über 4.900¹⁴².

4.6. Sozioökonomische Struktur der beschäftigten Frauen

4.6.1. Geburtsort

Die Personalbögen im Bestand „Personalunterlagen“ geben Aufschluss über die sozioökonomische Struktur jener Frauen, die im Beobachtungszeitraum eine Beschäftigung in der Postsparkasse aufnehmen konnten. Mehr als die Hälfte (57,2%) der im ausgewählten Sample enthaltenen Frauen waren in Wien geboren, 15% in einem der späteren österreichischen Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten oder Tirol (wie etwa Hilda Wirth aus Neunkirchen, Josefine Blinzberger aus Steyr, Josefa Fraudetzky aus der Stadt Salzburg, Anna Raffensteiner aus Bruck an der Mur, Telesphora Abele Freiin von und zu Liechtenstein aus Klagenfurt oder Adele Edle von Brill aus Innsbruck¹⁴³).

¹³⁶ Akt 1526/1884; Postsparkassenarchiv.

¹³⁷ Akt 1463/1885, Postsparkassenarchiv.

¹³⁸ Reservatsakt 90/1885, Postsparkassenarchiv.

¹³⁹ Akt 705/1886, Postsparkassenarchiv.

¹⁴⁰ Akt 2582/1886, Postsparkassenarchiv.

¹⁴¹ Akt 3079/1886, Postsparkassenarchiv..

¹⁴² Zahlen ermittelt aus den Primärakten für den Zeitraum 1882 bis 1914 auf Basis der Angaben in den Namens- und Materien-Indizes.

¹⁴³ Personalbögen Hilda Wirth, Josefine Blinzberger, Josefa Fraudetzky, Anna Raffensteiner, Telesphora Abele Freiin von und zu Liechtenstein, Adele Edle von Brill, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen

Tabelle 7: Geburtsort der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Geburtsort	1883-1887		1888-1902		1903-1907		1908-		ohne Datum	Gesamt
	1882	1887	1902	1907	1908-	Datum				
Wien	66,7%	60,4%	54,5%	57,0%	52,4%	50,0%			57,2%	
Niederösterreich	0,0%	0,0%	0,0%	5,3%	23,8%	0,0%			5,5%	
Oberösterreich	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%			1,0%	
Salzburg	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	4,8%	0,0%			1,0%	
Steiermark	0,0%	2,1%	9,1%	5,3%	0,0%	0,0%			4,0%	
Kärnten	33,3%	0,0%	9,1%	0,9%	0,0%	0,0%			1,5%	
Tirol	0,0%	0,0%	0,0%	3,5%	0,0%	0,0%			2,0%	
Böhmen	0,0%	4,2%	18,2%	5,3%	0,0%	0,0%			5,0%	
Mähren	0,0%	8,3%	0,0%	8,8%	9,5%	0,0%			8,0%	
Schlesien	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%			0,5%	
Ungarn	0,0%	18,8%	0,0%	2,6%	0,0%	0,0%			6,0%	
Krain	0,0%	2,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%			0,5%	
Kroatien	0,0%	2,1%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%			1,0%	
Küstenland	0,0%	2,1%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%			1,0%	
Herzegowina	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%			0,5%	
Galizien	0,0%	0,0%	9,1%	4,4%	9,5%	0,0%			4,0%	
Siebenbürgen	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%			0,5%	
unbekannt	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	50,0%			1,0%	
Gesamt	3	48	11	114	21	4			201	

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

8% hatten ihren Geburtsort in Mähren (wie etwa Adele Meihsl aus Iglau¹⁴⁴), 5% in Böhmen (z.B. Marie von Belhazy aus Theresienstadt¹⁴⁵, 6% in Ungarn (wie Leontine Neuhaus aus Temesvar¹⁴⁶), 4% in Galizien (wie Mathilde Badewitz aus Lemberg¹⁴⁷), je 1% waren in Kroatien (wie Olga Mauerböck aus Agram¹⁴⁸) bzw. im Küstenland (wie Sofie Garimberti aus Triest¹⁴⁹) geboren, je 0,5% in Schlesien (Josefa Beinhauer aus Troppau¹⁵⁰), der Herzegowina (Auguste Neusser aus Foča¹⁵¹) und Siebenbürgen (Carla Freiin von Aichelburg aus Schäfsburg¹⁵²).

Über den Beobachtungszeitraum verschieben sich die Anteile der einzelnen Geburtsorte geringfügig. Während in der Periode 1883 bis 1887 noch mehr als 60% der eingestellten Frauen in Wien geboren worden waren, beträgt dieser Anteil im Zeitraum 1903 bis 1907 57%. Umgekehrt steigt der Anteil der Personen, die aus den Kronländern zugewandert waren, leicht an. Dies spiegelt die stetige Zuwanderung in die wachsende Metropole Wien wider.

¹⁴⁴ Personalbogen Adele Meihsl, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁴⁵ Personalbogen Marie von Belhazy, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁴⁶ Personalbogen Leontine Neuhaus, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁴⁷ Personalbogen Mathilde Badewitz, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁴⁸ Personalbogen Olga Mauerböck, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁴⁹ Personalbogen Sofie Garimberti, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁵⁰ Personalbogen Josefa Beinhauer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁵¹ Personalbogen Auguste Neusser, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁵² Personalbogen Carla Freiin von Aichelburg, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

4.6.2. Wohnort und Wohnverhältnisse

Tabelle 8: Wohnort der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Wohnort	1882	1883- 1887	1888- 1902	1903- 1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Wien I	0,0%	4,2%	9,1%	1,8%	4,8%	0,0%	3,0%
Wien II	0,0%	6,3%	9,1%	5,3%	0,0%	0,0%	5,0%
Wien III	0,0%	27,1%	0,0%	12,3%	14,3%	25,0%	15,4%
Wien IV	0,0%	10,4%	18,2%	5,3%	4,8%	0,0%	7,0%
Wien V	33,3%	0,0%	18,2%	5,3%	4,8%	25,0%	5,5%
Wien VI	0,0%	8,3%	0,0%	2,6%	4,8%	0,0%	4,0%
Wien VII	0,0%	6,3%	9,1%	5,3%	4,8%	0,0%	5,5%
Wien VIII	0,0%	8,3%	0,0%	4,4%	9,5%	0,0%	5,5%
Wien IX	0,0%	6,3%	9,1%	5,3%	0,0%	0,0%	5,0%
Wien X	0,0%	0,0%	0,0%	4,4%	0,0%	0,0%	2,5%
Wien XI	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,0%
Wien XII	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,5%
Wien XIII	0,0%	0,0%	0,0%	6,1%	4,8%	0,0%	4,0%
Wien XIV	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	14,3%	0,0%	1,5%
Wien XV	0,0%	2,1%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,5%
Wien XVI	0,0%	2,1%	0,0%	7,0%	0,0%	0,0%	4,5%
Wien XVII	33,3%	8,3%	9,1%	5,3%	14,3%	0,0%	7,5%
Wien XVIII	33,3%	6,3%	18,2%	15,8%	4,8%	0,0%	12,4%
Wien XIX	0,0%	2,1%	0,0%	2,6%	4,8%	0,0%	2,5%
Wien XX	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,0%
Wien XXIII	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,5%
Niederösterreich	0,0%	0,0%	0,0%	4,4%	9,5%	0,0%	3,5%
unbekannt	0,0%	2,1%	0,0%	0,0%	0,0%	50,0%	1,5%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, „Bestand Personalunterlagen“

Auch wenn die Frauen, die sich um eine Stelle in der Postsparkasse beworben hatten und ein Beschäftigungsverhältnis erreichten, zu mehr als 40% in einem anderen Bundes- bzw. Kronland geboren worden waren, so waren doch fast alle zum Zeitpunkt des Eintritts bereits in Wien wohnhaft. Lediglich 3,5% aller im Sample erfassten Personen hatten bei Beschäftigungsbeginn den Wohnsitz in Niederösterreich.

Mehr als die Hälfte der Frauen, die im Beobachtungszeitraum eine Beschäftigung in der Postsparkasse erhielten, wohnten zum Zeitpunkt des Eintritts bei ihren Eltern, knapp 42% wohnten allein, die restlichen 3,5% bei Geschwistern, anderen Verwandten, bei Fremden oder in Wohnheimen. Die in der Gründungsphase des Amtes eingetretenen Kalkulantinnen wohnten zu knapp 92% allein. Drei Viertel jener Frauen, die in der Periode 1903 bis 1907 ihr Beschäftigungsverhältnis aufgenommen hatten, lebten dagegen zum Zeitpunkt ihres Eintritts (noch) bei ihren Eltern, nur rund ein Fünftel allein. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass der Anteil jener Frauen, die in diese Periode in die Postsparkasse eingetreten waren, im Durchschnitt jünger

waren, als jene, die in der Gründungsphase aufgenommen wurden (siehe Kapitel 4.6.4).

Tabelle 9: Wohnverhältnisse der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

wohnhaf bei ...	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Eltern	0,0%	8,3%	45,5%	74,6%	61,9%	25,0%	53,7%
Geschwistern	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	9,5%	0,0%	1,5%
Verwandten	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	4,8%	0,0%	1,0%
Fremden	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,0%
allein	100,0%	91,7%	45,5%	21,1%	23,8%	75,0%	41,8%
Heim	0,0%	0,0%	9,1%	0,9%	0,0%	0,0%	1,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, „Bestand Personalunterlagen“

4.6.3. Religiöse Bekenntnis

Tabelle 10: Religiöses Bekenntnis der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Religion	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Römisch-Katholisch	100,0%	95,8%	100,0%	92,1%	85,7%	50,0%	92,0%
Evangelisch AB	0,0%	0,0%	0,0%	4,4%	4,8%	0,0%	3,0%
Evangelisch HB	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,5%
Griechisch-katholisch	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,5%
Mosaisch	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	9,5%	0,0%	2,0%
unbekannt	0,0%	4,2%	0,0%	0,0%	0,0%	50,0%	2,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, „Bestand Personalunterlagen“

Die in der Postsparkasse beschäftigten Frauen waren weit überwiegend römisch-katholisch, rund 3,5% evangelisch (überwiegend AB), 2% mosaisch, 0,5% griechisch-katholisch. Bei 2% war kein religiöses Bekenntnis angegeben. Die Verteilung nach Religionsbekenntnis verschob sich im Laufe des Beobachtungszeitraumes. Waren in der Gründungsphase noch alle eingestellten Kalkulantinnen römisch-katholisch, so betrug der Anteil der römisch-katholischen Frauen zwanzig Jahre später 92%, rund 5% waren evangelisch, knapp zwei Prozent mosaischen Bekenntnisses, wie die am 11. Juni 1887 in Wien geborene Elsa Schaller, deren Vater k.k. Postoberoffizial im Handelsministerium war. Sie trat am 19. Januar 1906 ins Postsparkassenamt und war über sechs Jahre als Kalkulantin beschäftigt, bevor sie am 13. Juni

1912 über eigenes Ansuchen entlassen wurde¹⁵³. Rund 1% der Frauen war griechisch katholisch, wie Olga Diakow¹⁵⁴.

4.6.4. Eintrittsalter

Tabelle 11: Eintrittsalter der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Eintrittsalter	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
bis 18	33,3%	20,8%	27,3%	24,6%	28,6%	0,0%	23,9%
19 bis 24	33,3%	41,7%	45,5%	66,7%	57,1%	0,0%	56,7%
25 bis 29	0,0%	20,8%	27,3%	7,9%	4,8%	0,0%	11,4%
30 bis 34	33,3%	6,3%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	2,5%
35 bis 39	0,0%	6,3%	0,0%	0,0%	4,8%	0,0%	2,0%
40 Jahre und älter	0,0%	4,2%	0,0%	0,0%	4,8%	0,0%	1,5%
unbekannt	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	2,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Rund ein Viertel der Frauen, die im Beobachtungszeitraum ein Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse aufnahmen, war bei Eintritt höchstens 18 Jahre alt (wie etwa die am 15. April 1865 in Kolomea, Galizien geborene Henriette Bankowska, die am 11. August 1883 als Kalkulantin eingestellt wurde, bereits am 1. Januar 1884 definitiv gestellt wurde, das Amt aber schon am 2. Juni 1884 wieder verließ¹⁵⁵), knapp 57% zwischen 19 und 24 Jahre, jede neunte Frau gehörte der Altersgruppe 25 bis 29 Jahre an. Eine davon war die am 19. August 1878 als Tochter eines kaiserlichen Rates und Lotto-Direktionsrates geborene Ottilie Imelski, die vor ihrem Eintritt in die Postsparkasse als Museumsangestellte und Ordinationshilfe eines Zahnarztes gearbeitet hatte. Sie trat am 13. August 1906 in das Amt ein und wurde rund zwei Jahre später aufgrund mehrfacher Erkrankungen und eines mehr als 70 Tage dauernden Krankenstandes aufgrund einer chronischen Venenentzündung ihres Dienstes enthoben.¹⁵⁶ 4,5% traten im Alter zwischen 30 und 40 Jahre (erstmal) in die Postsparkasse ein. Eine davon war die am 28. April 1853 in Agram (heute Zagreb) als Tochter eines Hauptmanns geborene Hermine Wojatzek, die vor ihrem Eintritt in die Postsparkasse am 1. Februar 1886 eine Zeit als Opersängerin tätig gewesen war. Sie verblieb knapp 22 Monate als Kalkulantin im Postsparkassenamt, bevor sie am

¹⁵³ Personalbogen Elsa Schaller, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“. Eintritt: Akt 249/1906, Austritt: 10994/1912.

¹⁵⁴ Personalbogen Olga Diakow, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁵⁵ Personalbogen Henriette Bankowska, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“. Definitivstellung: Akt 3566/1883, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 1857/1883, Postsparkassenarchiv.

¹⁵⁶ Personalbogen Ottilie Imelski, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“.

30. September 1888 über eigenes Ansuchen des Dienstes entthoben wurde.¹⁵⁷ 1,5% hatten zum Zeitpunkt des Beschäftigungsbeginns bei der Postsparkasse das 40. Lebensjahr bereits vollendet, wie die am 20. April 1838 in Znaim geborene Agnes Milabersky, die bei Eintritt in die Postsparkasse verheiratet und Mutter einer 13-jährigen Tochter war. Ihre erste Beschäftigung im Amt als Dienerin in der Damen-Abteilung dauerte nur 19 Tage. Zwanzig Jahre später trat sie als bereits 65-jährige erneut in die Postsparkasse ein, diesmal als Kalkulantin und verblieb noch fast vier Jahre im Dienst, bevor sie am 15. März 1907 endgültig in den Ruhestand trat.¹⁵⁸

Im Vergleich der Perioden zeigt sich, dass sich die im Zeitraum 1883 bis 1887 in die Postsparkasse eingetretenen Frauen auf wesentlich mehr Altersgruppen verteilen als jene Frauen, deren Beschäftigungseintritt in die Periode 1903 bis 1907 fällt. Waren in der Gründungsphase noch fast 17% der Frauen älter als 30 Jahre, sind es im Zeitraum 1903 bis 1907 weniger als 1%. Das Durchschnittsalter betrug in der Periode 1883 bis 1887 knapp 20 Jahre, zwanzig Jahre später nur mehr 17,7 Jahre.

4.6.5. Familienstand

Tabelle 12: Familienstand der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Familienstand	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Ledig	66,7%	83,3%	100,0%	100,0%	85,7%	50,0%	93,0%
ledig, spätere Verehelichung	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	9,5%	0,0%	1,0%
verheiratet	0,0%	4,2%	0,0%	0,0%	4,8%	0,0%	1,5%
verwitwet	33,3%	8,3%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	2,5%
unbekannt	0,0%	4,2%	0,0%	0,0%	0,0%	50,0%	2,0%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

Mehr als neun Zehntel der für den Beobachtungszeitraum 1883 bis 1914 untersuchten Personalbögen betreffen Frauen, die zum Zeitpunkt der Aufnahme ihrer Beschäftigung ledig waren. Nur ein Prozent der Frauen gingen im Laufe ihrer Beschäftigung eine Ehe ein, was meistens mit einem Austritt aus der Postsparkasse verbunden war (im Sample betrifft dies jedoch nur Frauen, die nach 1908 in die Postsparkasse eingetreten waren). 1,5% war zum Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme verheiratet.

¹⁵⁷ Personalbogen Hermine Wojatzek, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“. Eintritt: Akt 493/1886, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 4144/1888, Postsparkassenarchiv.

¹⁵⁸ Personalbogen Agnes Milabersky, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“. Erster Austritt: Akt 2504/1883, Postsparkassenarchiv; neuerlicher Eintritt: Akt 2385/1883, Postsparkassenarchiv; endgültiger Austritt: Akt 400/1907, Postsparkassenarchiv.

Jede vierzigste Frau war bei ihrem Eintritt in die Postsparkasse bereits verwitwet, wie die am 29. Dezember 1845 in Wien geborene Josefine Polcich, die am 17. Juli 1883 als eine der ersten Kalkulantinnen eine Anstellung bei der Postsparkasse mit einem Taggeld von 1fl erhielt. Zum Zeitpunkt ihres Eintritts hatte die damals 38-jährige Tochter eines k.k. Oberrechnungsrates einen bereits 17-jährigen Sohn zu versorgen. Zuvor hatte sie nach dem Tod ihres Mannes ihren Unterhalt als Privatlehrerin und Klavierlehrerin verdient. Am 5. Oktober 1885 wurde sie zur Vorsteherin der Unterabteilung III f der Damenabteilung ernannt, nach dem Abgang von Leontine von Tomasich wurde sie mit Wirkung vom 14. Juli 1886 Vorsteherin der gesamten Damenabteilung mit einem Taglohn von 2fl. Am 1. November 1901 avancierte sie zur Buchführerin mit einem Jahreseinkommen von 1.600 Kronen. Ab 1896 wurde ihr – zunächst im Zweijahresabstand, später jährlich - ein 14tägiger Urlaub gewährt, ab 1903 sogar drei Wochen pro Jahr.

In den ersten 28 Jahren ihres Beschäftigungsverhältnisses in der Postsparkasse war sie im Schnitt nicht mehr als 7 Tage pro Jahr krank. Erst im Jahr 1912, also im Alter von 67 Jahren, wurde sie ernstlich krank, Nach mehr als einem Jahr andauernden Krankenstandes, dessen Ausgangspunkt ein Bronchialkatarrh war, trat sie mit Jahresende 1913 in den dauernden Ruhestand und erhielt ab 1. Januar 1914 eine jährliche Pension von 1.440 Kronen. Sie hatte es in ihren über 30 Dienstjahren im Amt bis in die 12. Dienstaltersklasse mit einem Jahreseinkommen von 2.350 Kronen gebracht. Sie verstarb am 28. März 1919 im Alter von 74 Jahren, ihr Sohn Max erhielt von der Postsparkasse ein „Sterbequartal“ in der Höhe von 360 Kronen.¹⁵⁹

4.6.6. Soziale Herkunft, gemessen am Beruf des Vaters

Nahezu 40% der untersuchten Frauen kamen aus einer Beamtenfamilie. Die Väter waren zumeist bei der Post, den Finanzbehörden, im Zollbereich, bei der Polizei, bei Gerichten oder den Staatbahnen beschäftigt: als k.k. Finanzrat (wie der Vater von

¹⁵⁹ Personalbogen Josefine Polcich, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“. Eintritt und Taggeld: Akt 3566/1883. Ernennung zu Vorsteherin der Unterabteilung: Akt Reservatsakt 90/1885. Ernennung zur Vorsteherin der Damenabteilung und Taggeld: Reservatsakt 5/1886, Postsparkassenarchiv; Ernennung zur Buchführerin und Jahresgehalt: Akt 9446/1901, Postsparkassenarchiv. Urlaube: Akt 4358/1896, Akt 4306/1898, Akt 6460./1900, Akt 5836/1901, Akt 6551/1903, Akt 8307/1904, Akt 9316/1905, Akt 11027/1906, Akt 9812/1907, Akt 8244/1908, Akt 9376/1909, Akt 7971/1910, Akt 6416/1911, Akt 4679/1912, Postsparkassenarchiv. Krankenstände 1912: Akt 23234/1912, 24143/1912, Akt 620/1913, Postsparkassenarchiv, Akt 1568/1913, Akt 2378/1913, Akt 6717/1913. Austritt: 22181/1913; Postsparkassenarchiv. Tod und Sterbequartal: Akt 13405/1919, Postsparkassenarchiv.

Maria Francisca Edlauer¹⁶⁰), k.k. Linienamtsoffizial (wie der Vater von Ludmilla Burda¹⁶¹), Postkontrollor oder Postoffizial (wie der Vater von Marie Bisanz¹⁶²), Gerichtsoberoffizial (wie der Vater von Leopoldine Dolezal¹⁶³), Revident im k.k. Finanzministerium (wie der Vater von Olga Diakow¹⁶⁴) oder etwa Ober-Revident der Nordwestbahn (wie der Vater von Emilie Kastner¹⁶⁵). Einige Kalkulantinnen hatten sich bei der Postsparkasse beworben, weil bereits ihr Vater dort tätig war, wie Marie Kreppel, deren Vater k.k. Revisor im Postsparkassenamt war¹⁶⁶.

Knapp 10% der Väter von Kalkulantinnen des Samples waren hohe Beamte, darunter etwa ein „kaiserlicher Rat und Hilfsämter-Direktor der k.k. nö. Statthaltereie“ wie der Vater von Wilhelmine Hadrboletz¹⁶⁷, ein „Direktor des k.k. Obersten Gerichts- und Cassationshofes“, wie der Vater von Marie Raska¹⁶⁸, Bezirksrichter, wie der Vater von Maria Fröhlich¹⁶⁹, oder k.k. Quästor der Wiener Universität, wie der Vater von Gisela Köppl¹⁷⁰: Jede zehnte erfasste Frau war die Tochter eines Offiziers. Die Ränge reichen dabei von Hauptmann (wie der Vater von Baronin Marie Cirheimb zu Hopfenbach auf Guettenau¹⁷¹ über Major (wie der Vater von Josefine Heger¹⁷²) und k.u.k. Oberst-Leutnant (wie der Vater von Melanie Herget¹⁷³) bis zum Oberst (wie der Vater von Gisela Schirnböck Edle von Reuthstetten¹⁷⁴) und einem Regimentsarzt (Vater von Irma Cvetko¹⁷⁵).

4,5% der Kalkulantinnen hatten Schuldirektoren (wie Marie Voit¹⁷⁶) oder Lehrer (wie Kornelia Stadelmann¹⁷⁷) als Väter, 2,5% entstammten einer Unternehmerfamilie, wie etwa Ella Antscherl, deren Vater Eigentümer der „Neuen Wiener Wohnungszeitung“

¹⁶⁰ Personalbogen Maria Francisca Edlauer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶¹ Personalbogen Ludmilla Burda, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶² Personalbogen Marie Bisanz, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶³ Personalbogen Leopoldine Dolezal, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶⁴ Personalbogen Olga Diakow, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶⁵ Personalbogen Emilie Kastner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“.

¹⁶⁶ Personalbogen Marie Kreppel, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶⁷ Personalbogen Wilhelmine Hadrboletz, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶⁸ Personalbogen Marie Raska, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁶⁹ Personalbogen Maria Fröhlich, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁰ Personalbogen Gisela Köppl, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷¹ Personalbogen Marie Cirheimb zu Hopfenbach auf Guettenau, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷² Personalbogen Josefine Heger, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷³ Personalbogen Melanie Herget, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁴ Personalbogen Gisela Schirnböck Edle von Reuthstetten, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁵ Personalbogen Irma Cvetko, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁶ Personalbogen Marie Voit, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁷ Personalbogen Kornelia Stadelmann, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

war¹⁷⁸. Die Väter von 5,5% der Frauen waren Angestellte (davon 1% leitende Angestellte), wie der Vater von Johanna Kohl, der Druckereileiter der Wiener Zeitung war¹⁷⁹, oder jener von Johanna Braun, der seinen Unterhalt als Kontorist in der Hofbuchhandlung Wilhelm Frick verdiente¹⁸⁰.

Jede elfte Kalkulantin kam aus niedrigen sozialen Schichten, die Väter waren Handwerker, Arbeiter, Hilfsarbeiter oder Dienstpersonal. Die Berufe reichen von Fleischer (wie der Vater von Anna Ankowitsch¹⁸¹), Schriftsetzer (wie der Vater von Berta Neumayer¹⁸²), Maschinist im Postsparkassenamt (wie der Vater von Pauline Karl¹⁸³), Pumpenwärter (wie der Vater von Josefine Blinzberger¹⁸⁴), Bankdiener der österreichisch-ungarischen Bank (wie der Vater von Paula Pevny¹⁸⁵), Portier (wie der Vater von Theresia Bachmaier¹⁸⁶), Kutscher (wie der Vater von Franziska Brad¹⁸⁷) oder Amtsdienner (wie der Vater von Malvine Lerch¹⁸⁸).

Tabelle 13: Beruf des Vaters nach Eintrittsperiode der Kalkulantinnen

Beruf des Vaters	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Offizier	0,0%	2,1%	18,2%	14,0%	4,8%	0,0%	10,0%
hoher Beamter	0,0%	2,1%	9,1%	12,3%	14,3%	0,0%	9,5%
Beamter	0,0%	8,3%	36,4%	43,9%	9,5%	0,0%	29,9%
Schuldirektor, Lehrer	0,0%	0,0%	0,0%	7,0%	4,8%	0,0%	4,5%
politisches Amt	0,0%	2,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,5%
Unternehmer	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	19,0%	0,0%	2,5%
Handwerker	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	4,8%	0,0%	1,0%
leitender Angestellter	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	4,8%	0,0%	1,0%
einfacher Angestellter	0,0%	0,0%	0,0%	7,0%	4,8%	0,0%	4,5%
Arbeiter	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	4,8%	0,0%	1,0%
Hilfsarbeiter	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	9,5%	0,0%	2,0%
Diener, Amtsdienner, Portier, Kutscher	0,0%	0,0%	9,1%	6,1%	4,8%	25,0%	5,0%
Künstler	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	9,5%	0,0%	1,5%
unbekannt	100,0%	85,4%	27,3%	3,5%	4,8%	75,0%	27,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁸ Personalbogen Ella Antscherl, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁷⁹ Personalbogen Johanna Kohl, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸⁰ Personalbogen Johanna Braun, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸¹ Personalbogen Anna Ankowitsch, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸² Personalbogen Berta Neumayer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸³ Personalbogen Pauline Karl, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸⁴ Personalbogen Josefine Blinzberger, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸⁵ Personalbogen Paula Pevny, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸⁶ Personalbogen Theresia Bachmaier, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸⁷ Personalbogen Franziska Brad, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁸⁸ Personalbogen Malvine Lerch, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

Einige Kalkulantinnen entstammten Künstlerfamilien wie etwa Marie Meixner, deren Vater akademischer Maler war¹⁸⁹, Aloisia Bassler, deren Vater als akademischer Bildhauer und Fortbildungsschullehrer tätig war¹⁹⁰, oder Elsa Alberti, deren Vater komponierte¹⁹¹. Von etwas mehr als einem Viertel der im Sample befindlichen Frauen konnte der Beruf des Vaters nicht ermittelt werden, meisten betraf dies die Gründungsphase des Postsparkassenamtes, in der die Personalbögen nicht immer akribisch ausgefüllt wurden.

4.6.7. Muttersprache

Tabelle 14: Muttersprache der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Muttersprache(n)	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Deutsch	0,0%	14,6%	63,6%	96,5%	90,5%	25,0%	71,6%
Deutsch und Ungarisch	0,0%	0,0%	9,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,5%
Polnisch	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,0%
Tschechisch	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,0%
Tschechisch und Deutsch	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	4,8%	0,0%	0,5%
unbekannt	100,0%	85,4%	27,3%	0,0%	4,8%	75,0%	25,4%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

Der weit überwiegende Teil der aufgenommenen Kalkulantinnen hatte Deutsch als Muttersprache. In der Gründungsphase der Postsparkasse wurde die Muttersprache in den meisten Fällen nicht dokumentiert, daher betrug der belegbare Anteil an Frauen mit deutscher Muttersprache über den gesamten Beobachtungszeitraum knapp 72%. Berücksichtigt man nur jene Kalkulantinnen, bei denen die Muttersprache im Personalbogen vermerkt ist, steigt der Anteil der Frauen mit deutscher Muttersprache auf 96%. Je ein Prozent der untersuchten Kalkulantinnen hatte als Muttersprache Polnisch bzw. Tschechisch angegeben. Je 0,5% waren zweisprachig aufgewachsen, mit Ungarisch bzw. Tschechisch als zweiter Muttersprache.

4.6.8. Schulbildung und Fremdsprachenkenntnisse

Die im Sample enthaltenen Kalkulantinnen weisen sehr unterschiedliche Bildungsverläufe auf, die im Folgenden dargestellt werden. Um den Bildungsstand der Frauen, die im Beobachtungszeitraum in die Postsparkasse eingetreten sind, zu beurteilen,

¹⁸⁹ Personalbogen Marie Meixner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁹⁰ Personalbogen Aloisia Bassler, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁹¹ Personalbogen Elsa Alberti, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

wird zunächst die Anzahl der Schuljahre unabhängig von den besuchten Bildungseinrichtungen untersucht. Für 57 Frauen aus dem Sample waren in den bearbeiteten Personalunterlagen keine Informationen über den Bildungsabschluss enthalten. 60% der Frauen, für die Bildungsinformationen verfügbar waren, haben mindestens 10 Schuljahre absolviert, davon mehr als 4% mindestens zwölf Jahre (was heute einem Abschluss der Sekundarstufe II entsprechen würde). Mehr als 22% haben zumindest acht Jahre im Bildungssystem verbracht (also einen Pflichtschulabschluss erworben), knapp 12% neun Jahre. Weniger als acht Schuljahre weisen lediglich knapp 6% der Frauen auf, lediglich vier Jahre Volksschule haben nur 1,4% der Frauen mit Bildungsinformationen besucht.

Tabelle 15: Anzahl der Schuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Schuljahre	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
4		0,0%	12,5%	0,9%	0,0%	0,0%	1,4%
6		20,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	2,1%
7		0,0%	12,5%	1,8%	0,0%	0,0%	2,1%
8		60,0%	50,0%	17,9%	27,8%	0,0%	22,2%
9		0,0%	25,0%	11,6%	11,1%	0,0%	11,8%
10		0,0%	0,0%	57,1%	50,0%	100,0%	51,4%
11		0,0%	0,0%	5,4%	5,6%	0,0%	4,9%
12		20,0%	0,0%	1,8%	5,6%	0,0%	2,8%
13		0,0%	0,0%	1,8%	0,0%	0,0%	1,4%
Gesamt	0	5	8	112	18	1	144

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

Tabelle 16: Zahl der Volksschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Volksschuljahre	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
3	0,0%	0,0%	0,9%	5,6%	0,0%	1,4%
4	20,0%	12,5%	0,0%	0,0%	0,0%	1,4%
5	80,0%	62,5%	90,2%	83,3%	100,0%	87,5%
6	0,0%	12,5%	1,8%	5,6%	0,0%	2,8%
7	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,7%
8	0,0%	12,5%	5,4%	5,6%	0,0%	5,6%
12	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,7%
Gesamt	5	8	112	18	1	144

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Rund 88% der untersuchten Kalkulantinnen besuchten die Volksschule für fünf Jahre, knapp 6% absolvierten eine achtjährige Volksschulausbildung. Von den 144 Frauen, für die Informationen zu den Bildungsverläufen vorliegen, besuchten 133 die Bürgerschule (eine Form der Sekundarstufe I). Mehr als 93% verblieben für drei Jahre in dieser Schulform, 3% absolvierten zwei Jahre Bürgerschule, je 1,5% waren ein

bzw. vier Jahre in der Bürgerschule, für eine Kalkulantin scheinen im Personalbogen fünf Bürgerschuljahre auf¹⁹².

Tabelle 17: Zahl der Bürgerschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Bürgerschuljahre	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
1	0,0%	16,7%	1,0%	0,0%	0,0%	1,5%
2	0,0%	16,7%	2,9%	0,0%	0,0%	3,0%
3	100,0%	66,7%	94,2%	94,7%	100,0%	93,2%
4	0,0%	0,0%	1,9%	0,0%	0,0%	1,5%
5	0,0%	0,0%	0,0%	5,3%	0,0%	0,8%
Gesamt	4	6	103	19	1	133

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Die häufigste Kombination im Bereich der Pflichtschulausbildung war die Abfolge von fünf Volksschuljahren und drei Bürgerschuljahren. Von den 131 Kalkulantinnen, für die Bildungsverläufe in ihren Personalunterlagen verzeichnet sind und die beide Schulformen besucht haben, weisen knapp 91% diesen Verlauf auf. Dies entspricht einem seit der Einführung der Bürgerschule im Jahr 1869 üblichen Bildungsweg. Die Bürgerschule war eine dreiklassige Schulform, die eine über das Lehrziel der Volksschule hinausreichende Bildung vermittelte und auf die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft Rücksicht nehmen sollte¹⁹³. Die Bürgerschule sollte auch die Voraussetzungen für den Besuch für Lehrerbildungsanstalten und Fachschulen, die ohne Matura absolviert werden konnten, bereitstellen. Neben dieser Form der Pflichtschulausbildung sah das Reichsvolksschulgesetz, das eine Schulpflicht vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten 14. Lebensjahr festlegte, auch die Absolvierung einer achtklassigen Volksschule oder einer achtklassigen Bürgerschule vor.¹⁹⁴ Drei Frauen besuchten nach fünf Volksschuljahren noch zwei Jahre die Bürgerschule (hatten also keinen Pflichtschulabschluss erworben), je zwei Kalkulantinnen absolvierten nach fünf Volksschuljahren noch ein bzw. vier Jahre in der Bürgerschule, zwei weitere vervollständigten ihre Ausbildung nach sechs Jahren in der Volksschule mit drei Jahren in der Bürgerschule. Eine Kalkulantin besuchte nach acht Jahren Volksschule noch drei Jahre die Bürgerschule.

¹⁹² Personalbogen Dionyse Altmann, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

¹⁹³ Vgl. Maren Seliger, Karl Ucakar: Wien. Politische Geschichte 1740 - 1895. Wien: Jugend & Volk 1985 (Geschichte der Stadt Wien, 1), S. 485 ff.

¹⁹⁴ Zum Reichsvolksschulgesetz siehe: Renate Seebauer: Zur Konzeption der Pflichtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen vom Reichsvolksschulgesetz bis 1945. Mit besonderer Berücksichtigung Wiens. In: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 40 (1984).

Tabelle 18: Verlauf der Pflichtschulausbildung der Kalkulantinnen: Kombination von Volksschul- und Bürgerschuljahren

Bürgerschule	Volksschule				Gesamt
	3 Jahre	5 Jahre	6 Jahre	8 Jahre	
1 Jahr		1,5%			2
2 Jahre		2,3%	0,8%		4
3 Jahre	0,8%	90,8%	1,5%	0,8%	123
4 Jahre		1,5%			2
Gesamt	1	126	3	1	131

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Von den 144 Kalkulantinnen, für die in den Personalunterlagen auch Bildungsverläufe dokumentiert sind, haben 105 Frauen eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung absolviert. Rund zwei Drittel davon haben eine Handelsschule besucht. Von den 69 Frauen, für die in den Personalunterlagen der Besuch einer Handelsschule vermerkt ist, haben mehr als drei Viertel zwei Jahre Handelsschule absolviert, rund 17% haben nach Beendigung der Pflichtschule noch ein Jahr in einer Handelsschule verbracht. Eine davon war die am 18. Juni 1886 in Wien als Tochter eines Kassadieners in der k.k. Staats-Central-Cassa geborene Pauline Trawniczek, die das Handelsschuljahr mit sehr gutem Erfolg absolvierte und vor ihrem Eintritt in die Postsparkasse am 1. August 1905 als Buchhalterin bei der Allgemeinen Ingenieurzeitung gearbeitet hatte. Sie arbeitete weniger als zwei Jahre als Manipulantin im Postsparkassenamt und trat am 16. April 1907 aus.¹⁹⁵

Tabelle 19: Zahl der Handelsschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsdatum

Handelsschuljahre	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
1		100,0%	16,4%	8,3%	0,0%	17,1%
2		0,0%	78,2%	91,7%	100,0%	78,6%
3		0,0%	5,5%	0,0%	0,0%	4,3%
Gesamt	0	0	2	55	12	69

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

4,3% der untersuchten Frauen mit Bildungsinformationen verblieben drei Jahre in einer Handelsschule, wie etwa die am 24. Januar 1885 in Wien als Tochter eines k.k. Hauptmann geborene Aurelia Fischer, die ihr drittes Handelsschuljahr mit gutem Erfolg abgeschlossen hatte und danach zunächst als Buchhalterin in der Fuhrwerks-

¹⁹⁵ Personalbogen Pauline Trawniczek, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 10898/1905, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 7942/1907, Postsparkassenarchiv.

Unternehmung von Ignaz Payrhuber und später als „Beamtin“ der „Österreichischen Separatoren-Vertriebs-Unternehmung“ tätig war, bevor sie am 9. Juni 1905 im Alter von 20 Jahren in die Postsparkasse eintrat, in der sie knapp zwei Jahre als Kalkulantin wirkte.¹⁹⁶

Eine weitere Möglichkeit der berufsbezogenen höheren Ausbildung stellte die Fortbildungsschule dar. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sind als Vorläufer der Berufsschulen anzusehen und lösten ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert den Sonntagsunterricht der Lehrlinge ab. 1897 wurde im Rahmen einer Gewerberechts-Novelle die Fortbildungsschulpflicht eingeführt.¹⁹⁷ Von dieser berufsbezogenen Ausbildung machten von den 144 untersuchten Frauen 31 Gebrauch. Zwei Drittel davon absolvierten zwei Jahre in einer Fortbildungsschule, ein Fünftel nur ein Jahr. Knapp 13% besuchten eine dreijährige Fortbildungsschule, wie etwa die am 24. Dezember 1885 als Tochter eines k.u.k. Hofkutschers in Wien geborene Franziska Brad. Nach Abschluss ihrer Ausbildung arbeitete sie zunächst als Kontoristin beim „Allgemeinen Hilfs- und Unterstützungsverein für Deutsch“. Am 24. Februar 1906 nahm sie ihre Beschäftigung in der Postsparkasse auf, musste diese aber nach etwas mehr als vier Jahren aufgrund eines Nervenleidens (Neurasthenie), das sie wiederholt zu langen Krankenständen zwang, aufgeben. Am 10. Juni 1910 wurde sie in den dauernden Ruhestand versetzt und erhielt eine Abfertigung in der Höhe von 900 Kronen.¹⁹⁸

Tabelle 20: Zahl der Fortbildungsschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode

Jahre in der Fortbildungsschule	1883-1887	1903-1907	Gesamt
1	0,0%	20,0%	19,4%
2	100,0%	66,7%	67,7%
3	0,0%	13,3%	12,9%
Gesamt	1	30	31

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

¹⁹⁶ Personalbogen Aurelia Fischer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 8704/1905, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 15067/1907, Postsparkassenarchiv.

¹⁹⁷ Zur historischen Entwicklung der beruflichen Schulbildung: Elke Gruber: Berufsbildung in Österreich – Einblicke in einen bedeutenden Bildungssektor. In: Fritz Verzetnitsch, Peter Schlögl, Alexander Prischl, Regine Wieser (Hg.): Jugendliche zwischen Karriere und Misere. Die Lehrausbildung in Österreich, Innovation und Herausforderung. ÖGB-Verlag, Wien 2004, S. 17-38

¹⁹⁸ Personalbogen Franziska Brad, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 4510/1906, Postsparkassenarchiv; Krankenstände: Akt 4586/1908, Akt 20097/1909, Postsparkassenarchiv; Austritt und Abfertigung: Akt 11702/1910, Postsparkassenarchiv.

Zehn spätere Kalkulantinnen aus dem untersuchten Sample hatten nach der Pflichtschule die Lehrerbildungsanstalt besucht, einige von Ihnen hatten vor dem Eintritt in die Postsparkasse auch als Lehrerinnen oder Erzieherinnen gearbeitet, wie die am 27. Mai 1879 als Tochter eines Oberpostverwalters in Lemberg geborene Anna Exner, die vor ihrem Eintritt in das Postsparkassenamt als Volksschullehrerin in Saybusch in Galizien tätig war.¹⁹⁹

Das Gymnasium (also die Sekundarstufe II) besuchten nur vier der 144 Kalkulantinnen, für die Bildungsinformationen vorhanden waren, drei davon absolvierten die gesamte Oberstufe und haben wohl die Reifeprüfung abgelegt. Die am 19. Mai 1888 in Wien als Tochter eines Postrats geborene Laura Kowarschik hatte nach dem Gymnasium noch zwei Jahre die Lehrerbildungsanstalt besucht und trat am 17. Oktober 1907 im Alter von 19 Jahren ihren Dienst als Kalkulantin an, verließ das Postsparkassenamt aber bereits nach wenigen Monaten wieder.²⁰⁰

Tabelle 21: Fremdsprachenkenntnisse der Kalkulantinnen nach Eintrittsdatum

Andere Sprachen	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	Gesamt
Deutsch	0,0%	0,0%	4,0%	0,0%	3,3%
Englisch	0,0%	0,0%	6,0%	25,0%	6,7%
Französisch	33,3%	33,3%	32,0%	25,0%	31,7%
Italienisch	0,0%	33,3%	0,0%	0,0%	1,7%
Kroatisch	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%	1,7%
Polnisch	0,0%	0,0%	6,0%	0,0%	5,0%
Tschechisch	66,7%	0,0%	16,0%	0,0%	16,7%
Ungarisch	0,0%	0,0%	4,0%	0,0%	3,3%
Englisch, Französisch	0,0%	0,0%	14,0%	25,0%	13,3%
Französisch, Italienisch	0,0%	0,0%	4,0%	0,0%	3,3%
Französisch, Ungarisch	0,0%	33,3%	0,0%	0,0%	1,7%
Französisch, Englisch, Italienisch	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%	1,7%
Französisch, Englisch, Tschechisch	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%	1,7%
Polnisch, Englisch, Tschechisch	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%	1,7%
Polnisch, Englisch, Französisch	0,0%	0,0%	0,0%	25,0%	1,7%
Deutsch, Französisch, Englisch	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%	1,7%
Deutsch, Italienisch, Französisch, Englisch	0,0%	0,0%	2,0%	0,0%	1,7%
Gesamt	3	3	50	4	60

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

In den Personalbögen der Kalkulantinnen wurden in der Gründungsphase Fremdsprachenkenntnisse nur selten erfasst. Ab der Periode 1903 bis 1907 sind dagegen

¹⁹⁹ Personalbogen Anna Exner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²⁰⁰ Personalbogen Laura Kowarschik, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 18234/1907, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 13284/1908, Postsparkassenarchiv.

für fast alle im Sample befindlichen Personen Informationen über etwaige Fremdsprachenkenntnisse vorhanden. Für die 201 Kalkulantinnen, deren Personalbögen ausgewertet wurden, fehlen für 28% entsprechende Informationen, rund 42% des Samples haben angegeben, über keine Fremdsprachenkenntnisse zu verfügen.

Von jenen 60 Personen, die neben ihrer/ihren Muttersprache/n noch andere Sprachen beherrschten, gab knapp ein Drittel an, Französisch zu können, rund 17% verfügten über Tschechisch-Kenntnisse, Englisch wurde von knapp 7% als Fremdsprache angegeben, Polnisch von 5%, Ungarisch von 3%. Zwei Kalkulantinnen, die eine andere Muttersprache als Deutsch hatten, gaben Deutsch als Fremdsprache an. 17 Frauen beherrschten mehr als eine Fremdsprache, acht davon Englisch und Französisch, zwei Französisch und Italienisch, eine Französisch und Ungarisch.

Fünf Kalkulantinnen gaben die Kenntnisse von drei verschiedenen Fremdsprachen an. Die am 18. September 1887 in Prag als Tochter als k.k. Hauptmanns geborene Elisabeth Studeny hatte nach Volks- und Bürgerschule noch zwei Jahre die Handelsschule besucht und gab bei ihrer Bewerbung an, Französisch, Englisch und Tschechisch zu können.²⁰¹ Die am 12. Dezember 1880 als Tochter eines k.k. Oberst in Ruhe in Olmütz geborene Gisela Schirnböck, Edle von Reuthstetten beherrschte neben Englisch auch Polnisch und Tschechisch.²⁰²

Die meisten Fremdsprachen beherrschte nach ihren Personalunterlagen die am 29. April 1886 als Tochter eines k.k. Oberstleutnant in Tarnów (Galizien) geborene Marie Weber, die zum Zeitpunkt des Eintritts in die Postsparkasse bereits Vollwaise war und bei ihren Pflegeeltern lebte. Neben ihrer Muttersprache Polnisch gab sie Deutsch, Italienisch, Englisch und Französisch als Fremdsprachen an. Sie hatte zwei Jahre die Handelsschule besucht und diese mit „gutem“ Erfolg abgeschlossen. Sie trat am 29. Juli 1904 in die Postsparkasse ein, verließ das Amt aber bereits wieder am 15. Mai 1905.²⁰³

²⁰¹ Personalbogen Elisabeth Studeny, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen.“

²⁰² Personalbogen Gisela Schirnböck, Edle für Reuthstetten, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²⁰³ Personalbogen Marie Weber, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen; Eintritt: Akt 11140/1904, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 7395/1905, Postsparkassenarchiv.

4.7. Entlohnung und finanzielle Absicherung

4.7.1. Eintrittsentlohnung

Kalkulantinnen wurden wie die Hilfsbeamten nach Taglohn bezahlt. In der Gründungsphase betrug der Taglohn in der Regel 1 fl (also 365 fl im Jahr bzw. in Kronen umgerechnet 730 K). Fast 89% alle in der Periode 1883 bis 1887 eingetretenen Frauen der Stichprobe erhielten diese Entlohnung bei ihrem Eintritt. Den geringsten Taglohn jener Frauen des Samples, die ihre Beschäftigung in der Postsparkasse zwischen 1883 und 1887 aufgenommen hatten, weist die am 15. Oktober 1862 in Wien geborene Antonia Winkler auf, die am 22. September 1883 von der Postsparkasse als Bedienerin eingestellt wurde. Ihr Einstiegstaglohn betrug 80 Kreuzer, am 20. Dezember 1890 wurde der Taglohn auf 85 Kreuzer erhöht, am 1. Januar 1894 auf 90 Kreuzer. Ein halbes Jahr vor ihrem Austritt am 15. Juli 1900 wurde ihr Taglohn auf 2 Kronen angehoben.²⁰⁴

Die zwei im Jahr 1886 als Arbeiterinnen eingestellten Frauen erhielten als Eintrittstaglohn 90 Kreuzer. Die am 12. Oktober 1865 in Bruck an der Mur geborene Anna Raffensteiner wurde am 27. September 1886 als Arbeiterin in der Haus- und Ökonomieverwaltung eingestellt und blieb dies bis zu ihrem Austritt am 20. Oktober 1894.²⁰⁵ Die am 29. Oktober 1862 in Trencsin Teplitz (Ungarn) als Tochter eines k.k. Bezirksvorstehers geborene Marie Philipp begann am 1. November 1886 ebenfalls als Arbeiterin in der Haus- und Ökonomieverwaltung, wurde aber am 21. Dezember 1897 zur Kalkulantin ernannt, ihr Taglohn auf eine Gulden festgesetzt. Bereits ein Jahr später wurde die Entlohnung auf 1fl 25 erhöht, am 1. Mai 1900 wurde ihr Taglohn auf 3 Kronen gesteigert. Ab 1. Mai 1902 erhielt sie 3,50 Kronen pro Tag, ab 1. Mai 1905 4 Kronen. In den folgenden Jahren stieg Marie Philipp Dienstklasse für Dienstklasse auf, was auch mit Erhöhungen der Entlohnung einherging. Am 1. Mai 1914 wurde ihr Bezug auf 2.200 Kronen jährlich angehoben, am 1. Mai 1917 mit der Überführung in die 12. Dienstaltersklasse auf 2.800 Kronen pro Jahr. Am 1. Mai 1919 betrug ihr Jahresbezug als Mitarbeiterin der 5. Gehaltsstufe der 9. Rangsklasse der Staatsbeamten 3.600 Kronen plus 1.200 Kronen Aktivitätszulage. Als sie am 10. November 1919 im

²⁰⁴ Personalbogen Antonia Winkler, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; erster Taglohn: Akt 2815/1883, Postsparkassenarchiv, Erhöhung auf 8 Kreuzer: Akt 5772/1890, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 90 Kreuzer: Akt 6860/1893, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 2 Krone: Akt 9690/1899, Postsparkassenarchiv; Austritt: 5031/1900, Postsparkassenarchiv.

²⁰⁵ Personalbogen Anna Raffensteiner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Austritt: Akt 6386/1894, Postsparkassenarchiv.

Alter von 57 Jahren über eigenes Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt wurde, erhielt sie eine jährliche Pension in der Höhe von 7.747 Kronen und 33 Heller, die bis zu ihrem Tod im Jahr 1923 auch immer wieder erhöht wurde.²⁰⁶

Tabelle 22: Eintrittsgehalt (auf Jahresgehalt umgerechnet) nach Eintrittsdatum

Eintrittsgehalt, in Kronen	1883-1887	1903-07
584,00	1,9%	0,0%
657,00	3,8%	0,0%
693,50	1,9%	0,0%
730,00	88,5%	81,6%
912,50	1,9%	18,4%
1.460,00	1,9%	0,0%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Die am 21. September 1868 in Wien geborene Marie Boufflet trat bereits am 12. Januar 1883 als Arbeiterin in das Postsparkassenamt ein und erhielt ein Taggeld von 95 Kreuzer. Bis zu ihrem Austritt am 15. September 1899 sind jedoch keine Taggelderhöhungen im Personalbogen verzeichnet.²⁰⁷

Für die am 24. November 1864 in Wien geborene Helene Böhm ist für ihren Eintritt in das Postsparkassenamt am 1. Januar 1884 und ihre Definitivstellung am 27. Mai 1884 im Personalbogen kein Taggeld vermerkt. Am 11. Dezember 1885 wird ihr Taggeld auf 1 Gulden und 25 Kreuzer festgelegt, sie verlässt das Amt nur sieben Monate später.²⁰⁸

Eine Sonderstellung nahm auch in Bezug auf ihre Entlohnung Leontine von Tomasich ein.²⁰⁹ Ihr Taglohn wurde bereits zwei Jahre nach Eintritt auf zwei Gulden erhöht.²¹⁰

²⁰⁶ Personalbogen Marie Philipp, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Ernennung zur Kalkulantin: Akt 7357/1897, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1fl 25: Akt 8174/1898, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 3K: Akt 2737/1900, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 3K 50: Akt 6620/1902, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 4K: Akt 6620/1905, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 2.200K: Akt 11514/1914, Postsparkassenarchiv; 12. Dienstaltersklasse und Erhöhung auf 2.800K: Akt 6132/1917, Postsparkassenarchiv; Neueinstufung, Gehalt und Aktivitätszulage 1919: Akt 11469/1919, Postsparkassenarchiv; Austritt und jährliche Pension: Akt 16604/1919, Postsparkassenarchiv; Erhöhung der Pension: Akt 12557/1920, Akt 6781/1922, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 6989/1926, Postsparkassenarchiv.

²⁰⁷ Personalbogen Maria Boufflet, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Austritt: Akt 6878/1899, Postsparkassenarchiv.

²⁰⁸ Personalbogen Helene Böhm, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Definitivstellung: Akt 1415/1884, Postsparkassenarchiv; Taggeld: Akt 4070/1885, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 2519/1886, Postsparkassenarchiv.

²⁰⁹ Zu Leontine von Tomasich siehe Kapitel 4.5 und Fußnoten 130 bis 140.

²¹⁰ Taggelderhöhung: Akt 1463/1885, Postsparkassenarchiv.

Alle Frauen der Stichprobe, die zwischen 1903 und 1907 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufnahmen, erhielten beim Eintritt ein Taggeld von mindestens zwei Kronen, bei über 18% lag das Eintrittstaggeld bei 2 Kronen 50 Heller. Eine davon war die am 27. Oktober 1888 in Wien als Tochter eines k.k. Verwaltungsadjunkt geborene Eugenie von Lohr. Sie trat am 1. August 1907 als Kalkulantin in das Amt ein. Bereits am 1. November 1908 wurde ihr Taggeld auf 2 Kronen 75 Heller erhöht. Am 1. Dezember 1909 wurde sie in die 2. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.150 Kronen befördert, am 1. Dezember 1911 trat sie in die 3. Dienstaltersklasse mit einem Jahresgehalt von 1.200 Kronen über. Zwei Jahre später erhielt sie die Beförderung in die 4. Dienstaltersklasse, die Jahresentlohnung betrug nun 1.250 Kronen. Am 1. Februar 1914 wurde ihr Jahresbezug mit 1.400 Kronen festgesetzt, am 1. November 1915 wurde sie in die 5. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.500 Kronen befördert. Zwei Jahre später erfolgte die Aufnahme in die 6. Dienstaltersklasse mit einem Jahresgehalt von 1.600 Kronen.²¹¹

Am 17. November 1917 wurde sie der Hilfsämterdirektion des Handelsministeriums dienstzugeteilt, verblieb aber im Personalstand des Postsparkassenamtes und wurde am 3. März 1919 in die 7. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.800 Kronen befördert. Bereits zwei Monate später wurde sie zur Buchführerin in der IX. Rangklasse ernannt, sie erhielt nun ein Jahresgehalt von 2.200 Kronen zuzüglich 960 Kronen Aktivitätszulage. Am Ende desselben Jahres wurde sie in die X. Rangklasse erhoben, ein Monat später bereits in die 2. Gehaltsstufe mit einem Jahreseinkommen von 5.100 Kronen.²¹²

Ein Jahr später wurde ihr Gehalt inflationsbedingt auf 15.000 Kronen jährlich erhöht, zwei Monate später auf 27.888 Kronen. Am 9. März 1921 trat sie aus dem Postspar-

²¹¹ Personalbogen Eugenie von Lohr, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 11891/1907, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 2K 50h: Akt 20932/1908, Postsparkassenarchiv; Beförderung 2. Dienstaltersklasse: Akt 27336/1909, Postsparkassenarchiv; Beförderung 3. Dienstaltersklasse: Akt 18767/1911, Postsparkassenarchiv; Beförderung 4. Dienstaltersklasse: Akt 20146/1913, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1.400K: Akt 11512/1914, Postsparkassenarchiv; Beförderung 5. Dienstaltersklasse: Akt 19250/1915, Postsparkassenarchiv; Beförderung 6. Dienstaltersklasse: Akt 15053/1917, Postsparkassenarchiv.

²¹² Versetzung: Akt 16076/1917, Postsparkassenarchiv; Beförderung 7. Dienstaltersklasse: Akt 3819/1919, Postsparkassenarchiv; Ernennung zur Buchführerin und Gehalt: Akt 13726/1919, Postsparkassenarchiv; X. Rangklasse und Erhöhung auf 5.100 Kronen: Akt 20953/1919, Postsparkassenarchiv.

kassenamt aus, weil sie endgültig in den Personalstand des Handelsministeriums übernommen wurde.²¹³

4.7.2. Entlohnungskarrieren

In der Anfangsphase der Postsparkasse gab es noch keine festgelegten Vorrückungsschemata für Hilfsbeamte und weibliche Bedienstete. Eine Erhöhung des Taglohns war zunächst offenbar unabhängig von der Dauer der bisherigen Beschäftigung in der Postsparkasse. Für mehr als die Hälfte der in der Stichprobe enthaltenen Frauen mit einem Diensteintritt in die Postsparkasse vor 1887 ist über die gesamte Beschäftigungsdauer in den Personalunterlagen keine Taglohnerhöhung dokumentiert. Die Beschäftigungsdauer dieser Frauen reicht von elf Tagen bis zu über 16 Jahren (Maria Boufflet)²¹⁴. Auch die am 10. Juni 1862 in Wien geborene Caroline Kerchner blieb zwischen ihrem Eintritt in die Postsparkasse am 15. Dezember 1882 und ihrem Austritt am 29. Februar 1892 bei einem Taggeld von 1 fl. Möglicherweise war dies allerdings ihrem Status als „Arbeiterin“ geschuldet.²¹⁵

Tabelle 23: Durchschnittliche Steigerung der Entlohnung nach Eintrittsdatum

Durchschnittliche Erhöhung/Jahr	1883-1887	1903-07
keine Erhöhung	53,8%	22,8%
bis unter 3%	1,9%	0,0%
3% bis unter 6%	9,6%	5,3%
6% bis unter 9%	28,8%	16,7%
9% bis unter 12%	0,0%	31,6%
mehr als 12%	5,8%	23,7%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Nahezu 29% der im Zeitraum 1883 bis 1887 in die Postsparkasse eingetretenen Kalkulantinnen konnten über ihre gesamte Beschäftigungsdauer eine durchschnittliche jährliche Erhöhung des Taggeldes von zwischen 6% und 9% erzielen, wie etwa die am 12. November 1867 in Wien als Tochter eines k.k. Liquiditators geborene Leopoldine Kummer. Am 13. November 1885 als Kalkulantin mit einem Taggeld von 1 Gulden eingestellt, wurde ihr Taggeld mit Wirkung 1. Januar 1889 auf 1 Gulden 25 Kreuzer erhöht. Drei Jahre später wurde das Taggeld auf 1 Gulden 50 Kreuzer an-

²¹³ Erhöhung auf 15.000 Kronen: Akt 17320/1920, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 27.288 Kronen: Akt 9210/1921, Postsparkassenarchiv; Austritt und Übernahme in das Handelsministerium: Akt 91/1923, Postsparkassenarchiv.

²¹⁴ Siehe Seite 78 und Anmerkung 206.

²¹⁵ Personalbogen Caroline Kerchner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Austritt: Akt 1023/1892, Postsparkassenarchiv.

gehoben, bereits zwei Jahre darauf erhielt sie bereits 1 Gulden 75 Kreuzer. Mit 1. Januar 1897 betrug ihr Taggeld 2 Gulden, am 29. April 1902 wurde sie zur Buchführerin ernannt und das Jahreseinkommen auf 1.600 Kronen festgelegt.²¹⁶

Neben den stufenweisen Erhöhungen ihrer Bezüge wurden Leopoldine Kummer immer wieder Remunerationen gewährt: 12 Gulden zu Weihnachten 1886 und je 20 fl zu Weihnachten 1888 und 1889. Bei ihrem Austritt am 31. August 1904 erhielt sie noch einmal 200 Kronen. Die Wertschätzung für ihre Arbeit spiegelt sich auch den regelmäßig bewilligten Urlaubsansuchen wider: Bereits zwei Jahre nach ihrem Eintritt wurden ihre vier Wochen Urlaub (allerdings mit Taggeldeinstellung) gewährt, zwei Jahre später nahm sie im Sommer sogar sechs Wochen Urlaub. Im August 1893 verlängerte sie ihren dreiwöchigen Urlaub ohne Probleme um weitere 14 Tage, 1895 und 1897 nahm sie jeweils drei Wochen Urlaub, 1899 zwei Wochen, im Jahr 1900 vier Wochen und 1901 wieder zwei Wochen Urlaub. Im Sommer 1902 erhielt sie wieder einen sechswöchigen Urlaub, 1903 einen zweiwöchigen Urlaub bewilligt.²¹⁷

Rund jede zehnte der zwischen 1883 und 1887 eingetretenen Frauen lukrierte eine durchschnittliche jährliche Erhöhung von zwischen 3% und 6%, knapp 2% konnten ihr Taggeld im Durchschnitt um bis zu 3% steigern. Knapp 6% erreichten über ihre gesamte Beschäftigungsdauer bei der Postsparkasse eine durchschnittliche Erhöhung ihrer Entlohnung um mehr als 12%. Eine davon war die am 17. Februar 1857 in Beba (Ungarn) geborene Constanze von Schilde, die am 1. September 1884 ihren Dienst als Kalkulantin mit 1 Gulden Taggeld antrat. Bereits am 24. Dezember 1886 wurde ihr Taggeld auf 1 Gulden 25 Kreuzer erhöht, bereits am 23. Dezember 1884 war ihr eine Remuneration von 10 Gulden und am 19. Dezember 1885 eine weitere in der Höhe von 15 Gulden gewährt worden. Am 2. April 1887 wurde ihr auf Ansuchen ein Urlaub auf unbestimmte Zeit gewährt, am 31. Mai 1887 das Taggeld allerdings definitiv eingestellt und sie von Amts wegen enthoben.²¹⁸

²¹⁶ Personalbogen Leopoldine Kummer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt und Taggeld: Akt 3796/1885, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1 fl 25: Akt 4423/1888, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1 fl 50: Akt 5846/1891, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1 fl 75: Akt 6851/1894, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 2 fl: Akt 8154/1896, Postsparkassenarchiv; Ernennung zur Buchführerin und Jahresbezug: Akt 4709/1902, Postsparkassenarchiv.

²¹⁷ Remunerationen: Akt 4264/1886, Akt 4433/1888, 5ß38/1889, Postsparkassenarchiv; Austritt und Remuneration: Akt 9686/1904; Postsparkassenarchiv; Urlaube: Akt 1300/1888, Akt 2701/1890, Akt 2760/1893, Akt 4598/1893, Akt 3725/1897, Akt 5146/1899, Akt 5690/1900, Akt 4863/1901, Akt 8362/1902, Postsparkassenarchiv.

²¹⁸ Personalbogen Constanze von Schilde, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Erhöhung: Akt 4366/1886, Postsparkassenarchiv; Urlaub: Akt 1041/1887, Postsparkassenarchiv; Taggeldeinstellung und Austritt: 2156/1887, Postsparkassenarchiv.

Von den in der Periode 1903 bis 1907 in die Postsparkasse aufgenommenen Kalkulantinnen haben weniger als ein Viertel während ihrer Beschäftigung keine Erhöhung der Bezüge erhalten. Sie weisen durchwegs Beschäftigungsdauern von weniger als 2,5 Jahren auf, zwei Drittel sogar weniger als ein Jahr. Die übrigen Kalkulantinnen in der Stichprobe konnten über ihre Beschäftigungsdauer gerechnet durchschnittliche jährliche Erhöhungen von mindestens 3% erzielen. Knapp 6% erhielten zwischen 3% und 6% pro Jahr dazu, knapp 17% zwischen 6% und 9%.

Beinahe ein Drittel der im Sample für die Periode 1903 bis 1907 vertretenen Frauen lukrierten eine durchschnittliche jährliche Gehaltsteigerung von zwischen 9% und 12%, wie etwa die am 26. Februar 1883 in Wien als Tochter eines k.k. Oberfinanzrates geborene Hedwig Lichtenthaler.²¹⁹

Hedwig Lichtenthaler wurde am 9. April 1906 mit einem Taggeld von 2 Kronen eingestellt, bereits ein Jahr später wurde das Taggeld auf 2 Kronen 75 Heller erhöht. Mit 1. September 1909 wurde sie in 2. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.150 Kronen befördert, nur acht Monate später wurde sie in die 3. Dienstaltersklasse mit 1.200 Kronen Jahresgehalt angehoben. Am 1. Mai 1912 stieg sie in die 4. Dienstaltersklasse (Jahresbezug 1.250 Kronen) auf, zwei Jahre später in die 5. Dienstaltersklasse mit einem Jahresgehalt von 1.350 Kronen. Ein Jahr später wurde das Jahresgehalt auf 1.500 Kronen erhöht. Aufgrund ihrer angegriffenen Gesundheit (sie hatte nach einem sechswöchigen Erholungsurlaub und einem 38-tägigen Krankenstand in Folge eines Lungenkatarrhs im Jahr 1914 im Jahr 1915 einen neuerlichen Krankenstand von 256 Tagen aufgrund einer „tuberkulösen Affektion der linken Lungenspitze“) wurde sie auf eigenes Ansuchen in den zeitlichen Ruhestand versetzt, ihre Bezüge mit 11. Februar 1916 eingestellt und der Kalkulantin eine „Qiescentengebühr“ von 600 Kronen jährlich zugewiesen. Doch bereits am 15. Juli 1915 wurde sie auf Ansuchen wieder reaktiviert und ihr ein Jahresbezug von 1.500 Kronen gewährt. Am 1. November 1916 wurde Lichtenthaler in die 6. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.600 Kronen befördert, zwei Jahre später erfolgt die Versetzung in die 7. Dienstaltersklasse mit einem jährlichen Einkommen von 1.800 Kronen. Am 14. Januar 1919 verstarb sie im Alter von 37 Jahren.²²⁰

²¹⁹ Personalbogen Hedwig Lichtenthaler, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“.

²²⁰ Eintritt: Akt 249/1906, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 2K 75: Akt 8260/1907, Postsparkassenarchiv; 2. Dienstaltersklasse: Akt 27336/1909, Postsparkassenarchiv; 3. Dienstaltersklasse: Akt 8671/1910, Postsparkassenarchiv; 4. Dienstaltersklasse: 7839/1912, Postsparkassenarchiv; 5.

Nahezu ein Viertel aller Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 ein Beschäftigungsverhältnis aufgenommen hatten, konnten während ihrer Beschäftigung ihr Einkommen im Durchschnitt um mehr als 12% steigern. Als Beispiel mag die Einkommenskarrriere von Anna Winter dienen. Sie wurde am 29. Juni 1888 in Wien als Tochter eines k.k. Amtsdieners geboren. Sie trat am 26. Juni 1906 ihren Dienst im Postsparkassenamt als Manipulantin mit einem Taglohn von 2 Kronen an. Am 1. Mai 1907 wurde ihr Taggeld auf 2 Kronen 50 erhöht, mit Jahresbeginn 1910 wurde Winter in die 1. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.100 Kronen aufgenommen. Die Beförderung in die 2. Dienstaltersklasse mit einem Jahreseinkommen von 1.150 Kronen erfolgte am 1. Mai 1911, die Vorrückung in die 3. Dienstaltersklasse zwei Jahre später, wobei der Jahresbezug auf 1.200 Kronen aufgestockt wurde. Der nächste Gehaltssprung auf 1.300 Kronen folgte am 1. Februar 1914, die Versetzung in die 4. Dienstaltersklasse mit einer Erhöhung des Jahreseinkommens auf 1.400 Kronen am 1. Mai 1915.²²¹

Im Zuge des Ersten Weltkrieges stieg Anna Winter bis zur 7. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.800 Kronen auf. Am 12. Dezember 1918 wurde sie auf den „Deutsch-Österreichischen Staat“ angelobt. Mit 5. Februar 1919 wurden ihr fünf Kriegshalbjahre für die Vorrückung angerechnet und am 1. Mai 1919 erfolgte ihre Ernennung zur Buchführerin der XI. Rangstufe mit einem Jahresgehalt von 2.200 Kronen. Am 13. September 1919 wurde ihr Dienstverhältnis auf Ansuchen aufgelöst und die Bezüge mit Ende September eingestellt. Sie erhielt eine Abfertigung von 12.640 Kronen.²²²

Insgesamt zeigt sich in den Daten, dass Personen, die in der zweiten Beobachtungsperiode in das Postsparkassenamt aufgenommen wurden, von einem zuneh-

Dienstaltersklasse: Akt 8071/1914, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1.400 Kronen: Akt 11514/1915, Postsparkassenarchiv; Krankenstand, Lungenkatarrh: Akt 36/1915, Postsparkassenarchiv; langer Krankenstand, Tuberkulose: Akt 10836/1915, Postsparkassenarchiv; Zeitlicher Ruhestand, Einstellung der Bezüge, Qiescentengebühr: Akt 1711/1916, Postsparkassenarchiv; Reaktivierung: Akt 9185/1916, Postsparkassenarchiv; 6. Dienstaltersklasse: Akt 14013/1916, Postsparkassenarchiv; 7. Dienstaltersklasse: Akt 17218/1918, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 2652/1919, Postsparkassenarchiv.

²²¹ Personalbogen Anna Winter, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Erhöhung auf 2K 50h: Akt 8260/1907, Postsparkassenarchiv; 1. Dienstaltersklasse: Akt 28704/1909, Postsparkassenarchiv; 2. Dienstaltersklasse: Akt 7279/1911, Postsparkassenarchiv; 3. Dienstaltersklasse: Akt 8379/1913, Postsparkassenarchiv; Erhöhung auf 1.300 K: Akt 11512/1914, Postsparkassenarchiv; 4. Dienstaltersklasse: Akt 8234/1915, Postsparkassenarchiv..

²²² 7. Dienstaltersklasse: Akt 17103/1918, Postsparkassenarchiv; Angelobung auf den Deutsch-Österreichischen Staat: Akt 19600/1918, Postsparkassenarchiv; Anrechnung Kriegshalbjahre: Akt 2708/1919, Postsparkassenarchiv; Buchführerin: Akt 11469/1919, Postsparkassenarchiv; Austritt und Abfertigung: Akt 16077/1919, Postsparkassenarchiv.

mend standardisierten System der Vorrückungen und Gehaltssteigerungen profitieren konnten, wenn ihre Beschäftigung länger als zwei Jahre andauerte. Dieses System sicherte den Kalkulantinnen (wie den Hilfsbeamten, denen sie annähernd gleichgestellt waren) zumindest stabile, meist aber steigende Realeinkommen, Gegenüber der Gründungsphase setzte die Personalpolitik der Postsparkasse also im Laufe ihrer Unternehmensentwicklung auch bei den Frauen auf eine Stabilisierung der Personalstände.

4.7.3. Remunerationen

Das Entlohnungsverhalten der Postsparkasse in der Gründungsphase weist zwar keine Vorrückungsautomatik mit regelmäßigen Taggelderhöhungen auf, dennoch wurde den Kalkulantinnen durchaus individualisierte Anerkennung für zufriedenstellende Leistungen gewährt. Das Instrument derartiger positiver Rückmeldung waren Remunerationen. Von den 52 näher untersuchten Frauen, die im Zeitraum 1883 bis 1887 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufgenommen hatten, haben nur vier während ihrer Dienstzeit keine Remuneration erhalten. Ihnen ist gemeinsam, dass sie insgesamt weniger als ein Jahr in der Postsparkasse beschäftigt waren: die am 14. Februar 1850 in Roth-Kosteletz Böhmen geborene Louise Konsel trat am 1. Januar 1883 ihren Dienst an, beendete ihren Dienst aber bereits am 31. Dezember desselben Jahres²²³. Die am 5. Januar 1868 in Wien geborene Olga Hromas war überhaupt nur elf Tage beschäftigt (vom 18. bis 29. Dezember 1885)²²⁴, die am 14. Oktober 1865 in Wien geborene Gabriele Schwarz trat am 19. März 1885 in die Postsparkasse ein, erkrankte jedoch am 26. Oktober 1885, was zur Einstellung ihres Taggeldes führte und verstarb am 6. November 1885²²⁵. Die am 27. Juli 1865 in Wien geborene Leopoldine Seitz beendete ihre am 1. Januar 1884 begonnenes Beschäftigungsverhältnis am 15. Oktober desselben Jahres²²⁶.

Bei mehr als der Hälfte jener Kalkulantinnen, die in der Gründungsphase eingetreten sind, betragen die Remunerationen während ihrer Dienstzeit maximal 50 Gulden (bei

²²³ Personalbogen Louise Konsel, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Austritt: Akt 3565/1883, Postsparkassenarchiv.

²²⁴ Personalbogen Olga Hromas, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 4237/1885, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 25/1886, Postsparkassenarchiv.

²²⁵ Personalbogen Gabriele Schwarz, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“, Eintritt: Akt 1069/1885, Postsparkassenarchiv; Erkrankung und Taggeldeinstellung: 3519/1885, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 3692/1885, Postsparkassenarchiv.

²²⁶ Personalbogen Leopoldine Seitz, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“, Austritt: Akt 2767/1884, Postsparkassenarchiv.

einem Drittel maximal 25 Gulden). Mehr als ein Fünftel der Frauen konnten im Laufe ihres Dienstverhältnisses zwischen 50 und 125 Gulden an Remunerationen lukrieren, rund 17% mehr als 125 Gulden, eine, nämlich Leopoldine Kummer²²⁷, sogar mehr als 250 Gulden.

Die höchsten Einzelremunerationen von Kalkulantinnen dieser Periode erhielt Leontine von Tomasich²²⁸ (35 bis 50 Gulden), Josefina Polcich²²⁹ wurde am 19. Dezember 1885 eine Remuneration in der Höhe von 30 Gulden gewährt sowie zweimal 25 Gulden.²³⁰ Der am 8. Februar 1856 in Alsó-Kubin (Ungarn) geborene Helene Wseticka wurden in ihrer knapp neunjährigen Dienstzeit insgesamt 110 Gulden an Remunerationen ausbezahlt. Bereits ein halbes Jahr nach ihrem Eintritt am 17. Juli 1883 und noch vor ihrer Definitivstellung am 30. Dezember 1883 erhielt sie am 22. Dezember 1883 eine Remuneration von 15 Gulden, ein Jahr nach ihrem Eintritt weitere 10 Gulden. Am 5. Oktober 1885 wurde sie zur Vorstand-Kalkulantin der Abteilung III c ernannt und erhielt dafür am 19. Dezember 1885 25 Gulden Remuneration und am 22. Dezember 1885 noch einmal 20 Gulden (zusammen mit anderen Kalkulantinnen). In den beiden Folgejahren wurden ihr als Weihnachtsremuneration jeweils 20 Gulden zugesprochen.²³¹

Tabelle 24: Remunerationen nach Eintrittsdatum

Remunerationen	1883-1887	1903-07
keine Remuneration	7,7%	52,6%
bis 50 Kronen (25 Gulden)	36,5%	4,4%
51 bis 100 Kronen (25,5 bis 50 Gulden)	15,4%	28,9%
101 bis 150 Kronen (50,5 bis 75 Gulden)	21,2%	4,4%
151 bis 250 Kronen (75,5 bis 125 Gulden)	1,9%	0,9%
251 bis 500 Kronen (125,5 bis 250 Gulden)	15,4%	0,9%
501 Kronen (250,5 Gulden) und mehr	1,9%	7,9%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Mehr als die Hälfte der in der zweiten Beobachtungsperiode eingetretenen Frauen, erhielten während der Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses keine Remunerationen.

²²⁷ Zu Leopoldine Kummer siehe Kapitel 4.7.2 und Fußnoten 215 und 216.

²²⁸ Zu Leontine von Tomasich siehe Kapitel 4.5 und Fußnoten 130 bis 140; Remunerationen: Fußnote 82.

²²⁹ Zu Josefina Polcich siehe Kapitel 4.6.5 und Fußnote 158.

²³⁰ 30 fl Remuneration: Akt 4163/1885, Postsparkassenarchiv; 25 fl Remuneration: Akt 4264/1886, Akt 4650/1887, Postsparkassenarchiv.

²³¹ Personalbogen Helene Wseticka, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Remunerationen: Akt 3507/1883, Akt 1993/1884, Akt 3567/1885, Akt 4163/1885, Akt 4264/1886, Akt 4680/1887, Postsparkassenarchiv; Ernennung: Reservatsakt 90/1885, Postsparkassenarchiv.

nen. Mit der Einführung der Dienstaltersklassen und der regelmäßigen Vorrückungen wurde dieses Instrument wesentlich sparsamer eingesetzt. Rund ein Drittel der Frauen erhielten im Laufe ihrer Beschäftigung maximal 100 Kronen an Remunerationen, nur rund 14% mehr als 100 Kronen. Neun Kalkulantinnen konnten während ihrer Dienstzeit mehr als 500 Kronen an Remunerationen lukrieren. Dabei handelte es sich jedoch durchwegs um Abfertigungen bei Austritt.

Die höchste Einzelzuwendung erhielt die am 22. April 1888 in Pilsen als Tochter eines Postoffizials geborene Agnes Hable, die am 9. Juni 1906 als Kalkulantin in die Postsparkasse eingetreten war. Ihre Karriere verlief zunächst innerhalb der vorgesehenen Bahnen, bis 1912 war sie in die 4. Dienstaltersklasse aufgestiegen und hatte ab 1907 auch jährlich Urlaube zwischen sieben Tage und vier Wochen Länge bewilligt bekommen. Am 2. März 1913 ging sie zunächst wegen Brechreiz und Kopfschmerzen in den Krankenstand, der mehrfach verlängert wurde. Die mit der Verlängerung der Krankenstände verbundenen ärztlichen Untersuchungen ergaben eine höhergradige Neurasthenie. Nach 129 Krankenstandstagen wurde sie mit 1. Juli 1913 in den dauernden Ruhestand versetzt und die Bezüge mit 31. Juli 1913 eingestellt. Gleichzeitig wurde ihr eine Abfertigung in der Höhe von 2.070 Kronen angewiesen.²³²

4.8. Soziale Absicherung: Urlaube, Geldaushilfen, Altersversorgung

4.8.1. Urlaube

Urlaube waren für Angestellte auf tägliche Kündigung in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts kein automatischer Bestandteil ihres Beschäftigungsverhältnisses. Dies gilt auch für die Kalkulantinnen. Von jenen Kalkulantinnen im Sample, die im Zeitraum 1883 bis 1887 in die Postsparkasse eintraten, konsumierten mehr als ein Drittel während ihrer gesamten Beschäftigung keinen Urlaub, ein Viertel nahm insgesamt nur einen Urlaub. 17,3% der Frauen konnten während ihrer Dienstzeit zwei bis drei Urlaube verbuchen, knapp 12% sechs bis 10 Urlaube. Knapp acht Prozent ver-

²³² Personalbogen Agnes Hable, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 7904/1906, Postsparkassenarchiv; Beförderungen: Akt 27336/1909, Akt 21014/1910, Akt 19872/1912, Postsparkassenarchiv; Krankenstandsverlängerungen und ärztliche Untersuchungen: Akt 4716/1913, Akt 7399/1913, Akt 10441/1913, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den dauernden Ruhestand, BezügeEinstellung und Abfertigung: Akt 12044/1913, Postsparkassenarchiv.

brachten im Laufe ihrer Beschäftigung in der Postsparkasse mehr als 10 Urlaube. Eine davon war die am 6. September 1855 in Neustadtl (Oberkrain) als Tochter eines k.k. Finanzrates geborene Maria Francisca Edlauer.²³³

Tabelle 25: Zahl der Urlaube nach Eintrittsdatum

Zahl der Urlaube gesamt	1883-1887	1903-07
keine Urlaube	36,5%	14,0%
1 Urlaub	25,0%	15,8%
2 bis 3 Urlaube	17,3%	22,8%
4 bis 5 Urlaube	1,9%	12,3%
6 bis 10 Urlaube	11,5%	27,2%
mehr als 10 Urlaube	7,7%	7,9%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Sie trat ihren Dienst als Kalkulantin im II. Expedit der Postsparkasse am 17. Juli 1883 mit einem Taglohn von 1 fl an. Am 23. Juni 1886 trat sie ihren ersten 14-tägigen Urlaub an. Ein Jahr später wurde ihr Gesuch um acht Tage Urlaub abgewiesen, den nächsten Urlaub bekam sie 1890 für 14 Tage bewilligt. 1891 nahm sie drei Tage Urlaub, im Juni 1892 wurden ihr erstmals drei Wochen Urlaub zugestanden. Im Juli 1893 ging sie für zwei Wochen auf Urlaub, ein Jahr später nahm sie 12 Tage Urlaub. Im Juni 1897 wurden erneut drei Wochen Urlaub genehmigt. Am 1. Juni 1898 ging sie für vier Wochen auf Urlaub, kehrte danach zunächst nicht in ihr Dienstverhältnis zurück. Daraufhin wurde ihr Taggeld mit 15. Juli 1898 eingestellt, die Stelle aber bis Ende August 1898 offengehalten. Am 1. September 1898 hatte sie ihren Dienst offenbar wieder angetreten, da ihr ab diesem Datum das Taggeld wieder angewiesen wurde.²³⁴

Trotz dieser offenbar nicht vereinbarten einseitigen „Verlängerung“ ihres Urlaubs wurde Edlauer bereits im nächsten Jahr wieder ein Urlaub von 14 Tagen gewährt. Im Jahr 1900 nahm sie erstmals im Winter Urlaub (6 Tage). Am 23. April 1901 wurde sie dem Department II Buchungsbureau im Checkverkehr zugeteilt, zwei Monate später ging sie wieder für zwei Wochen auf Urlaub. Am 26. Oktober 1891 wurde sie zur

²³³ Personalbogen Maria Francisca Edlauer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²³⁴ Eintritt: Akt 3566/1883, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1886: Akt 2119/1886, Postsparkassenarchiv; Ablehnung Urlaub: Akt 2698/1887, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1890: Akt 1677/1890, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1891: Akt 4195/1891, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1892: Akt 2988/1892, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1893: Akt 4230/1893, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1894: Akt 4007/1894, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1897: 2238/1897, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1898: Akt 3189/1898, Postsparkassenarchiv; Taggeldeinstellung: Akt 4073/1898, Postsparkassenarchiv; Wiederanweisung Taggeld: Akt 5687/1898, Postsparkassenarchiv.

Buchführerin mit einem Jahresbezug von 1.600 Kronen befördert. Am 2. Juni 1902 nahm sie ein letztes Mal 14 Tage Urlaub, ehe sie am 2. August 1902 aus dem Dienst austrat, Der Jahreslohn wurde Ende August eingestellt.²³⁵

Zwanzig Jahre nach der Gründung der Postsparkasse war der Urlaub für den größeren Teil der Kalkulantinnen ein integrativer Bestandteil ihrer Beschäftigungskarriere geworden. Nur 14% der im Sample erfassten Frauen, die zwischen 1903 und 1907 ihren Dienst in der Postsparkasse antraten haben, wiesen während ihres gesamten Dienstverhältnisses keinen Urlaub auf. Rund 16% hatten während ihrer Dienstzeit einmal Urlaub genommen, knapp 23% zwei bis drei Urlaube, rund 12% vier bis fünf Urlaube, mehr als ein Viertel sechs bis zehn Urlaube. Der Anteil jener Frauen dieser Beobachtungsperiode, die mehr als zehn Urlaube aufwiesen, betrug knapp 8%.

Die meisten Urlaube (22) sind für Anna Winter, verheiratete Schrott verzeichnet.²³⁶

Die am 11. August 1889 in Wien als Tochter eines k.k. Postoberoffizials geborene Emma Körner²³⁷ kommt in ihrer mehr als zehnjährigen Dienstzeit in der Postsparkasse insgesamt auf 16 Urlaubsperioden. Am 7. Oktober 1907 trat sie als Kalkulantin mit einem Taglohn von 2 Kronen 50 Heller in die Postsparkasse ein. Die ersten Urlaube, die Emma Körner gewährt wurden, dauerten zwischen drei und acht Tagen und schlossen meist an kurze Krankenstände, die auf unterschiedliche Ursachen (Rachenkatarrh, Zahnschmerzen, Beinhautentzündung) zurückgingen, an.²³⁸

Der erste nicht krankheitsbedingte Urlaub fällt in das Jahr 1912 und dauert 14 Tage, der nächste in das Jahr 1914 (ebenfalls 14 Tage). Im Jahr 1916 werden ihr aufgrund von Blutarmut und Neurasthenie drei Wochen (Erholungs)urlaub gewährt, im Jahr 1917 aufgrund mehrfacher Krankenstände aufgrund von Neurasthenie sogar vier Wochen. Trotz dieser wechselhaften Karriere wird Emma Körner regelmäßig befördert: am 1. Dezember 1909 in die 2. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1.150 Kronen, am 1. November 1911 in die 3. Dienstaltersklasse (Jahreslohn 1.200 Kronen), am 1. November 1913 in die 4. Dienstaltersklasse (Jahreseinkommen 1.250 Kronen), am 1. November 1915 in die 5. Dienstaltersklasse (Jahresbezug 1.500 Kro-

²³⁵ Urlaub 1899: Akt 4928/1899, Postsparkassenarchiv; Zuteilung Department II: Akt 2832/1901, Postsparkassenarchiv; Urlaub 1891: Akt 3910/1901, Postsparkassenarchiv; Ernennung zur Buchführerin: Akt 9446/1901, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 8412/1902, Postsparkassenarchiv.

²³⁶ Siehe Fußnoten 220 und 221.

²³⁷ Personalbogen Emma Körner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²³⁸ Eintritt: Akt 17009/1907, Postsparkassenarchiv; Krankenstände: Akt 7272/1908, Akt 11956/1909, Akt 10111/1910, Akt 24891/1910, Akt 20691/1912, Akt 398/1915, Postsparkassenarchiv.

nen) und am 1. November 1917 (Jahreslohn 1.600 Kronen). Am 16. Mai 1918 wird sie aufgrund hysterischer Neurasthenie in den zeitlichen Ruhestand versetzt, ab 1. Juni 1918 erhält sie eine jährliche Qiescentengebühr von 600 Kronen. Am 9. Oktober 1922 wird sie schließlich in den dauernden Ruhestand versetzt, am 1. Mai 1935 stirbt sie im Alter von 46 Jahren.²³⁹

Dass Urlaube erst im Laufe der Geschichte der Postsparkasse zu einem integralen Bestand von Beschäftigungsverläufen wurden, zeigt sich noch deutlicher, wenn man die Zahl der Urlaube auf die Beschäftigungsdauer standardisiert. Während in der Gründungsphase jeweils 17,3% der untersuchten Kalkulantinnen im Schnitt einen Urlaub innerhalb von drei bzw. von zwei Jahren antreten konnten und nur knapp 27% bis zu einem Urlaub pro Jahr verzeichneten, konnten knapp vier Fünftel der Kalkulantinnen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufgenommen hatten, ihre Urlaube in geringeren Abständen als zwei Jahren antreten, knapp 31% wurde sogar mehr als ein Urlaub pro Jahr gewährt. Mehr als zwei Urlaube pro Jahr konnten in beiden Beobachtungsperioden nur ganz wenige Frauen in Anspruch nehmen.

Tabelle 26: Zahl der Urlaube pro Jahr nach Eintrittsdatum

Zahl der Urlaube pro Jahr	1883-1887	1903-07
keine Urlaube	36,5%	14,0%
ein Urlaub innerhalb von drei Jahren	17,3%	1,8%
ein Urlaub innerhalb von zwei Jahren	17,3%	3,5%
bis zu einem Urlaub pro Jahr	26,9%	49,1%
1 bis zwei Urlaube pro Jahr	0,0%	30,7%
mehr als 2 Urlaube pro Jahr	1,9%	0,9%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Für die in der Gründungsphase der Postsparkasse eingetretenen weiblichen Beschäftigten dauerten die bewilligten Urlaube im Durchschnitt 18,3 Tage, bei den in der Periode 1903 bis 1907 eingestellten Frauen 10,2 Tage. Rund ein Fünftel der Kalkulantinnen aus der ersten Beobachtungsperiode traten Urlaube von maximal sieben Tagen an, rund 27% gingen zwischen sieben und 14 Tagen und rund 24% zwischen 14

²³⁹ Urlaub 1916: Akt 6474/1916, Postsparkassenarchiv; vier Wochen Urlaub: Akt 9668/1917, Postsparkassenarchiv; Beförderungen: Akt 27336/1909, Akt 18767/1911, Akt 20146/1913, Akt 19250/1915, 14053/1917, Postsparkassenarchiv; zeitlicher Ruhestand: Akt 7022/1918, Postsparkassenarchiv; dauernder Ruhestand: Akt 10266/1922, Postsparkassenarchiv, Tod: 5973/1935, Postsparkassenarchiv.

Tage bis 3 Wochen auf Urlaub. Rund jede neunte Kalkulantin, die während ihres Beschäftigungsverhältnisses mindestens einen Urlaub bewilligt bekam, war im Schnitt zwischen drei und vier Wochen auf Urlaub. Urlaube von mehr als vier Wochen wurden rund 12% der Kalkulantinnen, die in der Gründungsphase von der Postsparkasse angestellt wurden, gewährt.

Tabelle 27: Durchschnittliche Dauer der Urlaube nach Eintrittsdatum

Durchschnittliche Dauer der Urlaube	1883-1887	1903-07
bis 7 Tage	21,2%	13,3%
bis 14 Tage	27,3%	79,6%
bis 3 Wochen	24,2%	7,1%
bis 4 Wochen	15,2%	0,0%
mehr als 4 Wochen	12,1%	0,0%
Gesamt	33	98

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Bei jenen Frauen aus dem Sample, die in der zweiten Beobachtungsperiode eingetreten sind, haben im Durchschnitt knapp vier Fünftel Urlaube zwischen ein und zwei Wochen Dauer konsumiert, 7,1% zwischen zwei und drei Wochen. Eine davon war die am 8. Juni 1885 in Wien als Tochter eines k.k. militärischen Rechnungsrates geborene Antonia Kromp, die am 15. April 1904 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufnahm.²⁴⁰ Ihren ersten Urlaub mit einer Dauer von neun Tagen trat sie am 19. Mai 1906 an, noch im selben Jahr wurde ihr ein weiterer, diesmal zehntägiger Urlaub gewährt. Im Jahr 1907 erhielt sie erstmals 14 Tage Urlaub, ein Jahr später ging sie im Mai erneut zwei Wochen auf Urlaub. Im Juli 1908 wurde ihr aufgrund von neurasthenischen Symptomen ein 20-tägiger Krankenstand gewährt. Im September 1909 trat sie einen zweiwöchigen Urlaub an, zehn Monate später wurde ihr ein Urlaub im Ausmaß von vier Wochen bewilligt.²⁴¹

Im Juli 1911 ging die inzwischen in die 4. Dienstaltersklasse beförderte Kromp erneut für zwei Wochen auf Urlaub. Am 12. März 1912 musste sie aufgrund einer Lungenentzündung, die in Tuberkulose mündete, in einen über acht Monate andauernden Krankenstand gehen, aus dem sie mit Anfang Dezember in den zeitlichen Ruhestand mit einem Qiescentengenuss vom 600 Kronen jährlich versetzt wurde. Ihr im Juli 1913 gestelltes Gesuch um Versetzung in den dauernden Ruhestand wurde abge-

²⁴⁰ Personalbogen Antonia Kromp, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²⁴¹ Neurasthenie: Akt 15626/1908, Postsparkassenarchiv; Vier Wochen Urlaub: Akt 14943/1910, Postsparkassenarchiv

lehnt, die Quiescentengebühr mit Ende Oktober 1913 aufgrund ihrer Verhehlung eingestellt.²⁴²

Tabelle 28: Urlaubstage pro Jahr nach Eintrittsdatum

Urlaubstage pro Jahr	1883-1887	1903-07
bis 3 Tage pro Jahr	27,3%	4,1%
bis 7 Tage pro Jahr	33,3%	16,3%
bis 14 Tage pro Jahr	12,1%	63,3%
bis 21 Tage pro Jahr	15,2%	16,3%
mehr als 21 Tage pro Jahr	12,1%	0,0%
Gesamt	33	98

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Bezieht man die Urlaubstage auf die Dauer des Beschäftigungsverhältnis, so nahmen rund 27% der in der Gründungsphase eingetretenen Kalkulantinnen, die während ihrer Dienstzeit mindestens einen Urlaub verzeichneten, höchstens drei Tage pro Jahr Urlaub, ein Drittel zwischen drei und sieben Tagen pro Jahr. Rund 12% dieses Personenkreises konnten pro Jahr zwischen sieben und 14 Tage machen, rund 15% zwischen 14 und 21 Tagen Urlaub pro Jahr in Anspruch nehmen. 12,1% der Kalkulantinnen mit mindestens einem Urlaub waren mehr als 21 Tage pro Jahr auf Urlaub. Eine davon war die am 4. Mai 1867 in Wien geborene Johanna Beck. Sie wurde am 11. Februar 1887 als Kalkulantin im Gegenscheinbüro eingestellt, bereits im August desselben Jahres wurde ihr ein Monat Urlaub gewährt. Ein Jahr später wurden ihr erneut vier Wochen Urlaub sowie eine 14-tägige Urlaubsverlängerung gewährt. Trotzdem verließ sie im Sommer 1889 die Postsparkasse.²⁴³

Fast 80% jener Frauen, die ihr Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse zwischen 1903 und 1907 aufnahmen, konnten mehr als eine Woche Urlaub pro Jahr in Anspruch nehmen, rund 16% sogar mehr als zwei Wochen. Ein Fünftel der Kalkulantinnen der zweiten Beobachtungsperiode, die mindestens einen Urlaub zu verzeichnen hatten, waren maximal eine Woche pro Jahr auf Urlaub.

²⁴² Beförderung: Akt 7280/1911, Postsparkassenarchiv; Krankenstand, Lungenentzündung, Tuberkulose: Akt 5274/1912, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den zeitlichen Ruhestand: 19855/1912, Postsparkassenarchiv; Gesuch um Versetzung in den dauernden Ruhestand: Akt 12315/1913, Postsparkassenarchiv; Verhehlung und Einstellung der Quiescentengebühr: Akt 18462/1913, Postsparkassenarchiv.

²⁴³ Personalbogen Johanna Beck, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; 1 Monat Urlaub: Akt 4650/1887, Postsparkassenarchiv; vier Wochen Urlaub 1888: Akt 2192/1888, Postsparkassenarchiv; Verlängerung: Akt 2721/1888, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 2634/1889, Postsparkassenarchiv.

4.8.2. Geldaushilfen

Der Taglohn für Kalkulantinnen war grundsätzlich so bemessen, dass die Frauen davon nur ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können sollten. Um ihre Ausgaben niedrig zu halten, wohnten mehr als die Hälfte der Frauen nicht allein, sondern bei Eltern, Verwandten oder in Untermiete²⁴⁴. Dennoch kam es gelegentlich vor, dass Kalkulantinnen aufgrund von Krankheit oder anderen unvorhergesehenen Ereignissen in Geldnot gerieten. In diesen Fällen sah die Postsparkasse zwei Möglichkeiten der Unterstützung und Überbrückungshilfe vor: Sie konnten den Kalkulantinnen (nicht rückzahlbare) Geldaushilfen oder einen Vorschuss auf zukünftiges Taggeld gewähren.

Tabelle 29: Geldaushilfen nach Eintrittsdatum

Geldaushilfen	1883-1887	1903-07
bis 50 Kronen (25 Gulden)	13,5%	0,9%
51 bis 100 Kronen (25 bis 50 Gulden)	7,7%	9,6%
101 bis 250 Kronen (50 bis 125 Gulden)	1,9%	0,9%
251 bis 500 Kronen (125 bis 250 Gulden)	3,8%	0,9%
501 Kronen (250 Gulden) und mehr	1,9%	0,0%
keine Geldaushilfen	71,2%	86,8%
Gesamtergebnis	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Mehr als 70% der Frauen, die zwischen 1883 und 1887 ihren Dienst in der Postsparkasse antraten, und fast 87% der Frauen die zwischen 1903 und 1907 ihr Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse aufnahmen, mussten keine Geldaushilfen in Anspruch nehmen. Mehr als zwei Drittel jener Frauen, die in der Gründungsphase eingetreten waren und eine Geldaushilfe erhielten, wurden insgesamt mit maximal 50 fl unterstützt, nur eine Frau erhielt in Summe mehr als 250 Gulden als Unterstützung: Maria Boufflet.²⁴⁵ Im Zuge ihrer vielfachen Krankenstände wurden ihr viermal 20 fl Geldaushilfe zugestanden, einmal 25 fl und zweimal 60 fl, einmal wurde ihr ein Vorschuss in der Höhe von 60 fl gewährt.²⁴⁶

Von den in Periode 1903 bis 1907 eingestellten Kalkulantinnen mussten 15 Geldaushilfen oder Vorschüsse in Anspruch nehmen, zwei von Ihnen mehr als 100 Kronen. Die am 3. März 1884 in Wien als Tochter eines Oberlandesgerichts-Rechnungs-

²⁴⁴ Siehe Kapitel 4.6.2.

²⁴⁵ Zu Maria Boufflet siehe Kapitel 4.7.1. und Fußnote 206 sowie Kapitel 4.7.2 und Fußnote 213.

²⁴⁶ Geldaushilfen: Akt 3614/1893, Akt 4552/1893, Akt 937/1896, Akt 6014/1897, Akt 633/1899, Postsparkassenarchiv; Vorschuss: Akt 796/1893, Postsparkassenarchiv

Assistenten geborene Henriette Formentini war am 8. April 1903 in das Postsparkassenamt eingetreten und ging am 14. Januar 1907 in Krankenstand, die ärztliche Untersuchung ergab eine hochgradige Neurasthenie. Ihr Krankenstand wurde mehrfach verlängert und dauerte beinahe ein halbes Jahr. Im Zuge ihres Austritts wurde ihr eine Geldaushilfe in der Höhe von 400 Kronen gewährt (zu diesem Zeitpunkt hatte sie noch keinen Anspruch auf Abfertigung oder Ruhegenuss erworben).²⁴⁷

Martha Kovacic wurde am 10. April 1884 in Rohitsch (Steiermark) als Tochter eines k.k. Steueramtskontrollors geboren und trat am 7. April 1906 als Kalkulantin in die Postsparkasse ein, wo sie bis zur 5. Dienstaltersklasse aufstieg. Ab 1911 litt sie immer wieder an Kopfschmerzen und Schwindelanfällen und war mehrmals (teilweise lange) im Krankenstand. Am 15. Juni 1914 wurde ihr eine einmalige Zuwendung in der Höhe von 62 Kronen und 50 Hellern gewährt. Am 26. April 1915 wurde eine hochgradige Nervenschwäche festgestellt und Kovacic in den Krankenstand versetzt. Am 4. November 1915 wurde sie in den zeitlichen Ruhestand versetzt, die Bezüge mit Ende November 1915 eingestellt und ihr ab 1. Dezember 1915 ein Qiescentengenuss in der Höhe von 600 Kronen pro Jahr zugewiesen. In den folgenden zwei Jahren suchte Martha Kovacic mehrfach um Belassung der Aktivbezüge an, diese Ansuchen wurden jedes Mal abgewiesen. Am 10. März 1917 wurde ihr eine einmalige Aushilfe für das Jahr 1916 in der Höhe von 120 Kronen bewilligt.²⁴⁸

4.9. Krankenstände, Krankheiten und Todesfälle

4.9.1. Krankenstände

Krankenstände stellen zumeist unfreiwillige Unterbrechungen von Erwerbskarrieren dar. Fehlt eine entsprechende arbeits- oder sozialrechtliche Absicherung für den Krankheitsfall, so gefährden Krankenstände das aufrechte Beschäftigungsverhältnis und tragen das Risiko von Verlust des Arbeitsplatzes in sich. Dies gilt umso mehr für

²⁴⁷ Personalbogen Henriette Formentini, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 2385/1903, Postsparkassenarchiv; Krankenstand und Verlängerungen: Akt 1492/1907, Akt 3491/1907, Akt 6939/1907, Akt 7749/1907, Akt 12319/1907, Postsparkassenarchiv; Geldaushilfe: 12339/1907, Postsparkassenarchiv.

²⁴⁸ Personalbogen Martha Kovacic, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 5873/1906, Postsparkassenarchiv; Beförderungen: Akt 27336/1909, Akt 8671/1910, Akt 8671/1912, Akt 8071/1912, Postsparkassenarchiv; Krankenstände: Akt 6261/1912, Akt 12774/1912, Akt 14888/1912, Postsparkassenarchiv; einmalige Zuwendung: Akt 11512/1914, Postsparkassenarchiv; hochgradige Nervenschwäche und Austritt: Akt 19322/1915, Postsparkassenarchiv; Ansuchen um Belassung der Aktivbezüge: Akt 21681/1915, Akt 4993/1916, Akt 7179/1916, Akt 8986/1916, Akt 506/1917, Postsparkassenarchiv; einmalige Aushilfe 120 Kronen: Akt 1763/1917, Postsparkassenarchiv.

Beschäftigungsverhältnisse, die auf Tageslohnbasis vereinbart werden, wie dies bei den Hilfsbeamten und den Kalkulantinnen in der österreichischen Postsparkasse (zumindest in der Gründungsphase) der Fall war.

Die Zahl der Krankenstände von Beschäftigten eines Unternehmens lässt daher einerseits Schlüsse auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Personen zu, ist aber gleichzeitig auch Ausdruck der arbeits- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen von Beschäftigungsverhältnissen. Dies lässt sich am Beispiel der beiden untersuchten Kohorten von Kalkulantinnen der Postsparkasse zeigen.

Von den in der Gründungsphase aufgenommenen Kalkulantinnen verzeichnete ein Viertel während ihrer gesamten Beschäftigungsverhältnisse keine Krankenstände, von den in der Periode 1903 bis 1907 eingetretenen Frauen dagegen nur 4,4%, obwohl die Arbeitsbedingungen sowohl in Bezug auf die Arbeitszeiten als auch auf die hygienischen Verhältnisse und die sanitären Einrichtungen in der späteren Periode wesentlich besser waren als in der Gründungsphase. Das „alte Haus“ in der Postgasse verfügte über nur unzureichende Beleuchtungsanlagen, die Arbeitsräume waren nicht ausreichend belüft- und beheizbar, im Sommer entwickelte sich vor allem in den unter dem Dach liegenden Arbeitsräumen eine oft unerträgliche Hitze. Im Laufe der Jahre wurden die Arbeitsbedingungen durch die aufgrund des stark steigenden Arbeitsanfalles erhöhten Beschäftigungsstände zusätzlich erschwert.

Tabelle 30: Zahl der Krankenstände je Beschäftigungsverhältnis nach Eintrittsdatum

Zahl der Krankenstände gesamt	1883-1887	1903-07
keine Krankenstände	25,0%	4,4%
1 Krankenstand	9,6%	7,0%
2 bis 5 Krankenstände	21,2%	22,8%
6 bis 10 Krankenstände	19,2%	28,1%
11 bis 20 Krankenstände	7,7%	30,7%
mehr als 20 Krankenstände	17,3%	7,0%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Die im Zeitraum 1903 bis 1907 eingetretenen Kalkulantinnen verbrachten den größeren Teil ihrer Beschäftigungsverhältnisse dagegen im von Otto Wagner erbauten „neuen Haus“, das sowohl in Bezug auf die Raumgrößen, die Lichtsituation als auch in Bezug auf Beleuchtung, Belüftung und Heizung als vorbildlich galt. Die Zahl der Krankenstände je Beschäftigungsverhältnis drückt daher nicht primär den Einfluss der Arbeitsbedingungen auf den Gesundheitszustand der MitarbeiterInnen aus, son-

dem spiegelt auch die unterschiedlich ausgeprägte Angst vor dem Arbeitsplatzverlust.

Darüber hinaus wurde in der Gründungsphase im Falle von krankheitsbedingten Absenzen viel häufiger die Taggeldzahlung eingestellt als in späteren Perioden.

Knapp jede zehnte Frau der ersten Kohorte und 7% der zweiten Kohorte waren während ihrer gesamten Beschäftigungsdauer einmal im Krankenstand, jeweils mehr als ein Fünftel der untersuchten Frauen beider Beobachtungszeiträume verzeichneten zwischen zwei und fünf Krankenstände. Ein Fünftel der Frauen, die in der Gründungsphase ihre Beschäftigung aufgenommen hatten, aber über 28% der Frauen, die zwischen 1903 und 1907 eingetreten waren, war zwischen sechs und zehnmal im Laufe ihres Beschäftigungsverhältnisses im Krankenstand. Rund 38% der in der zweiten Periode eingestellten Frauen, aber nur ein Viertel der in der Gründungsphase aufgenommenen Frauen wiesen mehr als zehn Krankenstände auf, wobei der Anteil der Frauen mit mehr als 20 Krankenständen bei den in der ersten Phase eingestellten Frauen über 17% betrug (im Vergleich zu 7% bei den Frauen, die in der zweiten Beobachtungsperiode aufgenommen wurden).

Dieser Befund wiederum lässt den Schluss zu, dass auch Frauen, die viele Krankenstände verzeichneten, nicht automatisch frühzeitig aus dem Dienst entlassen wurden. Als Beispiel dafür mag die am 6. Oktober 1859 als Tochter eines Bezirksrichters in Znaim geborene Maria Fröhlich dienen. Sie trat am 9. Februar 1887 in die Postsparkasse ein und war bis zu ihrem Austritt am 18. August 1897 insgesamt 89-mal im Krankenstand, also mehr als neunmal pro Jahr. Die meisten dieser Krankenstände dauerten nur wenige Tage (im Schnitt 3,5 Tage), der längste Krankenstand währte 97 Tage. Dennoch brachte sie es in 9,5 Jahren auf 312 Krankenstandstage. Dies entspricht 9% der gesamten Beschäftigungsdauer²⁴⁹.

Tabelle 31: Zahl der Krankenstände pro Jahr nach Eintrittsdatum

Krankenstände pro Jahr	1883-1887	1903-07
keine Krankenstände	25,0%	4,4%
bis zu einem Krankenstand pro Jahr	36,5%	10,5%
1 bis 2 Krankenstände pro Jahr	9,6%	28,9%
2 bis 3 Krankenstände pro Jahr	11,5%	25,4%
3 bis 5 Krankenstände pro Jahr	9,6%	19,3%
mehr als 5 Krankenstände pro Jahr	7,7%	11,4%
Gesamt	52	114

²⁴⁹ Personalbogen Maria Fröhlich, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Austritt: Akt 4652/1897, Postsparkassenarchiv; 97 Tage Krankenstand: 3568/1893, Postsparkassenarchiv.

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen
Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Ein Drittel der in der Gründungsphase der Postsparkasse aufgenommenen Frauen hatten maximal einen Krankenstand pro Jahr, jede zehnte Frau ein bis zwei Krankenstände, jede neunte Person zwei bis drei Krankenstände pro Jahr. Rund 17% dieser Kohorte verzeichnete mehr als drei Krankenstände pro Beschäftigungsjahr, rund 8% davon mehr als fünf Krankenstände. In der Vergleichskohorte der im Zeitraum 1903 bis 1907 eingetretenen Frauen war rund jede zehnte Frau maximal einmal im Jahr krank, 29% ein- bis zweimal, ein Viertel zwei- bis dreimal. Rund ein Fünftel der zweiten Kohorte verzeichnete drei bis fünf Krankenstände pro Jahr, rund jede neunte Frau jährlich mehr als fünf Krankenstände.

Eine davon war die am 15. Januar 1885 als Tochter eines Majors in Wien geborene Margarete Wolf, die am 21. Oktober 1904 als Kalkulantin mit einem Taglohn von zwei Kronen eingestellt wurde. Bis zu ihrem Austritt am 30. April 1906 war sie insgesamt 13-mal im Krankenstand, also rund 8,5mal pro Beschäftigungsjahr. Innerhalb von 556 Beschäftigungstagen war sie 145 Tage krank, also mehr als ein Viertel ihrer Beschäftigungsdauer. Der erste Krankenstand begann bereits rund drei Wochen nach ihrem Eintritt und dauerte 14 Tage, zwischen den einzelnen Krankenständen vergingen selten mehr als zwei Monate. Am 23. Januar 1906 trat sie erneut in Krankenstand, diesmal für 97 Tage, nachdem bereits am 11. Januar 1906 die Wiener Rettungsgesellschaft zu einem Einsatz in die Postsparkasse gerufen worden war. Im Rahmen der ärztlichen Untersuchung am 30. Januar 1906 wurde eine hochgradige Neurasthenie und Blutarmut diagnostiziert. Bis zu ihrem Austritt wurde ihr das Taggeld belassen, im Zuge des Austritts erhielt sie eine Remuneration in der Höhe von 60 Kronen.²⁵⁰

Bezieht man die Zahl der Krankenstandstage auf die Beschäftigungsdauer, so waren von jenen Frauen, die zwischen 1883 und 1887 als Beschäftigte in die Postsparkasse aufgenommen wurden, jeweils rund 19% weniger als ein Prozent bzw. ein bis zwei Prozent ihrer Beschäftigungstage im Krankenstand. Etwas mehr als ein Fünftel verbrachte zwischen zwei und fünf Prozent ihrer Dienstzeit im Krankenstand, bei

²⁵⁰ Personalbogen Margarete Wolf, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 15200/1904, Postsparkassenarchiv; erster Krankenstand: Akt 17530/1904, Postsparkassenarchiv; Einsatz Rettungsgesellschaft: Akt 1416/1906, Postsparkassenarchiv; 97 Tage Krankenstand, ärztliche Untersuchung und Diagnose: Akt 2756/1906, Postsparkassenarchiv; Dauer des Krankenstandes: Akt 5343/1906, Postsparkassenarchiv; Austritt, Einstellung des Taggeldes und Remuneration: Akt 7878/1906, Postsparkassenarchiv.

rund jeder zehnten Frau dieser Kohorte betrug der Anteil der Krankenstandstagen an allen Beschäftigungstagen zwischen fünf und zehn Prozent, bei knapp 6% mehr als zehn Prozent.

Tabelle 32: Anteil der Krankenstandstage an der Beschäftigungsdauer nach Eintrittsdatum

Anteil Krankenstände an Beschäftigungstagen	1883-1887	1903-07
keine Krankenstände	25,0%	4,4%
bis unter 1%	19,2%	10,5%
1 bis unter 2%	19,2%	10,5%
2 bis unter 5%	21,2%	30,7%
5 bis unter 10%	9,6%	22,8%
10% und mehr	5,8%	21,1%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Bei jenen Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufgenommen hatten, ist der Anteil jener Frauen, deren Krankenstände einen höheren Anteil an ihren Beschäftigungstagen aufweisen, deutlich über dem jener Frauen, die in der Gründungsperiode aufgenommen wurden. Rund 44% aller Frauen der zweiten Kohorte waren mehr als fünf Prozent ihrer Beschäftigungsdauer im Krankenstand, knapp 31% zwischen zwei und fünf Prozent.

Die meisten Krankenstandstage dieser Kohorte hatte Wilhelmine Herzig zu verzeichnen. Sie wurde am 17. Mai 1889 in Hollabrunn als Tochter eines „Gemeinsekretärs“ geboren und trat am 6. Juni 1907 als Kalkulantin mit einer Einstiegsentlohnung von 2 Kronen 50 Heller in die Postsparkasse ein. Zunächst dauerten ihre Krankenstände nur kurz (der erste Krankenstandstag erfolgte bereits ein Monat nach ihrem Eintritt) und beruhten auf eher leichten Erkrankungen: zwei Tage wegen Erbrechens, drei Tage wegen Influenza, zwei Tage wegen eines Katarrhs. Am 2. Januar 1909 wurde sie nach einer ärztlichen Untersuchung wegen eines Ausschlags bis 1. Februar 1909 krankgeschrieben. Bereits am 6. Februar 1909 wurde sie wegen eines Gesichtsekzems bis 28. Februar 1909 erneut in Krankenstand geschickt, nach einer weiteren ärztlichen Untersuchung am 1. März 1909 wurde der Krankenstand bis 14. März 1909 verlängert. Offenbar konnte das Ekzem nicht ausgeheilt werden, da Wilhelmine Herzig am 15. April 1909 neuerlich wegen des Gesichtsekzems in den Krankenstand versetzt wurde, der achtmal verlängert wurde. Während der gesamten Zeit wurde ihr das Taggeld belassen. Die letzte ärztliche Untersuchung fand am 26. November 1909 statt und der Krankenstand wurde bis 1. Januar 1910 verlängert. Trotz dieser langen Erkrankung wurde Wilhelmine Herzig mit 1. Dezember 1909 in die 2. Dienst-

altersklasse befördert und ihr Jahresbezug mit 1.150 Kronen festgelegt. Am 17. Januar 1910 erfolgte schließlich die Versetzung in den zeitlichen Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen, die Bezüge wurde mit Ende Januar eingestellt und eine Abfertigung aus 945 Kronen ausbezahlt. Am 6. April 1910 wurde sie aufgefordert, die noch aushaftende Dienstverleihungsgebühr in der Höhe von 60 Kronen 40 Heller zu entrichten.²⁵¹

Am 21. August 1915 wurde Wilhelmine Herzig neuerlich von Amts wegen untersucht, offenbar, weil ihre Reaktivierung als Ersatzkraft für männliche Hilfsbeamte, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, in Erwägung gezogen wurde. Diese Untersuchung ergab, dass das Gesichtsekzem nach wie vor einen Diensteinsatz verhinderte. Sie wurde daher mit Wirkung vom 26. August 1915 in den dauernden Ruhestand versetzt.²⁵²

4.9.2. Krankenstandsgründe

In den Personalbögen sind neben der Dauer der Krankenstände zumeist auch die Ursachen für die Krankenstände erfasst (lediglich in den ersten Jahren nach der Gründung wurden die Krankenstandsgründe nur cursorisch erfasst). Vor allem bei längeren Krankenständen sind die Gründe für die krankheitsbedingte Absenz fast durchwegs erfasst, als Ergänzung können zudem die amtsärztlichen Protokolle (die allerdings nicht für alle Jahre vollständig vorhanden sind) herangezogen werden.

Für die Kohorte der ersten Untersuchungsperiode sind für 38 Krankenstände von 20 Personen Angaben zu den Krankenstandsgründen vorhanden, für jene Frauen, die in der zweiten Periode in die Postsparkasse eingetreten sind, liegen für 662 Krankenstandsfälle von 447 Personen Informationen zu den Erkrankungen vor (Personen, für

²⁵¹ Personalbogen Wilhelmine Herzig, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt und Eintrittsbezug: Akt 7577/1907, Postsparkassenarchiv; erste Krankenstände: Akt 2611/1908, Postsparkassenarchiv; ärztliche Untersuchung 2.1.1909, Ursache und Taggeldbelassung: Akt 1555/1909, Postsparkassenarchiv; Krankenstand wegen Gesichtsekzem: Akt 3396/1909, Postsparkassenarchiv; Krankenstandsverlängerung: Akt 5275/1909, Postsparkassenarchiv; neuerliche Untersuchung und Krankenstand wegen Gesichtsekzem: Akt 9906/1909, Postsparkassenarchiv; mehrfache Verlängerungen bei Taggeldbelassung: Akt 11679/1909, Akt 13636/1909, Akt 15634/1909, Akt 18203/1909, Akt 19887/1909, Akt 21622/1909, Akt 23680/1909, Postsparkassenarchiv; letzte Verlängerung bis 1.1.1910: Akt 27191/1909, Postsparkassenarchiv; Beförderung und Jahresbezug: Akt 27336/1909, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den zeitlichen Ruhestand, Taggeldeinstellung und Abfertigung: Akt 761/1910, Postsparkassenarchiv; aushaftende Dienstverleihungsgebühr: Akt 7552/1910, Postsparkassenarchiv.

²⁵² Neuerliche Untersuchung, Versetzung in den dauernden Ruhestand: Akt 16297/1915, Postsparkassenarchiv.

die im Laufe ihrer Beschäftigungskarriere unterschiedliche Krankenstandsgründe dokumentiert sind, wurden mehrfach gezählt).

Bei den Krankenständen jener Personen, die in der Gründungsphase der Postsparkasse eingetreten sind, stellen „Frauenleiden“ mit knapp 29% die häufigste Ursache. Darunter fallen auch Absenzen aufgrund von „Unwohlsein“, einer Umschreibung von Menstruationsbeschwerden. An zweiter Stelle stehen mit über 18% aller Fälle Erkrankungen der Atemwege und der Lunge (Bronchitis, Husten, Halsschmerzen), gefolgt von Erkrankungen des Verdauungsapparates (Magenschmerzen, Magenkatarrh) mit knapp 16% sowie Augenerkrankungen (Augenentzündung, Bindehautkatarrh) und Erkältungen bzw. Infekten mit je 10,5%.

Tabelle 33: Krankenstandsgründe nach Eintrittsdatum

Krankstandsgründe nach Gruppen	1883-1887		1903-1907	
	Personen	Anzahl	Personen	Anzahl
Augenerkrankungen	20,0%	10,5%	1,8%	1,6%
Ohrenerkrankungen	0,0%	0,0%	0,9%	0,6%
Zahnerkrankungen	5,0%	2,6%	3,1%	2,3%
Erkrankungen des Gehirns, Kopfschmerzen	0,0%	0,0%	5,8%	9,6%
Erkrankungen des Gesichts	0,0%	0,0%	0,2%	0,2%
Erkrankungen der Nase und des Mundraums	0,0%	0,0%	1,8%	1,8%
Erkrankungen der Atemwege und der Lunge	20,0%	18,4%	15,7%	16,2%
Erkrankungen des Verdauungsapparates	10,0%	15,8%	13,0%	12,4%
Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems	0,0%	0,0%	2,0%	1,9%
Erkrankungen des Blutes und der Blutgefäße	0,0%	0,0%	4,3%	3,5%
Erkrankungen des Bewegungsapparates	5,0%	2,6%	3,8%	3,1%
Erkrankungen der Niere und des Urogenitalsystems	5,0%	2,6%	0,7%	0,5%
Frauenleiden	10,0%	28,9%	8,1%	10,3%
Erkältungen, Infekte	10,0%	10,5%	12,1%	10,3%
Verletzungen, Unfälle	0,0%	0,0%	2,2%	1,6%
Hauterkrankungen	5,0%	2,6%	1,8%	1,8%
Nerven- und psychische Erkrankungen	0,0%	0,0%	9,8%	10,3%
rheumatische Beschwerden	5,0%	2,6%	1,3%	1,1%
sonstige Erkrankungen	5,0%	2,6%	1,8%	1,3%
Familiäre Angelegenheiten	0,0%	0,0%	3,8%	4,8%
Todesfall in der Familie	0,0%	0,0%	4,0%	3,2%
Übersiedlung	0,0%	0,0%	1,8%	1,4%
unerlaubtes Fernbleiben	0,0%	0,0%	0,2%	0,2%
Gesamt	20	38	447	622

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Bei den Frauen, die in der Periode 1903 bis 1907 in die Postsparkasse eingetreten waren, standen Erkrankungen der Atemwege und der Lunge an erster Stelle der Krankheitsgründe: neben Halsentzündungen (43-mal), Bronchialkatarrh und Bronchitis (30-mal) und Lungen(spitzen)entzündung (17-mal) wurden auch Angina (dreimal), Husten und Rippenfellentzündung (zweimal), Tuberkulose, Kehlkopfkatarrh und Luft-

röhrenentzündung angegeben. Die zweithäufigste Ursache für Krankenstände waren Erkrankungen des Verdauungsapparates (Magenschmerzen, Blinddarmentzündungen und -reizungen, Darmreizungen, -katarrhe und -koliken, Diarrhoe, Erbrechen, Gallenkoliken und einmal Gelbsucht), gefolgt von Frauenleiden, Erkältungen und Infekten sowie Nerven- und psychischen Erkrankungen (jeweils rund 10%), darunter allein 38 Krankenstände aufgrund von Neurasthenie. Dieses Krankheitsbild, das sich durch die Symptome Ermüdung, Kopfschmerzen, Ängstlichkeit, Neuralgien, Konzentrationsstörungen, Melancholie zeigt, ist heute durch die erst später beschriebenen Krankheitsbilder Depression und Burnout verdrängt worden bzw. in diesen aufgegangen. Kurz nach der Jahrhundertwende stellte die Neurasthenie – nicht zuletzt durch die Arbeiten von Sigmund Freud – eine weitverbreitete Diagnose bei Frauen dar, u.a. deswegen, weil sie als Folge von durch die herrschende Sexualmoral hervorgerufenen psychischen Störungen auftrat.²⁵³

Ein weiteres Zehntel aller Krankenstände betraf Erkrankungen des Gehirns und Kopfschmerzen. Erkrankungen des Blutes (v.a. Blutarmut) und Erkrankungen des Bewegungsapparates (v.a. Fußerkrankungen und Beinhautentzündungen) rangierten noch vor einer der häufigsten Krankheitsgruppen des ausgehenden 20. Jahrhunderts, den Herz- und Kreislauferkrankungen.

Neben den eigentlichen Erkrankungen wurden auch Absenzen aus anderen Gründen unter der Rubrik „Krankenstände“ verbucht: dreißigmal wurden „Familiäre Angelegenheiten“ (wie etwa Erkrankungen von mitwohnenden Familienangehörigen), zwanzigmal ein Todesfall in der Familie und achtmal „Übersiedlung“ als Begründung für die Absenz angegeben.

Einige der Kalkulantinnen wiesen im Laufe ihrer Beschäftigungskarriere wiederkehrende Krankenstände mit denselben Krankheitsursachen auf. Die am 5. Oktober 1884 als Tochter eines k.k. Steueramts-Kontrollors in Rohitsch (Steiermark) geborene Martha Kovacic, die am 7. Juni 1906 in der Postsparkasse eine Anstellung gefun-

²⁵³ Beschreibung der Neurasthenie: Krankheitsbild Neurasthenie - Der Burnout des frühen 20. Jahrhunderts. auf Spiegel Online (einestages) am 21. März 2014. Zur Geschichte der Neurasthenie siehe: Wolfgang Eckart: Die wachsende Nervosität unserer Zeit. Medizin und Kultur um 1900 am Beispiel einer Modekrankheit. In: Gangolf Hübinger, Rüdiger vom Bruch, Friedrich Wilhelm Graf (Hrsg.): Kultur und Kulturwissenschaften um 1900. Band II: Idealismus und Positivismus. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1997, S. 207 ff. Sigmund Freud: Über die Berechtigung, von der Neurasthenie einen bestimmten Symptomenkomplex als »Angstneurose« abzutrennen. 3. Auflage. [1895 b] In: Gesammelte Werke. Band I (Studien über Hysterie - Frühe Schriften zur Neurosenlehre), S. Fischer, Frankfurt am Main 1953.

den hatte, musste mehrfach wegen starker Kopfschmerzen dem Dienst fernbleiben.²⁵⁴ Die am 8.3.1886 als Tochter eines k.k. Revisors in Wien geborene Karoline Reif, die ihr Dienstverhältnis in der Postsparkasse angetreten hatte, war im Laufe ihrer knapp sechsjährigen Dienstzeit insgesamt über 100 Tage aufgrund von Lungenerkrankungen (Lungenkatarrh, Lungenspitzenkatarrh, Lungenentzündung, Bronchialkatarrh) in Krankenstand.²⁵⁵ Paula Edle von Kotie, geboren am 25. März 1884 als Tochter eines k.u.k. Rechnungsrat in Wien, litt in ihrer rund fünfjährigen Dienstzeit (Eintritt am 4. Juli 1905, Austritt am 24. Juni 1910) wiederholt an Unwohlsein,²⁵⁶ auch die am 30. Mai 1885 als Tochter eines Fabriksbediensteten in Wien geborene Ludmilla Mikolaschek musste während ihrer Dienstzeit zwischen dem 4. Januar 1907 und dem 13. Januar 1915 aufgrund von Menstruationsbeschwerden mehrmals dem Dienst fernbleiben.²⁵⁷

Die Personalbögen anderer Kalkulantinnen weisen dagegen eine Vielzahl von höchst unterschiedlichen Erkrankungen auf. Als Beispiel mag der Beschäftigungsverlauf der am 25. August 1884 in Wien geborenen Beamtentochter Marie Freiin Zinn von Zinnenburg dienen. Sie trat am 6. Juni 1903 in die Dienste der Postsparkasse und war bis zu ihrem endgültigen Austritt am 3. März 1922 insgesamt 52-mal im Krankenstand. Das Spektrum ihrer Erkrankungen reicht von Kopfschmerzen, Unwohlsein, Verkühlungen, Blutarmut, Beinhautentzündung, Ohrenscherzen, Augenschmerzen, Bauchkrämpfen, verdorbenem Magen, bis zu hochgradiger Nervenschwäche, die zu ihrer Versetzung in den zeitlichen Ruhestand am 21. September 1915 führte. Zu diesem Zeitpunkt war sie bereits in die 6. Dienstaltersklasse mit einem Jahresgehalt von 1.450 Kronen aufgestiegen. Am 3. Mai 1918 wurde sie als Kalkulantin reaktiviert, am 24. Juli 1918 aber wieder in den zeitlichen Ruhestand versetzt. Mit Wirkung vom 3. März 1922 wurde dieser in einen dauernden Ruhestand umgewandelt.²⁵⁸

²⁵⁴ Personalbogen Martha Kovacic, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 5873/1906, Postsparkassenarchiv.

²⁵⁵ Personalbogen Karoline Reif, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 11301/1905, Postsparkassenarchiv; Krankenstände: Akt 22480/1908, Akt 7277/1909, Akt 18904/1912, Akt 22007/1912, Postsparkassenarchiv.

²⁵⁶ Personalbogen Paula Edle von Kotie, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 10422/1905, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 13288/1910, Postsparkassenarchiv.

²⁵⁷ Personalbogen Ludmilla Mikolaschek, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 19470/1906, Postsparkassenarchiv; Austritt: Akt 803/1913, Postsparkassenarchiv; Krankenstände: Akt 16462/1910, Akt 15153/1915, Postsparkassenarchiv.

²⁵⁸ Personalbogen Marie Freiin Zinn von Zinnenburg, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 4635/1903, Postsparkassenarchiv; Krankenstände und zeitlicher Ruhestand: Akt 5342/1908, Akt 9118/1908, Akt 2242/1914; Akt 16366/1915, Akt 11379/1918, Postsparkassenarchiv; 6. Dienstaltersklasse und Bezug; Akt 20146/1913, Postsparkassenarchiv; Reaktivierung: Akt

Nicht immer wurden die von den Kalkulantinnen angegebenen Krankenstandsgründe von den Vorgesetzten zunächst für bare Münze genommen. So erging es etwa der am 28. Oktober 1876 in Josefsstadt (Böhmen) als Tochter eines k.u.k. Oberst-Leutnant geborenen Melanie Herget, die am 20. Oktober 1904 ihr Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse aufnahm. Als sie sich am 3. Februar 1906 krankmeldete, vermerkte der zuständige Vorgesetzte im Personalbogen als Ursache der Absenz „angeblich Darmkatarrh“. Ihr Beschäftigungsverlauf zeigt jedoch, dass sie in der Folge immer wieder an Erkrankungen des Verdauungsapparates litt. Bis zu ihrem Austritt am 14. August 1911 verzeichnete sie mehrere Krankenstände aufgrund von Magenschmerzen und Gallenkoliken. Der letzte Krankenstand dauerte über 100 Tage und führte zur Versetzung in den zeitlichen Ruhestand mit einem Ruhegenuss von 600 Kronen. Am 22. August 1916 erfolgte die Überführung in den dauernden Ruhestand, am 20. Januar 1923 verstarb sie im Alter von 47 Jahren.²⁵⁹

Kalkulantinnen, die ihre Erkrankung bzw. den Krankheitsgrund nicht sofort meldeten, mussten mit disziplinären Maßnahmen rechnen, wie etwa Olga Sertič. Am 29. August 1888 in Budapest geboren, trat die Tochter eines Verkehrs-Kontrollors der Eisenbahn Wien-Aspang am 18. März 1907 ihren Dienst im Postsparkassenamt mit einem Taggeld von 2 Kronen an. Ihr Dienstverhältnis verlief zunächst unspektakulär, ihr Taggeld wurde relativ rasch in mehreren Stufen auf 2 Kronen 75 Heller erhöht. Am 1. Dezember 1909 wurde sie in die 2. Dienstaltersklasse mit einem Jahresbezug von 1300 Kronen befördert. Am 15. August 1910 und dem darauffolgenden Tag blieb sie ohne Meldung dem Dienst fern. Am 25. August 1910 wurde ihr „wegen verspäteter Meldung ihrer Erkrankung und Unterlassung der Anzeige über ihre Wohnungsänderung ein strenger Vorhalt gemacht“. In den Folgejahren wurde sie regelmäßig befördert und ihr Jahresbezug erhöht. Knapp ein Monat nach ihrer Versetzung in die 5. Dienstaltersklasse mit 1.500 Jahresgehalt am 1. Mai 1915 entfernte sie sich unge rechtfertigt vom Dienst, die ärztliche Untersuchung ergab Blutarmut und Kopfschmerzen. Am 5. Juli 1915 wurde ihr erneut eine „ernste Ausstellung und nach-

6949/1918, Postsparkassenarchiv; neuerliche Versetzung in den zeitlichen Ruhestand: Akt 11379/1918, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den dauernden Ruhestand: Akt 1559/1922, Postsparkassenarchiv.

²⁵⁹ Personalbogen Melanie Herget, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 15200/1904, Postsparkassenarchiv; Gallenkoliken: Akt 4871/1910, Akt 6059/1910; Akt 7081/1910, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den zeitlichen Ruhestand und Ruhegenuss: Akt 13950/1911, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den dauernden Ruhestand: 11234/1916, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 1579/1923, Postsparkassenarchiv.

drückliche Warnung für den Wiederholungsfall wegen mutwilliger, vorzeitiger und ungerechtfertigter Entfernung vom Dienst“ gemacht. Am 8. Juli 1918 wurde sie nach mehreren Krankenständen in den zeitlichen Ruhestand versetzt, der am 24. August 1923 wegen Verehelichung in einen dauernden Ruhestand umgewandelt wurde. Mehrere Gesuche um Belassung des Ruhegenusses, eines davon an den Bundespräsidenten, wurden abgewiesen, ebenso ihre Gesuche um Anstellung als Hilfskraft bzw. um Wiedereinstellung als KalkulantIn.²⁶⁰

4.9.3. Todesfälle in der Dienstzeit

Von den in den beiden Beobachtungsperioden 1883 bis 1887 und 1903 und 1907 in die Postsparkasse eingetretenen Frauen verstarben insgesamt sieben während ihrer Dienstzeit. Die erste war die am 24. März 1847 in Wien geborene Franchette Schramm, die am 1. Januar 1884 als KalkulantIn eingestellt wurde. Am 27. Mai 1884 wurde sie definitiv gestellt. Ihr erster (viertägiger) Krankenstand fiel erst am 15. April 1890 an, bereits am 21. April 1890 trat sie erneut aus dem Krankenstand, am 18. Mai 1890 verstarb sie.²⁶¹ Die nächste war die 8. März 1858 in Wien geborene Rosa Gärtner, die ihre Beschäftigung als KalkulantIn in der Abteilung III e am 7. Oktober 1885 aufgenommen hatte. In ihren rund fünf Dienstjahren versah sie ihren Dienst offenbar ohne Beanstandung, worauf die fünf Remunerationen, die sie jährlich zur Weihnachtszeit erhielt, schließen lassen. Während der gesamten Dienstzeit verzeichnete sie nur drei Krankenstände mit insgesamt 18 Krankenstandstagen, von denen der letzte mit ihrem Tod endete. Die Todesursache ist in ihren Personalunterlagen nicht verzeichnet.²⁶² Auch bei den Personalunterlagen der am 30. September 1861 in Wien geborene Ida Schmid, die am 16. Januar 1884 als Vorarbeiterin in der Haus- und Ökonomieverwaltung zu arbeiten begonnen hatte, sind keine Hinweise auf eine

²⁶⁰ Personalbogen Olga Sertič, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: 2127/1907, Postsparkassenarchiv; Bezugserhöhungen: Akt 8260/1907, Akt 8805/1908, Postsparkassenarchiv; 2. Dienstaltersklasse: Akt 27336/1909, Postsparkassenarchiv; ungerechtfertigte Absenz und Ermahnung: Akt 16763/1909, Postsparkassenarchiv; 5. Dienstaltersklasse: Akt 8234/1915, Postsparkassenarchiv; ungerechtfertigte Entfernung vom Dienst: Akt 21090/1915, Postsparkassenarchiv; Verweis: Akt 12260/1915, Postsparkassenarchiv; zeitlicher Ruhestand: Akt 9667/1918, Postsparkassenarchiv; dauernder Ruhestand wegen Verehelichung: Akt 5979/1922, Postsparkassenarchiv; Gesuche um Belassung des Ruhegenusses: Akt 9696/1923; Akt 5010/1924, Postsparkassenarchiv; Gesuch um Anstellung als Hilfskraft: Akt 9871/1928, Postsparkassenarchiv; Gesuch um Wiedereinstellung: Akt 18618/1928, Postsparkassenarchiv.

²⁶¹ Personalbogen Franchette Schramm, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Definitivstellung: Akt 1425/1884, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 2231/1890, Postsparkassenarchiv.

²⁶² Personalbogen Rosa Gärtner, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 3308/1885, Postsparkassenarchiv; Remunerationen: Akt 4163/1885, Akt 4264/1886, Akt 4680/1887, Akt 4433/1888, Akt 5038/1889, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 5023/1892, Postsparkassenarchiv

ernsthafte Erkrankung zu finden. Bis zu ihrem Tod am 6. Oktober 1892 war sie insgesamt viermal krank, der letzte Krankenstand begann acht Tage vor ihrem Tod.²⁶³ Besonders tragisch erscheint der Fall der am 14. Oktober 1865 in Wien geborenen Gabriele Schwarz. Sie trat am 19. März 1885 ihren Dienst als Kalkulantin in der Damenabteilung III e an und wurde am 22. April 1885 angelobt. Am 11. Oktober 1885 trat sie in den Krankenstand, das Taggeld wurde eingestellt. 26 Tage später wird im Personalbogen vermerkt: am 6. November 1885 verstorben. Über die Gründe für den Krankenstand und den frühen Tod mit gerade einmal 20 Jahren sind keine Angaben vorhanden.²⁶⁴

Von jenen Kalkulantinnen, die in der Periode 1903 bis 1907 in das Postsparkassenamt eingetreten sind und für die Personalunterlagen in ausreichendem Ausmaß vorliegen, sind nur drei in Ausübung ihres Amtes verstorben. Eine davon ist ein ähnlicher Fall wie Gabriele Schwarz. Rosa Edle von Peskir wurde am 4. Juni 1883 in Wien geboren. Ihr Vater, ein k.k. Post-Kontrollor war zum Zeitpunkt ihres Eintritts in die Postsparkasse am 5. Juli 1905 bereits verstorben, Rosa Peskir lebte zusammen mit ihrer Mutter im 2. Wiener Gemeindebezirk. Am 21. August 1905, also weniger als zwei Monate nach ihrem Eintritt, trat Rosa Peskir unter Belassung des Taggeldes in den Krankenstand, kehrte aber 10 Tage später wieder in den Dienst zurück. Zwei Wochen später, am 15. September 1905 verstarb Rosa Peskir im Alter von 22 Jahren.²⁶⁵

Auch die am 19. Juli 1886 in Agram (heute: Zabreb) geborene Olga Mauerböck, die Tochter eines k.u.k. Majors, verstarb in ihren frühen Zwanzigern. Sie begann ihr Beschäftigungsverhältnis am 14. Dezember 1904, zweieinhalb Jahre später wurde ihr Taggeldbezug auf 2 Kronen 75 erhöht. Bis Mitte 1908 war sie insgesamt viermal kurz krank gewesen (Zahnschmerzen, Kopfschmerzen, Fieber). Am 27. Juli 1908 wurde ein Lungenspitzenkatarrh diagnostiziert und Olga Mauerböck für sechs Wochen krankgeschrieben. Offenbar konnte die angegriffene Lunge nicht komplett geheilt werden, denn am 9. Dezember 1908 erkrankte sie erneut an einem Lungenspitzen-

²⁶³ Personalbogen Ida Schmid, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Krankenstände: Akt 2745/1890, Akt 3657/1891, Akt 5196/1892, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 5198/1892, Postsparkassenarchiv

²⁶⁴ Personalbogen Gabriele Schwarz, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 1069/1885, Postsparkassenarchiv; Krankenstand und Taggeldeinstellung: Akt 3519/1885, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 3692/1885, Postsparkassenarchiv.

²⁶⁵ Personalbogen Rosa Edle von Peskir, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 10422/1905, Postsparkassenarchiv; Krankenstand und Taggeldbelassung: Akt 14249/1905, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 14968/1905, Postsparkassenarchiv.

katarrh, diesmal wurde ihr unter Belassung ihres Taggeldes ein Krankenstand zunächst bis 1. März 1909 gewährt. Am 5. Februar 1909 wurde ihr Krankenstand nach einer ärztlichen Untersuchung bis 1. Juni 1909 verlängert und die Taggeldbelassung zunächst bis Ende März verfügt, in der Folge in zwei Schritten bis Ende Mai verlängert. Ihr Taggeld wurde sogar während des Krankenstandes auf 3 Kronen erhöht. Am 22. Mai 1909 starb Olga Mauerböck im Alter von 23 Jahren.²⁶⁶

Maria Theresia Niermayer, geboren am 24. August 1883 in Wien, Tochter eines k.u.k. Leutnant des Ruhestandes, der als Hilfsbeamter im k.k. Handelsministerium arbeitete, trat ihren Dienst als Kalkulantin mit 2 Kronen Taggeld am 23. März 1903 an, am 1. Mai 1905 wurde ihr Taggeld auf 2 Kronen 50 Heller erhöht. Von 8. April bis 22. Mai 1905 verzeichnete ihre Personalakte vier Krankenstände mit insgesamt 26 Krankenstandtagen, am 19. Juni 1905 trat sie einen zweiwöchigen Erholungsurlaub an, doch bereits am 3. August 1905 erkrankte sie erneut und blieb 29 Tage dem Dienst fern. Im Januar 1906 war sie erneut 14 Tage krank, erholte sie aber offenbar wieder und war bis 1908 nur einen Tag im Krankenstand. Am 13. März 1908 zwang sie ein Lungenkatarrh zu einem zwölf-tägigen Krankenstand, am 14. April 1908 wurde sie vorsorglich noch einmal amtsärztlich untersucht und für voll dienstfähig erklärt. Am 7. Dezember 1908 wurde ihr (wie vielen ihrer Kolleginnen) aus Anlass des 60jährigen Regierungsjubiläums Kaiser Franz Josephs I. das Jubiläumskreuz überreicht. Im Januar 1909 kündigte sich eine neuerliche Lungenerkrankung zunächst durch einen kurzen Krankenstand (Fieber) an, am 20. Januar 1909 trat sie erneut in den Krankenstand, als Ursache wurde zunächst „Verkühlung“ vermerkt. Die amtsärztliche Untersuchung am 30. Januar 1909 ergab die Diagnose Lungenspitzenkatarrh, Niermayer wurde bis 20. März 1909 bei Belassung ihres seit 1907 auf 3 Kronen erhöhten Taggeldes in den Krankenstand versetzt. Die ärztlichen Untersuchungen am 3. März 1909, am 5. Mai 1909 und am 17. August 1909 ergaben keine wesentliche Verbesserung des Krankheitsbildes, der Krankenstand wurde bis 4. Mai 1909, 17. August 1909 und 9. Oktober 1909 verlängert (jeweils unter Belassung des Tag-

²⁶⁶ Personalbogen Olga Mauerböck, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 17780/1904, Postsparkassenarchiv; Taggelderhöhung: Akt 8260/1907, Postsparkassenarchiv; Lungenspitzenkatarrh und Krankenstand: Akt 19141/1908, Postsparkassenarchiv; neuerlich Lungenspitzenkatarrh und Krankschreibung bis 1. März 1909: Akt 24486/1908, Postsparkassenarchiv; Verlängerung des Krankenstands bis 1.6.1909 und Taggeldbelassung für März 1909: Akt: 2860/19099, Postsparkassenarchiv; Verlängerung der Taggeldbelassung: Akt 11046/1909, Akt 11814/1909, Postsparkassenarchiv; Taggelderhöhung auf 3K: Akt 10787/1909, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 13008/1909, Postsparkassenarchiv.

geldes). Am 13. Oktober 1909 starb Maria Theresia Niermayer im Alter von 26 Jahren.²⁶⁷

4.10. Vorbeschäftigungen

In der Gründungsphase wurden in den Personalbögen nicht alle Merkmale erfasst, die in späteren Jahren sehr wohl dokumentiert wurden. Zu diesen Informationen zählen auch allfällige Vorbeschäftigungen vor dem Eintritt in die Postsparkasse. Bis 1887 sind für die überwiegende Mehrzahl (zwei Drittel bis vier Fünftel) keine Angaben über allfällige Vorbeschäftigungen vorhanden. Ab 1888 wurden zunehmend Informationen dazu in die Personalbögen aufgenommen, lediglich für ein knappes Fünftel fehlen Angaben dazu. Nach 1903 beträgt der Anteil der Personalbögen ohne Informationen über den Vorbeschäftigungsstatus weniger als fünf Prozent.

Tabelle 34: Vorbeschäftigungen nach Eintrittsdatum

Vorbeschäftigung	1882	1883-1887	1888-1902	1903-1907	1908-	ohne Datum	Gesamt
Hilfskraft	0,0%	0,0%	9,1%	0,9%	4,8%	0,0%	1,5%
Arbeiterin	33,3%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	1,0%
Kontoristin, Kanzlistin, Buchführerin	0,0%	0,0%	9,1%	23,7%	52,4%	25,0%	19,9%
Verkäuferin	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,5%
Erzieherin	0,0%	6,3%	9,1%	2,6%	0,0%	0,0%	3,5%
Lehrerin	0,0%	2,1%	9,1%	3,5%	4,8%	0,0%	3,5%
Handwerkerin (Schneiderin, etc.)	0,0%	0,0%	9,1%	0,9%	4,8%	0,0%	1,5%
Künstlerin	0,0%	2,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,5%
sonstige Angestellte	0,0%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,0%	0,5%
keine	0,0%	8,3%	36,4%	63,2%	28,6%	0,0%	42,8%
unbekannt	66,7%	81,3%	18,2%	2,6%	4,8%	75,0%	24,9%
Gesamt	3	48	11	114	21	4	201

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

In der Periode 1883 bis 1887 waren fünf der in dieser Periode in die Postsparkasse eingetretenen Frauen vorher bereits in anderen Dienstverhältnissen tätig, drei als Erzieherinnen, eine als Lehrerin und eine als Künstlerin (Hermine Wojatzek war

²⁶⁷ Personalbogen Maria Theresia Niermayer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 11454/1903, Postsparkassenarchiv; Taggeld 2K 50: Akt 6620/1905, Postsparkassenarchiv; Krankenstände April 1905: Akt 7198/1905, Postsparkassenarchiv; Krankenstand August 1905: Akt 13160/1905, Postsparkassenarchiv; Krankenstand Januar 1906: Akt 1983/1906, Postsparkassenarchiv; Lungenspitzenkatarrh März 1908: Akt 5717/1908, Postsparkassenarchiv; Ärztliche Untersuchung und Dienstfähigkeit: Akt 8075/1908, Postsparkassenarchiv; Taggelderhöhung 3K: Akt 8260/1907, Postsparkassenarchiv; Ärztliche Untersuchung, Lungenspitzenkatarrh, Krankenstand bis 20.3.1909, Taggeldbelassung: Akt 2729/1909, Postsparkassenarchiv; Ärztliche Untersuchung, Verlängerung des Krankenstandes bis 4.5.1909, Taggeldbelassung: Akt 5352/1909, Postsparkassenarchiv; Ärztliche Untersuchung, Verlängerung des Krankenstandes bis 17.8.1909, Taggeldbelassung: Akt 11583/1909, Postsparkassenarchiv; Ärztliche Untersuchung, Verlängerung des Krankenstandes bis 9.10.1909, Taggeldbelassung: Akt 19471/1909, Postsparkassenarchiv; Tod: Akt 23459/1909, Postsparkassenarchiv.

Opernsängerin²⁶⁸). Von den im Zeitraum 1903 bis 1907 in die Postsparkasse aufgenommenen Kalkulantinnen waren mehr als ein Drittel vor ihrem Eintritt in die Postsparkasse zuvor anderweitig beschäftigt: Knapp ein Viertel arbeitete als Kontoristin, Kanzlistin oder Buchführerin. Das Spektrum der früheren Dienstgeber reicht dabei von Ärzten (wie bei Paula Kotie²⁶⁹), Architekten (wie bei der am 31. Januar 1888 in Wien geborenen Laura Reidinger²⁷⁰), Anwälten (wie bei Josefine Fraudetzky²⁷¹), Einzelunternehmern (wie bei Aurelia Fischer²⁷²), Zeitungen (wie bei Emilie Kastner²⁷³), Buchhandlungen (wie bei der am 2. April 1886 in Mikolcz, Ungarn geborene Anna Persy²⁷⁴) bis zu Industrieunternehmen (wie bei der am 1. März 1886 in Wien geborenen Margareta Warthol²⁷⁵) und Versicherungsgesellschaften (wie bei Hedwig Lichtenthaler²⁷⁶). 3,5% der Kalkulantinnen arbeiteten vorher als Lehrerin, 2,6% als Erzieherin und je knapp 1% als Hilfskraft, Arbeiterin, Verkäuferin oder Handwerkerin. Die am 21. Juli 1883 in Traunegg (Oberösterreich) geborene Marie Posselt, Tochter eines k.k. Hilfsämterdirektions-Adjunkts im Ackerbau-Ministerium fand vor ihrem Dienstverhältnis Beschäftigung in der k.k. statistischen Zentral-Kommission als Arbeiterin im Rahmen der Volkszählung.²⁷⁷ Auch Marie Wseticka²⁷⁸ war dort als Hilfsarbeiterin tätig, bevor sie in die Postsparkasse eintrat. Berta Neumayer²⁷⁹ hatte vor ihrer Tätigkeit in der Postsparkasse als Kleidermacherin gearbeitet.

Anna Hammer, geboren am 18. Oktober 1888 in Wien als Tochter einer Hausbesitzerin, arbeitete zunächst als Verkäuferin in der Papierhandlung Anna Eckstein, bevor sie am 22. Juli 1907 als Manipulantin in die Postsparkasse eintrat. Am 6. Februar 1913 wurde sie nach mehreren längeren Krankenständen wegen Lungenerkrankungen in den zeitlichen Ruhestand versetzt. Am 21. Juni 1915 heiratete sie Karl Rudolf Lux, die bis dahin gewährte Qiescentengebühr von 600 Kronen pro Jahr wurde daraufhin eingestellt.²⁸⁰

²⁶⁸ Zu Hermine Wojatzek siehe Kapitel 4.6.4 und Fußnote 156.

²⁶⁹ Zu Paula Kotie siehe Kapitel 4.9.2 und Fußnote 255.

²⁷⁰ Personalbogen Laura Reidinger, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²⁷¹ Zu Josefine Fraudetzky siehe Kapitel 4.6.1 und Fußnote 142.

²⁷² Zu Aurelia Fischer siehe Kapitel 4.6.8 und Fußnote 195.

²⁷³ Zu Emilie Kastner siehe Kapitel 4.6.6 und Fußnote 164.

²⁷⁴ Personalbogen Anna Persy, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²⁷⁵ Personalbogen Margareta Warthol, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“

²⁷⁶ Zu Hedwig Lichtenthaler siehe Kapitel 4.7.2 und Fußnote 218.

²⁷⁷ Personalbogen Marie Posselt, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“.

²⁷⁸ Zu Marie Wseticka siehe Kapitel 4.7.3 und Fußnote 230.

²⁷⁹ Zu Berta Neumayer siehe Kapitel 4.6.6 und Fußnote 181.

²⁸⁰ Personalbogen Anna Hammer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 643/1907, Postsparkassenarchiv; Krankenstände: Akt 13985/1912, Akt 16479/1912, Akt 18263/1912,

4.11. Ein dauerhafter Arbeitsplatz? Beschäftigungsdauer und Austrittsgründe

4.11.1. Beschäftigungsdauer

Die Beschäftigungsdauer von Kalkulantinnen streut bei beiden untersuchten Populationen, also jenen Frauen, die im Zeitraum 1883 bis 1887 in das Amt eintraten, und jenen Frauen, deren Beschäftigungsbeginn in die Periode 1903 bis 1907 fällt, beträchtlich. Im Durchschnitt betrug die Beschäftigungsdauer der in der Gründungsphase eingetretenen Kalkulantinnen 6,7 Jahre, in der Periode der „zweiten Gründerzeit“ des Hauses 4,6 Jahre. In der ersten Beobachtungsperiode waren 11,5% in dieser Zeit eingetretenen Frauen weniger als ein Jahr beschäftigt, knapp ein Fünftel ein bis unter zwei Jahren, rund jede neunte Person zwei bis unter drei Jahre bzw. 3 bis unter fünf Jahre im Dienst. Bei knapp 27% der Frauen betrug die Beschäftigungsdauer fünf bis unter 10 Jahre, ein knappes Fünftel war länger als 10 Jahre beschäftigt. Die kürzeste Beschäftigungsdauer weist Olga Hromas²⁸¹ mit nur elf Tagen auf, die längste Marie Philipp²⁸² mit über 32 Jahren.

Tabelle 35: Verteilung der Beschäftigungsdauern nach Eintrittsdatum

Beschäftigungsdauer in Jahren	1883-1887	1903-1907
bis unter 1 Jahr	11,5%	15,8%
1 bis unter 2 Jahre	19,2%	12,3%
2 bis unter 3 Jahre	11,5%	14,9%
3 bis unter 5 Jahre	11,5%	16,7%
5 bis unter 10 Jahre	26,9%	31,6%
10 Jahre und länger	19,2%	8,8%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen
 Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Bei jenen Frauen, die in der Periode 1903 bis 1907 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufnahmen, lag der Anteil jener Frauen, die weniger als ein Jahr in Beschäftigung blieben, mit knapp 16% höher als in der Gründungsphase. 12,3% der Frauen dieser Kohorte waren zwischen ein und zwei Jahren beschäftigt, knapp 15% zwischen zwei und drei Jahren. Der Anteil der zwischen drei und fünf Jahren Beschäftigten betrug bei der zweiten Kohorte 16,7%, fast ein Drittel (31,6%) waren zwi-

Akt 23081/1912, Postsparkassenarchiv; Versetzung in den zeitlichen Ruhestand: Akt 1670/1913, Postsparkassenarchiv; Verhelichung und Einstellung der Qiescentengebühr: Akt 13054/1915, Postsparkassenarchiv.

²⁸¹ Zu Olga Hromas siehe Kap. 4.7.3 und Fußnote 223.

²⁸² Zu Marie Philipp siehe Kap. 4.7.1. und Fußnote 205.

schen fünf und 10 Jahren beschäftigt. Knapp jede elfte Frau, die zwischen 1903 und 1907 in die Postsparkasse eingetreten war, blieb mehr als zehn Jahre beschäftigt. Die kürzeste Beschäftigungsdauer weist die am 12. September 1884 in Wien geborene Mathilde Hammer auf. Die Tochter eines Direktionsadjunkts trat ihren Dienst als Kalkulantin mit 2 Kronen Taglohn am 2. April 1906 an, wurde aber bereits am 4. April 1906, also bereits nach zwei Tagen, ihres Dienstes enthoben. Über die Ursachen der Dienstbeendigung geben die Akten keine Auskunft. Ein Gesuch um Wiederaufnahme, das Mathilde Hammer zwei Jahre später stellte, wurde am 1. Januar 1907 abgewiesen.²⁸³

Das längste Beschäftigungsverhältnis hatte Eugenie von Lohr²⁸⁴ mit 15,6 Jahren inne. Ebenfalls über zehn Jahre war die am 3. August 1886 in Wiese bei Iglau (Mähren) geborene Auguste Povolny, Tochter eines Gendarmerie-Wachtmeisters, in der Postsparkasse beschäftigt. Sie trat am 7. April 1906 als Manipulantin mit 2 Kronen Taggeld in die Postsparkasse ein, bereits ein Jahr später wurde ihr Taggeld auf 2 Kronen 50 Heller erhöht. Am 1. Januar 1910 wurde sie in die 1. Dienstaltersklasse mit 1.100 Kronen Jahresbezug eingereiht, in den Folgejahren wurde sie regelmäßig befördert, am 1.5.1918 erreichte sie die 7. Dienstaltersklasse mit 1.800 Kronen Jahresgehalt. Dabei war ihre Beschäftigungskarriere von einer Reihe teilweise langer Krankenstände gekennzeichnet, die Gründe reichten von Halsschmerzen, Rheuma, Rückenschmerzen bis zu Nervenschmerzen und Blutarmut. Am 25. August 1916 kam es aufgrund akuter Magenkrämpfe sogar zu einem Einsatz der Rettungsgesellschaft in der Postsparkasse. Am 17. Mai 1916 hatte sie aufgrund von Blutarmut einen einmonatigen Kuraufenthalt angetreten, nach dessen Ende sie auf Antrag des Anstaltsarztes zur Kur zurückberufen wurde. Ein Jahr später wurde aufgrund von Blutarmut und Hysterie erneut ein vierwöchiger Urlaub gewährt. Am 17. April 1918 ergab eine amtsärztliche Untersuchung, dass sie zum Überstundendienst nicht geeignet wäre, dennoch wurde sie zwei Wochen später in die 7. Dienstaltersklasse befördert. Mit Ende 1918 wurden ihre Bezüge eingestellt, weil Auguste Povolny „infolge

²⁸³ Personalbogen Mathilde Hammer, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 4446/1906, Postsparkassenarchiv; Enthebung: Akt 7266/1906, Postsparkassenarchiv; Abweisung des Gesuchs um Wiederaufnahme: Akt 22383/1907, Postsparkassenarchiv.

²⁸⁴ Zu Eugenie von Lohr siehe Kapitel 4.7.1. und Fußnote 210.

Übernahme in den Dienst der Prager Postsparkasse aus dem deutschösterreichischen Staatsdienst entlassen“ wurde.²⁸⁵

4.11.2. Austrittsgründe

Eine Untersuchung der Austrittsgründe von Beschäftigungsverhältnissen gibt Aufschluss über die Stabilität und das Arbeitsplatzverlustrisiko der beschäftigten Personen. Dies gilt insbesondere für Dienstverhältnisse, deren Entlohnung auf Tagesbasis festgelegt wurde. In den Anfangsjahren der Postsparkasse wurden die Austrittsgründe allerdings nicht konsequent dokumentiert. Bei über 42% jener Frauen, die in der Gründungsphase bis 1887 in die Postsparkasse eingetreten sind, fehlen in den Personalunterlagen Angaben zu den Austrittsgründen. Bei jenen Kalkulantinnen, deren Beschäftigungsverhältnis in der Periode 1903 bis 1907 begonnen hat, ist nur für knapp 17% keine Information zu den Austrittsgründen vorhanden.

Tabelle 36: Austrittsgründe nach Eintrittsdatum

Austrittsgrund	1883-1887	1903-07
von Amts wegen	3,8%	1,8%
aus gesundheitlichen Gründen entlassen	1,9%	4,4%
nicht geeignet (Entlassung vor Definitivaufnahme)	1,9%	0,0%
Verhelichung	5,8%	0,0%
über Ansuchen	28,8%	50,9%
aus gesundheitlichen Gründen selbst gekündigt	3,8%	0,0%
dauernder Ruhestand	3,8%	5,3%
aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt	0,0%	16,7%
Übernahme in eine andere öffentliche Dienststelle	0,0%	1,8%
Tod	7,7%	2,6%
unbekannt	42,3%	16,7%
Gesamt	52	114

Quelle: Datenbank „Kalkulantinnen“, eigene Berechnungen

Rohdaten: Postsparkassenarchiv, Bestand Personalunterlagen

Bezogen auf alle Frauen der ersten Kohorte (inklusive jener, für die keine Austrittsgründe vorliegen) wurden die Beschäftigungsverhältnisse von knapp 29% aller Frauen „über Ansuchen“, also von Seiten der Kalkulantinnen selbst, aufgelöst. Bei knapp

²⁸⁵ Personalbogen Auguste Povolny, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 5873/1906, Postsparkassenarchiv; Taggelderhöhung: Akt 8260/1907, Postsparkassenarchiv; Beförderungen: Akt 28704/1909, Akt 7279/1911, Akt 8379/1913, Akt 8324/1915, Akt 6132/1917, Postsparkassenarchiv; 7. Dienstaltersklasse: Akt: Akt 6553/1918, Postsparkassenarchiv; Blutarmut: Akt 2778/1916, Postsparkassenarchiv; Kuraufenthalt: Akt 6735/1916, Postsparkassenarchiv; Rückrufung des Anstaltsarztes: Akt 8107/1916, Postsparkassenarchiv; 4 Wochen Urlaub: 6096/1917, Postsparkassenarchiv; ärztliche Untersuchung, keine Überstunden: Akt 6131/1918, Postsparkassenarchiv; BezügeEinstellung und Überführung in die Prager Postsparkasse: Akt 20707/1918, Postsparkassenarchiv; Zur Entflechtung der Postsparkasse in den Nachfolgestaaten: Peter Eigner, Andreas Weigl: Außer Streit gestellt. Die Österreichische Postsparkasse als Modell geldwirtschaftlicher Integration Mitteleuropas 1883-1938. Wien: Österreichische Postsparkasse 1992.

acht Prozent der Frauen wurde das Dienstverhältnis durch den Tod beendet²⁸⁶, knapp 6% mussten aufgrund ihrer Verehelichung aus dem Amt ausscheiden.

Eine davon war die am 18. April 1867 in Wien geborene Anna Großmann, die am 9. Februar 1887 als Kalkulantin im Gegenscheinbüro mit einem Taglohn von einem Gulden ihre Tätigkeit aufnahm. Bis 1894 wurde ihr Taggeld in mehreren Schritten auf 1 Gulden 75 Kreuzer erhöht. Bereits im Frühjahr 1895 zeichnete sich ab, dass die mittlerweile 28-jährige Großmann in den Stand der Ehe zu treten beabsichtigte. Am 22. März 1895 stellte sie ein Gesuch an den Wiener Magistrat um Gewährung einer „Gisela-Heiratsausstattungs-Stiftung“. Am 25. Juli 1895 wurde ihr von der Postsparkasse aus Anlass der bevorstehenden Verehelichung eine Aushilfe in der Höhe von 50 Gulden gewährt. Der Austritt „wegen Verehelichung“ erfolgte dann am 15. August 1895.²⁸⁷

Gesundheitliche Gründe waren für knapp 6% der Auflösungen von Beschäftigungsverhältnissen der Frauen der Gründungsphase ausschlaggebend, sei es, dass sie deswegen selbst kündigten (3,8%), sei es, dass sie deswegen entlassen wurden. Je knapp 4% wurden von Amts wegen gekündigt bzw. in den dauernden Ruhestand versetzt. Eine Kalkulantin, die am 14.2.1850 in Roth-Kosteletz (Böhmen) geborene Louise Konsel, wurde in der Probezeit als nicht geeignet beurteilt und daher noch vor der Definitivaufnahme entlassen.²⁸⁸

Die Hälfte jener Kalkulantinnen, die in der Periode 1903 bis 1907 ihr Beschäftigungsverhältnis in der Postsparkasse aufnahmen, beendete dieses aus eigenem Antrieb. Der zweitwichtigste Austrittsgrund war die Beendigung aus gesundheitlichen Gründen, knapp 17% wurden aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt (konnten also auf eine Versorgung in Form eines Qiescentengenusses oder einer Pension zurückgreifen), rund 4% wurden aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Die Versetzung in den dauernden Ruhestand war für jede zwanzigste Kalkulantin der Grund für die Beendigung des Dienstverhältnisses, in knapp 3% der Fälle riss der

²⁸⁶ Zu den Todesfällen siehe Kapitel 4.9.3.

²⁸⁷ Personalbogen Anna Großmann, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 950/1887, Postsparkassenarchiv; Taggelderhöhungen: Akt 4901/1889, Akt 6469/1892, Akt 7632/1892, Postsparkassenarchiv; Gesuch um Heiratsausstattung: Akt 1777/1895, Postsparkassenarchiv; Aushilfe 50 fl: Akt 4300/1895, Postsparkassenarchiv; Austritt: 5050/1895, Postsparkassenarchiv.

²⁸⁸ Personalbogen Louise Konsel, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen; Entlassung: Akt 3565/1883, Postsparkassenarchiv.

Tod die Frauen aus ihrem Dienstverhältnis. Weniger als 2% der Kalkulantinnen wurden von Amts wegen entlassen.

Eine davon war die am 18. Oktober 1888 in Wien geborene Leopoldine Slach, die am 2. April 1907 als Kalkulantin eingestellt wurde. Bereits am 13. Dezember 1907 konstatierte der aufgrund eines längeren Krankenstandes beigezogene Amtsarzt, Leopoldine Slach wäre „sehr herabgekommen“. Am 7. Januar 1908 wurde im Rahmen einer ärztlichen Untersuchung festgestellt, dass Slach „dem Dienst nicht gewachsen“ wäre und sie wurde bis 8. Februar 1908 in den Krankensand versetzt. Die neuerliche Untersuchung am 8. Februar 1908 bestätigte die mangelnde Eignung von Leopoldine Slach für den Dienst in der Postsparkasse. Sie wurde daher mit Wirkung vom 13.2.1908 des Dienstes enthoben und die Taggeldzahlung eingestellt.²⁸⁹

Für 2% (z.B. Eugenie von Lohr und Auguste Povolny) endete das Beschäftigungsverhältnis bei der Postsparkasse, weil sie in eine andere öffentliche Dienststelle übernommen wurden.²⁹⁰

Die Befunde der beiden Kohorten weisen darauf hin, dass die Postsparkasse nur in wenigen Gründen aufgrund mangelnder Eignung oder Leistung Beschäftigungsverhältnisse beendete. Kündigungen oder Entlassungen wurden vom Amts wegen vor allem aus gesundheitlichen Gründen ausgesprochen. Aber in diesen Fällen wartete das Postsparkassenamt meist zunächst auch bei längeren Krankenständen ab, ob mit einer vollkommenen Genesung zu rechnen wäre, bevor sie das Dienstverhältnis beendete.

4.12. Überprüfung der Hypothesen

Die präsentierten Befunde werden in der Folge dazu herangezogen, die in Kapitel 4.4 formulierten Fragen zu überprüfen.

²⁸⁹ Personalbogen Leopoldine Slach, Postsparkassenarchiv, Bestand „Personalunterlagen“; Eintritt: Akt 48/1907, Postsparkassenarchiv; „sehr herabgekommen“; „dem Dienst nicht gewachsen“, Krankenstand: Akt 23496/1907, Postsparkassenarchiv; mangelnde Eignung, Austritt, Taggeldeinstellung: Akt 2991/1908, Postsparkassenarchiv.

²⁹⁰ Zu Eugenie von Lohr siehe Kapitel 4.7.1 und 4.10.1 sowie Fußnote 210, zu Auguste Povolny siehe Kapitel 4.10.1 und Fußnote 284.

4.12.1. Fragen zur soziodemografischen Struktur der Bewerberinnen

Frage 1.1: Aus welchem regionalen Einzugsbereich rekrutierte die Postsparkasse ihre weiblichen Beschäftigten?

Über den Beobachtungszeitraum verschieben sich die Anteile der einzelnen Geburtsorte geringfügig. Während in der Periode 1883 bis 1887 noch mehr als 60% der eingestellten Frauen in Wien geboren worden waren, beträgt der Anteil im Zeitraum 1903 bis 1907 57%. Umgekehrt steigt der Anteil der Personen, die aus den Kronländern zugewandert waren, leicht an. Dies spiegelt die stetige Zuwanderung in die wachsende Metropole Wien wider.

Frage 1.2: Aus welchen sozialen Schichten und aus welchen Altersgruppen stammten die weiblichen Beschäftigten der Postsparkasse?

In der ersten Beobachtungsperiode betrug der Anteil der jungen Frauen unter 25 Jahren an allen in dieser Zeit eingestellten Frauen rund 62%, in der zweiten Periode sogar über 91%. Hypothese 1.2 kann zwar in Bezug auf das Alter nicht als zur Gänze bestätigt bezeichnet werden, das Beschäftigungsverhalten der Postsparkasse tendierte jedoch (nicht zuletzt aufgrund der wesentlich größeren Anzahl an Bewerberinnen und der damit verbundenen größeren Auswahl) im Laufe der Jahrzehnte immer mehr in Richtung junger bis sehr junger Frauen.

Ähnlich verhält es sich mit der Muttersprache: von jenen Frauen, die zwischen 1883 und 1887 ihre Beschäftigung in der Postsparkasse aufgenommen hatten, hatten mehr als 72% jener Frauen, für die Angaben zur Muttersprache vorliegen, Deutsch als Muttersprache, bei den zwischen 1903 und 1907 aufgenommenen Frauen betrug der Anteil der Kalkulantinnen mit deutscher Muttersprache über 96%.

In Bezug auf die soziale Herkunft ist die Datenlage in der Gründungsphase der Postsparkasse sehr mangelhaft: für 85% der eingestellten Frauen liegen keine Angaben zum Beruf des Vaters vor. Über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1883 bis 1914 beträgt der Anteil der aufgenommenen Frauen, deren Vater Beamter oder Offizier war, etwas mehr als 54%, in der Beobachtungsperiode 1903 bis 1907 über 70%.

Frage 1.3: Welchen Familienstand wiesen die aufgenommenen Frauen auf?

In der Gründungsphase der Postsparkasse wurden nicht nur ledige Frauen aufgenommen, ab 1888 zeigt das Sample bis 1907 nur mehr Eintritte von ledigen Frauen. Ab 1908 sind in der Stichprobe wieder verheiratete Frauen vertreten.

Frage 1.4: Welchen Bildungsstand wiesen jene Frauen auf, die von der Postsparkasse als Kalkulantinnen eingestellt wurden?

Insgesamt ergeben die Befunde, dass mehr als die Hälfte der untersuchten Kalkulantinnen eine über die Pflichtschule hinausgehende Schulbildung vorweisen konnten und rund ein Drittel auch über Fremdsprachenkenntnisse verfügte.

Frage 1.5: Waren die aufgenommenen Kalkulantinnen Berufseinsteigerinnen oder wurden auch Frauen mit Vorbeschäftigungen im Dienstleistungssektor aufgenommen?

In der Gründungsphase der Postsparkasse wurden allfällige Vorbeschäftigungen der eingestellten Frauen zunächst kaum erfasst. Erst ungefähr ab 1900 kann man davon ausgehen, dass die Dokumentation von Vorbeschäftigungen zur Regel wurde. Für die Periode 1903 bis 1907 sind für mehr als ein Drittel der eingestellten Frauen Vorbeschäftigungen in den Personalunterlagen erfasst.

4.12.2. Fragen zu Beschäftigungsdauer und Entlohnung

Frage 2.1: Waren die Beschäftigungsverhältnisse von Frauen von der Postsparkasse auf kurze oder längere Dauer angelegt?

Die Dauer von Beschäftigungsverhältnissen hängt von vielen Faktoren ab: den arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, der Arbeitsmarktsituation, dem Beschäftigungsverhalten von Arbeitgeberbetrieben, der Mobilitätsbereitschaft der ArbeitnehmerInnen, den Arbeitsanforderungen sowie einer Reihe individueller Faktoren wie etwa Gesundheitszustand, Bildungsstand, Beruf, Einkommens- und Vermögenssituation, Familienstand und Versorgungspflichten. Im Falle der Kalkulantinnen der Postsparkasse war die arbeitsrechtliche Situation (zumindest in der Gründungsphase) als prekär zu bezeichnen: die Frauen waren – wie die Hilfsbeamten – auf tägliche Kündigung angestellt. Dennoch betrug die durchschnittliche Beschäftigungsdauer im Beobachtungszeitraum 1883 bis 1887 6,7 Jahre, in der Periode 1903 bis 1907 immerhin noch 4,6 Jahre. Zum Vergleich: in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts betrug die durchschnittliche Dauer unselbstständiger Beschäftigungsverhältnisse rund 3

Jahre, am Beginn der 2010er Jahre weniger als zwei Jahre.²⁹¹ Von den in der ersten Beobachtungsperiode aufgenommenen Frauen waren rund ein Fünftel länger als zehn Jahre beschäftigt, von jenen, die zwischen 1903 und 1907 eingetreten sind, immerhin knapp 9%. Am häufigsten beendeten die eingetretenen Frauen beider Perioden ihre Dienstverhältnisse aus eigenem Antrieb, an zweiter Stelle liegen Austritte aufgrund gesundheitlicher Gründe.

Frage 2.2: Veränderten sich die durchschnittlichen Beschäftigungsdauern von Frauen in der Postsparkasse im Zeitverlauf?

Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer von Frauen, die zwischen 1903 und 1907 eingetreten sind, liegt mit 4,6 Jahren deutlich unter jenen der Kalkulantinnen, die ihre Dienstverhältnisse in der Postsparkasse im Zeitraum 1883 bis 1887 begründet haben.

Frage 2.3: Gab es Unterschiede in der Höhe der Einstiegsgehälter und wie veränderte sich die Entlohnung mit steigender Beschäftigungsdauer?

Nahezu 89% der Einsteigerinnen im Zeitraum 1883 bis 1886 und rund 81% jener der Periode 1903 bis 1907 erhielten als Einstiegstaglohn einen Gulden bzw. zwei Kronen. Die Abweichungen in der ersten Beobachtungsperiode betrafen einerseits Frauen, die (zunächst) als Arbeiterinnen eingestellt wurden bzw. Frauen, die von Beginn an als Leiterinnen der Damenabteilung vorgesehen waren. In der zweiten Beobachtungsperiode stiegen ein Fünftel der Kalkulantinnen mit 2 Kronen 50 Heller ein, ihr Eintritt fiel durchwegs in das Jahr 1907, in dem das Einstiegsgehalt generell angehoben wurde.

Frage 2.4: Unterschieden sich Entlohnungskarrieren von Frauen, die während der Gründungsphase eingestellt wurden, von jenen der Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 ein Beschäftigungsverhältnis bei der Postsparkasse aufnahmen?

Die Entlohnungskarrieren jener Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 ein Dienstverhältnis in der Postsparkasse begründeten, weisen im Durchschnitt eine höhere Dynamik auf als jene der Einsteigerinnen in der Gründungsphase. Mehr als die Hälfte der Kalkulantinnen, die in der zweiten Periode eingetreten sind, konnten durch-

²⁹¹ Vergleiche dazu: Ilse Leidl-Krapfenbauer, Rainer Eppel, Thomas Horvath, Helmuth Mahringer: Arbeitsmarkt im Fokus. Arbeitsmarktanalyse des 2. Halbjahres 2014 mit Spezialteil zum Thema: dauerhafte und wiederkehrende Arbeitslosigkeit in Österreich: eine Typologie der Arbeitslosen. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien 2015.

schnittliche jährliche Einkommenssteigerungen von mindestens 9% lukrieren, in der ersten Beobachtungsperiode waren es weniger als 6%.

4.12.3. Fragen zu Arbeitsbedingungen und sozialrechtlicher Absicherung

Frage 3.1: Führten wiederholte oder längere Krankenstände automatisch zur vorzeitigen Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses?

Zwar waren rund 71% der Frauen, die in der Gründungsphase bei der Postsparkasse angestellt wurden, und mehr als 43% der Frauen, deren Beschäftigungsverhältnis in der Periode 1903 bis 1907 begann, während ihrer Dienstzeit weniger als zweimal pro Jahr im Krankenstand, eine nicht unbeträchtliche Zahl der Kalkulantinnen verzeichnete jedoch häufigere und mitunter längere Krankenstände. Dies führte jedoch nicht automatisch zur Auflösung der Beschäftigungsverhältnisse. In den Personalbögen finden sich nicht wenige Fälle, in denen das Beschäftigungsverhältnis von Frauen, die wiederholt auch länger im Krankenstand verweilten, nicht nur nicht beendet wurde, sondern die Frauen sogar während der Krankenstände weiter im Entlohnungsschema aufrückten.

Frage 3.2: Waren Urlaube eher die Ausnahme als die Regel in den Beschäftigungsverläufen von Kalkulantinnen?

.Für die Gründungsphase kann gesagt werden, dass mehr als ein Drittel der Frauen während ihrer gesamten Beschäftigung keinen einzigen Urlaub nahmen, bei den Einsteigerinnen der Periode 1903 bis 1907 waren es nur mehr 14%, dafür konnte mehr als ein Drittel dieser Kohorte mindestens einmal pro Jahr auf Urlaub gehen. Während die Taggeldbelassung während des Urlaubs in der Gründungsphase immer im Einzelfall bewilligt werden musste (und in vielen Fällen nicht gewährt wurde), konnte die Mehrheit der Urlaub nehmenden Kalkulantinnen der zweiten Kohorte während des Urlaubs ihr Taggeld behalten.

Frage 3.3: Unterscheidet sich die Häufigkeit von Urlauben bei Frauen der Kohorte 1903 bis 1907 unterscheidet von jener der Frauen, die in der Gründungsphase eingestellt wurden?

Frauen, die zwischen 1903 und 1907 in die Postsparkasse eingetreten waren, wiesen im Durchschnitt nicht nur absolut eine höhere Anzahl von Urlauben auf als die Einsteigerinnen der Gründungsphase, auch die durchschnittliche Zahl der Urlaube

pro Jahr liegt in der zweiten Gruppe des Samples über jener der Dienstanfängerinnen der Gründungsphase.

Frage 3.4: Nahm die Häufigkeit von (kurzfristigen) Krankenständen in der Beobachtungsperiode (vor allem nach Übersiedlung in das „neue Haus“) ab?

Die Befunde der Datenanalyse zeigen, dass sowohl die absolute Zahl der Krankenstände als auch die durchschnittliche Zahl von Krankenständen und der Anteil der Krankenstandstage an allen Beschäftigungstagen der Kalkulantinnen, die ihre Beschäftigung zwischen 1903 und 1907 aufgenommen haben, über jenen der Einsteigerinnen in der Gründungsphase liegt, obwohl die Arbeitsbedingungen vor allem nach der Übersiedlung in das Otto-Wagner-Gebäude deutlich besser waren als im „alten Amt“ in der Dominikanerbastei bzw. der Postgasse. Offenbar war die Furcht, den Arbeitsplatz im Falle von Krankheit sofort zu verlieren dreißig Jahre nach der Gründung geringer als in den Anfangsjahren.

Frage 3.5: Weisen die Ursachen für Krankenstände - bedingt durch die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen - für Frauen, die in der Gründungsphase eingestellt wurden und Frauen, die im Zeitraum 1903 bis 1907 eingestellt wurden, Unterschiede auf?

Bei den Einsteigerinnen der Phase 1883 bis 1887 stehen Frauenleiden, Erkrankungen der Lunge und der Atemwege, des Verdauungsapparates, gefolgt von Erkältungen, Infekten und Augenleiden an der Spitze der Krankenstandsgründe (nach Fällen). Bei jenen Frauen, die ihre Beschäftigung 1903 bis 1907 aufnahmen, führen Erkrankungen der Lunge und der Atemwege und des Verdauungsapparates die Liste der Krankheitsgründe an, gefolgt von Nervenleiden und psychischen Erkrankungen, Frauenleiden und Erkältungen und Infekten. Abgesehen von den Augenleiden, die bei den Einsteigerinnen der zweiten Kohorte nur eine marginale Rolle spielen, treten bei beiden untersuchten Gruppen der Kalkulantinnen ähnliche Erkrankungen auf.

Zwar haben die Arbeitsbedingungen im „alten Haus“ sicher einen Teil der Lungenerkrankungen mitausgelöst, insgesamt scheinen aber eher die Wohnsituation und die Lebensbedingungen für die Krankheitsbilder hauptverantwortlich gewesen zu sein. Der hohe Anteil der Augenleiden bei der ersten Kohorte ist hingegen sicher auch auf die schlechte Beleuchtung in den Räumlichkeiten in der Postgasse zurückzuführen. Der hohe Anteil von Nervenleiden und psychischen Erkrankungen (Neurasthenie) hängt vielleicht auch damit zusammen, dass um die Jahrhundertwende das Krank-

heitsbild der neurologischen Erkrankungen bereits von wissenschaftlicher Seite umfangreich beschrieben und untersucht war und es sich – nicht zuletzt durch die Arbeiten von Sigmund Freud - auch um eine Art der „Modediagnosen“ handelte, während in früheren Jahren die Symptome (Kopfschmerzen, Ermüdung, Neuralgien, Konzentrationsstörungen) eher unabhängig voneinander diagnostiziert und anderen Ursachen zugeordnet worden waren.

5. Conclusio

Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten Frauen außerhalb der Landwirtschaft, der Fabriksarbeit und der Dienste in Haushalten nur wenige Möglichkeiten erwerbstätig zu sein. Im Dienstleistungsbereich eröffnete zunächst vor allem der öffentliche Dienst Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Allerdings waren diese Erwerbsmöglichkeiten mit Zugangsbeschränkungen und Auflagen wie Ehe- und Kinderlosigkeit und geringer sozialer Absicherung verbunden.

Die Postsparkasse, als Finanzinstitut für die Nutzbarmachung der Einkommens- und Vermögenswerte des sogenannten „kleinen Mannes“ und zur Mitwirkung bei der Staatsschuldenfinanzierung gegründet, bezogen Frauen bereits von Anfang an in ihre Personalstandsplanung mit ein. Dabei knüpfte sie zunächst durchaus an die Arbeitsbedingungen und Rekrutierungskriterien des öffentlichen Dienstes an. Frauen waren als Hilfspersonal (vergleichbar den männlichen Hilfsbeamten) auf Taglohn vorgesehen, deren Entlohnung noch unter jener der Männer lag. Aufgenommen werden sollten ledige Töchter aus Beamten- und Offiziersfamilien, die sich lediglich selbst erhalten mussten. Die „fachlichen“ Anforderungen beschränkten sich auf gute Deutschkenntnisse, Beherrschung der Grundrechnungsarten und eine klare leserliche Schrift. Eine sozialrechtliche Absicherung in Form der Versorgung im Krankheitsfall, Anspruch auf bezahlten Urlaub und Altersvorsorge war nicht vorgesehen.

Die empirischen Analysen der Personalunterlagen der Postsparkasse für die zwei Fünf-Jahres-Perioden 1883 bis 1887 und 1903 bis 1907 zeigen allerdings, dass sich die Postsparkasse bereits in ihrer Gründungsphase nicht immer streng an die eigenen Aufnahme- und Beschäftigungskriterien gehalten hat. Zwar war die überwiegende Mehrheit der in den ersten Jahren aufgenommenen Kalkulantinnen ledig, doch wurden auch verwitwete Frauen mit Versorgungspflichten für Kinder aufgenommen, auch Frauen über 40 Jahren erhielten Beschäftigung. Im Krankheitsfall wurden die Kalkulantinnen nicht sofort entlassen, sondern ihnen in einigen Fällen für den Krankenstand das Taggeld belassen und die Beschäftigungsverhältnisse sogar bei mehreren Krankenständen pro Jahr aufrechterhalten. Obwohl es für die Damenabteilung in der Gründungsphase keine Regelung für Beförderungen oder Gehaltsvorrückungen gab, konnte mehr als ein Drittel der Kalkulantinnen während ihrer Beschäftigungsdauer durchschnittliche jährliche Gehaltssteigerungen von mehr als 6% lukrieren.

In der zweiten untersuchten Fünf-Jahres-Periode zwanzig Jahre nach Gründung der Postsparkasse hatten sich die Rahmenbedingungen für Frauen verändert. Zwar waren die Frauen zunächst immer noch auf Taglohn beschäftigt (die Beförderungs- und Besoldungsbestimmungen für Kalkulantinnen wurden erst 1909 festgelegt), dennoch gelang es über 70% der Frauen, die zwischen 1903 und 1907 eingestellt wurden, jährlich mehr als 6% Lohnsteigerung zu erreichen. Die Arbeitsplätze der Kalkulantinnen, deren Anteil am Gesamtpersonalstand zwischen 1900 und 1913 von 11% auf über ein Drittel anstieg, waren wesentlich sicherer geworden. Auch wiederholte Krankenstände führten nicht automatisch zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, die Versetzung in den zeitlichen (vorübergehenden) Ruhestand erfolgte oft erst nach Krankenständen von mehr als sechs Monaten Dauer.

In den 30 Jahren zwischen 1883 und 1913 war die Postsparkasse zu einem der größten Arbeitgeber für Frauen in Wien geworden, von den mehr als 7.000 Bewerberinnen wurden in diesem Zeitraum 2.500 Frauen eingestellt, von denen nicht wenige länger als zehn Jahre in Beschäftigung blieben. Damit leistete die Postsparkasse einen wertvollen Beitrag zur Öffnung des Finanzdienstleistungsbereiches für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Gleichzeitig entwickelten sich die Frauen im selben Zeitraum zur wesentlichen Stütze für einen reibungslosen Betrieb des Massengeschäftes der Postsparkasse. Die Bedeutung der Frauen für die Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit sollte während des Ersten Weltkriegs noch weiter steigen. Die Analyse dieses Zeitraums harret noch einer wissenschaftlichen Bearbeitung.

Die vorliegende Masterarbeit hat versucht, die umfangreichen Aktenbestände der Postsparkasse für eine quantitativ ausgerichtete sozial- und wirtschaftshistorische Analyse der Frauenarbeit und Frauenbeschäftigung zu nutzen. Dabei konnte nur ein Bruchteil des vorhandenen Materials aufbereitet werden. Das Archiv bietet HistorikerInnen Material für ein breites Spektrum wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Analysen. Ich hoffe, dass die vorliegende Arbeit nur die erste einer langen Reihe von Studien und Arbeiten ist.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1. Quellen aus dem Postsparkassenarchiv

Bestand „Hausbau“

Handels-Ministerium-Stück-Akte (H.M.St.-Akte) 1883 – 1914

Personalakten 1882 – 1914

Primärakte (Interne Akte) 1882 – 1914

Protokolle der Sitzungen des Beirats

Reservatsakte 1883 – 1914

6.2. Von der Postsparkasse herausgegebene Berichte, und sonstige Schriften

Rechenschaftsbericht des k.k. Postsparkassen-Amtes. 1883 – 1914

Circular-Erlaß an die Calculantinnen des k.k. Postsparkassen-Amtes vom 17.7.1883.

Circular-Verordnungsblatt des k.k. Postsparkassen-Amtes, 1882 – 1914

25 Jahre Postsparkasse. Österreichische Postsparkasse 1908. Festschrift zum 30jährigen Bestand des Österreichischen Postsparkassenamtes. Österreichisches Postsparkassenamt 1913.

50 Jahre Österreichische Postsparkasse. Österreichische Postsparkasse 1933.

60 Jahre Postsparkasse. 1943.

Insel in den Zeiten. 70 Jahre Österreichisches Postsparkassenamt. Österreichische Postsparkasse 1953.

75 Jahre Österreichische Postsparkasse. Österreichische Postsparkasse 1958.

6.3. Gesetze und Verordnungen

Gesetz vom 28. Mai 1882. RGBl. Nr. 56 (1882)

Verordnung vom 10. Oktober 1882. RGBl. Nr. 163 (1882)

Gesetz vom 19. November 1887. RGBl. Nr. 133 (1887)

6.4. Aufsätze, Monographien und Sammelbände

Appelt, Erna. Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934. Wien 1985

Braun, Lily. Die Frauenfrage. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihre wirtschaftliche Seite. Leipzig 1901

Bruckmüller, Erich. Sozialgeschichte Österreichs. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 2001.

Coch, Georg. Die Postsparcassen in England, Belgien, Holland und Frankreich mit Hinblick auf Österreich. Wien 1882.

Czedik, Alois. Zur Geschichte der k.k. österreichischen Ministerien 861-1016. 4 Bände. Teschen/Wien 1917.

Eckart, Wolfgang. Die wachsende Nervosität unserer Zeit. Medizin und Kultur um 1900 am Beispiel einer Modekrankheit. In: Gangolf Hübinger, Rüdiger vom Bruch, Friedrich Wilhelm Graf (Hrsg.): Kultur und Kulturwissenschaften um 1900. Band II: Idealismus und Positivismus. Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1997.

Ehrenhaft-Steindler, Olga. Handelsschulen. In: Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, hrsg. v. M.S. Braun, M. Hönig, G. Laube, B. List-Ganser, C. Zaglits. Wien: 1930, 267. Vgl. auch: Erna Appelt. Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934. Wien 1985.

Eigner, Peter. Arbeit(en) im Dienstleistungssektor in Cisleithanien. In: Rumpler, Herbert, Urbanitsch, Peter (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Band IX/1. Soziale Strukturen. Von der Feudal-Agrarischen zur Bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2010, 423-466.

Eigner, Peter/Löffler, Roland/Wagner, Michael/Weigl, Andreas. Gesicherte Tagfertigkeit. Arbeitsproduktivität und Technikeinsatz in der Österreichischen Postsparkasse 1883-1988. Drittes Postsparkassensymposium 23. Februar 1989. Wien: Österreichische Postsparkasse 1989.

Freud, Sigmund. Über die Berechtigung, von der Neurasthenie einen bestimmten Symptomenkomplex als »Angstneurose« abzutrennen. 3. Auflage. [1895 b] In: Ge-

sammelte Werke. Band I (Studien über Hysterie - Frühe Schriften zur Neurosenlehre), S. Fischer, Frankfurt am Main 1953.

Gruber, Elke. Berufsbildung in Österreich – Einblicke in einen bedeutenden Bildungssektor. In: Fritz Verzetnitsch, Peter Schlögl, Alexander Prischl, Regine Wieser (Hg.): Jugendliche zwischen Karriere und Misere. Die Lehrausbildung in Österreich, Innovation und Herausforderung. ÖGB-Verlag. Wien 2004, S. 17-38.

Hainisch, Marianne. Zur Geschichte der österreichischen Frauenbewegung. Aus meinen Erinnerungen. In: Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, hrsg. v. M.S. Braun, M. Höning, G. Laube, B. List-Ganser, C. Zaglits. Wien: 1930, 267. Vgl. auch: Erna Appelt. Von Ladenmädchen, Schreibfräulein und Gouvernanten. Die weiblichen Angestellten Wiens zwischen 1900 und 1934.

Hauptverband der österreichischen Sparkassen (Hg.): 150 Jahre Sparkassen in Österreich, Bd. 3, Wien 1969.

Heiller, Bernhard, Wagner, Michael (Hg.). Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postcheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1987. Wien: Österreichische Postsparkasse 1987.

Heindl, Waltraud. Zum cisleithanischen Beamtentum: Staatsdiener und Fürstendiener. In: Rumpler, Herbert, Urbanitsch, Peter (Hg.): Die Habsburgermonarchie 1848-1918 Band IX/1. Soziale Strukturen. Von der Feudal-Agrarischen zur Bürgerlich-industriellen Gesellschaft. Teilband 1/1: Lebens- und Arbeitswelten in der industriellen Revolution. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2010, 1157-1209.

Knapp, Ulla. Frauenarbeit in Deutschland. Bd. 1: Ständischer und bürgerlicher Patriarchalismus. Bd.2: Hausarbeit und geschlechterspezifischer Arbeitsmarkt im deutschen Industrialisierungsprozess. München 1984.

Leidl-Krapfenbauer, Ilse/ Eppel, Rainer/ Horvath, Thomas/ Mahringer, Helmuth. Arbeitsmarkt im Fokus. Arbeitsmarktanalyse des 2. Halbjahres 2014 mit Spezialteil zum Thema: dauerhafte und wiederkehrende Arbeitslosigkeit in Österreich: eine Typologie der Arbeitslosen. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien 2015.

Lichtenberger, Elisabeth. Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City. Wien 1977.

Löffler, Roland. Das historische Archiv der Postsparkasse. Abschließender Bericht über die Archivarbeiten und die inhaltliche und räumliche Organisation des historischen Archivs der Österreichischen Postsparkasse. Interne Dokumentation, Wien: Synthesis Forschungsgesellschaft 1988.

Löffler, Roland/Tomanek, Peter. Betriebliche Erneuerung und geschäftlicher Erfolg. Die österreichische Postsparkasse 1905-1912. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hrsg.). Stillstand ist Rückschritt. Der erste Postsparkassen-Gouverneur 1910. Erstes Postsparkassensymposium 1985 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1985, 24-42

Löffler, Roland/Tomanek, Peter. Vom „deponierten Büchel“ zum Postscheckverkehr. Technische, betriebliche und organisatorische Aspekte einer banktechnischen Innovation. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.). Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postscheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1887 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1987, 64-84

Löffler, Roland/Wagner, Michael (Hrsg.). Stillstand ist Rückschritt. Der erste Postsparkassen-Gouverneur 1910. Erstes Postsparkassensymposium 5. Dezember 1985. Wien: Österreichische Postsparkasse 1986.

Löffler, Roland/Wagner, Michael (Hg.). Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Viertes Postsparkassen-symposium 29. November 1990. Wien: Österreichische Postsparkasse 1990.

Mayer, Amalie/ Meissner, Hildegard/Siess, Henriette. Geschichte der österreichischen Mittelschule. Wien 1952.

Megner, Karl. Beamte. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k.k. Beamtentums (= Studien zur österreichisch-ungarischen Monarchie XXI). Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1985.

Mill, John Stuart/Taylor, Harriet/ Taylor, Helen. Die Hörigkeit der Frau und andere Schriften zur Frauenemanzipation. Frankfurt am Main 1976.

Nawiasky, Hans. Die Frauen im österreichischen Staatsdienst. In: Wiener Staatswissenschaftliche Studien 4/1 (1902), 157-246.

Pfleger, Elisabeth. „... daß der Scheckverkehr der Postsparkasse einen gesetzlichen Rahmen erhalte. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.). Im kurzen Wege. Hun-

dert Jahre Postscheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1887 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1887, 27-42.

Rathkolb, Oliver. Vermögenswerte jüdischer Kunden und Kundinnen im Postsparkassenamt Wien, Nazi Raub 1938-1945, 1. Forschungsbericht, Dezember 1998; 2. Forschungsbericht Jänner 2000.

Reuper, Julius. Frauenberuf und Frauenbildung. Ein Beitrag zur Frauenfrage. Wien 1878.

Riegler, Edith. Die Frauenarbeit in Österreich 1890-1934. Dissertation Wien 1974.

Sandgruber, Roman. Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Österreichische Geschichte hg. von Herwig Wolf-ram. Wien: Ueberreuter 1995, 2005.

Schaufler, Rosa. Die Kanzlei und Verwaltungsbeamtin. In: Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, hrsg. v. M.S. Braun, M. Hönig, G. Laube, B. List-Ganser, C. Zaglits. Wien: 1930

Schildt, Gerhard. Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Frauen in Geschichte und Gesellschaft, herausgegeben von Annette Kuhn und Valentine Rothe, Band 27. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft 1993.

Schirmacher, Käthe. Das Budget der erwerbenden alleinstehenden Frau. In Dokumente der Frauen, Bd. III, Nr., 3. Wien 1900.

Seebauer, Renate. Zur Konzeption der Pflichtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen vom Reichsvolksschulgesetz bis 1945. Mit besonderer Berücksichtigung Wiens. In: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 40 (1984).

Seliger, Maren/Ucakar, Karl. Wien. Politische Geschichte 1740 - 1895. Wien: Jugend & Volk 1985 (Geschichte der Stadt Wien 1)

Susman, Käthe. Die Stenographin und Maschinschreiberin in Österreich. In: Dokumente der Frauen, herausgegeben von Marie Lang, Bd. VI, Nr. 14. Wien 1901

Tomanek, Peter. Wandel der Strukturen. Die politische Ökonomie der Veränderung des Bankwesens zur Zeit Georg Cochs. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hg.). Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Viertes Postsparkassensymposium 29.November 1990 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1991, 9-30.

Wagner, Gertrude/Wagner, Michael. Rudolf Schuster-Bonnott. Zur Biographie eines Staatsbankiers. In Betriebliche Erneuerung und geschäftlicher Erfolg. Die österreichische Postsparkasse 1905-1912. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hrsg.). Stillstand ist Rückschritt. Der erste Postsparkassen-Gouverneur 1910. Erstes Postsparkassensymposium 1985 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1985, 9-22.

Wagner, Gertrude/Wagner, Michael. Produktive Ungeduld. Die Rolle Georg Cochs in der Entwicklung des Scheckverkehrs. In: Bernhard Heiller, Michael Wagner (Hg.). Im kurzen Wege. Hundert Jahre Postscheckverkehr. Zweites Postsparkassensymposium 4. Juni 1887 im Auftrag der Österreichischen Postsparkasse. Wien 1887, 9-23.

Wagner, Gertrude/Wagner, Michael. Georg Coch. Zur Biographie des Postsparkassengründers. In: Roland Löffler, Michael Wagner (Hg.). Kalkuliertes Wagnis. Zum 100. Todestag Georg Cochs. Wien: Österreichische Postsparkasse 1991, 65-80.

Wagner, Michael/Tomanek, Peter. Bankiers und Beamte. Hundert Jahre Österreichische Postsparkasse. Wien Österreichische Postsparkasse 1983.

Weisser, Renate. Der Wandel der Frauenerwerbsarbeit durch die Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung des statistischen Materials aus Österreich. Dissertation Linz 1979.

Zentralvereinigung der Architekten Österreichs. Otto Wagners Postsparkasse. Wien 1975.

6.4. Artikel in Zeitschriften

Dehn, Paul. Der Schöpfer des neuzeitlichen Postscheckverkehrs. Ein österreichisches Schicksal. In: Wiener Neueste Nachrichten 5. Jänner 1930.

Der Postsparkassen-Beamte 8, 9 und 10 (1904).

Nawiasky, Hans. Die Post und ihr Personal. In „Zeitschrift für Post und Telegraphie“, Nr. 1-3, Jg. 1914, Wien 1914.

Ohnesorge, W. Zur Einführung des Postsparkassendienstes im Deutschen Reich. In: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 18 (1938), 615-619.

7. Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1:	Berufstätige in Österreich nach Wirtschaftsabteilungen, 1890-1910	13
Tabelle 2:	Berufstätige in Wien nach Wirtschaftsabteilungen, 1890-1910	15
Tabelle 3:	Personalstände der Postsparkasse 1883-1900 zum Jahresende nach Kategorien	35
Tabelle 4:	Anteil der Kategorien an allen Beschäftigten der Postsparkasse, 1883-1910	36
Tabelle 5:	Personalstände der Postsparkasse 1900-1913 zum Jahresende nach Kategorien	40
Tabelle 6:	Anteile der Beschäftigtenkategorien an allen Beschäftigten der Postsparkasse, 1900-1913	41
Tabelle 7:	Geburtsort der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	62
Tabelle 8:	Wohnort der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	63
Tabelle 9:	Wohnverhältnisse der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	64
Tabelle 10:	Religiöses Bekenntnis der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	64
Tabelle 11:	Eintrittsalter der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	65
Tabelle 12:	Familienstand der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	66
Tabelle 13:	Beruf des Vaters nach Eintrittsperiode der Kalkulantinnen	69
Tabelle 14:	Muttersprache der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	70
Tabelle 15:	Anzahl der Schuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	71
Tabelle 16:	Zahl der Volksschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	71
Tabelle 17:	Zahl der Bürgerschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	72
Tabelle 18:	Verlauf der Pflichtschulausbildung der Kalkulantinnen: Kombination von Volksschul- und Bürgerschuljahren	73
Tabelle 19:	Zahl der Handelsschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsdatum	73

Tabelle 20:	Zahl der Fortbildungsschuljahre der Kalkulantinnen nach Eintrittsperiode	74
Tabelle 21:	Fremdsprachenkenntnisse der Kalkulantinnen nach Eintrittsdatum	75
Tabelle 22:	Eintrittsgehalt (auf Jahresgehalt umgerechnet) nach Eintrittsdatum	78
Tabelle 23:	Durchschnittliche Steigerung der Entlohnung nach Eintrittsdatum	79
Tabelle 24:	Remunerationen nach Eintrittsdatum	85
Tabelle 25:	Zahl der Urlaube nach Eintrittsdatum	87
Tabelle 26:	Zahl der Urlaube pro Jahr nach Eintrittsdatum	89
Tabelle 27:	Durchschnittliche Dauer der Urlaube nach Eintrittsdatum	90
Tabelle 28:	Urlaubstage pro Jahr nach Eintrittsdatum	91
Tabelle 29:	Geldaushilfen nach Eintrittsdatum	92
Tabelle 30:	Zahl der Krankenstände je Beschäftigungsverhältnis nach Eintrittsdatum	94
Tabelle 31:	Zahl der Krankenstände pro Jahr nach Eintrittsdatum	95
Tabelle 32:	Anteil der Krankenstandstage an der Beschäftigungsdauer nach Eintrittsdatum	97
Tabelle 33:	Krankenstandsgründe nach Eintrittsdatum	99
Tabelle 34:	Vorbeschäftigungen nach Eintrittsdatum	106
Tabelle 35:	Verteilung der Beschäftigungsdauern nach Eintrittsdatum	108
Tabelle 36:	Austrittsgründe nach Eintrittsdatum	110

8. Zusammenfassung

Im ausgehenden 19. Jahrhundert gab es für Frauen außerhalb der Landwirtschaft, der Fabriksarbeit und der Dienste in Haushalte nur wenige Möglichkeiten erwerbstätig zu sein. Im Dienstleistungssektor gab es außerhalb des öffentlichen Dienstes nur wenige Erwerbsmöglichkeiten; dies galt insbesondere auch für den Bereich der Finanzdienstleistungen.

Die im Jahr 1883 als Institut des „kleinen Mannes“ gegründete Postsparkasse setzte von Anfang auch auf den Einsatz von Frauen für die Bewältigung der mit der Belegerverarbeitung verbundenen manipulativen Tätigkeiten. Die Rekrutierungskriterien und Beschäftigungsbedingungen dieser „Kalkulantinnen“ lehnten sich zunächst stark jene im öffentlichen Dienst an: Die Bewerberinnen sollten ledige Töchter aus Beamten- und Offiziersfamilien sein, die lediglich sich selbst erhalten mussten. Die Anforderungen beschränkten sich auf gute Deutschkenntnisse, Beherrschung der Grundrechnungsarten und eine klare leserliche Schrift. Eine sozialrechtliche Absicherung im Krankheitsfall, Anspruch auf bezahlten Urlaub oder eine Altersvorsorge waren nicht vorgesehen.

Die Zahl der Kalkulantinnen wuchs in den 30 Jahren zwischen 1883 und 1913 stetig an, die Postsparkasse wurde zu einem der größten Arbeitgeber für Frauen in Wien. Von 7.000 Bewerberinnen wurden 2.500 Frauen eingestellt, der Anteil der Frauen am gesamten Personalstand der Postsparkasse stieg von 5,8% im Jahr 1883 auf über 36% an. Frauen waren damit eine wesentliche Stütze für einen reibungslosen Betrieb des Massengeschäftes der Postsparkasse.

Der zweite Teil der Masterarbeit analysiert anhand von Primärquellen aus dem umfangreichen Archiv der Postsparkasse inwieweit sich die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Frauen in der Zeit von der Gründung bis zum Ersten Weltkrieg entwickelt haben. Anhand der aufgenommenen Frauen der zwei Fünf-Jahres-Perioden 1883 bis 1887 und 1903 bis 1907 wurden sowohl die sozioökonomischen Merkmale als auch die Beschäftigungskarrieren der Frauen untersucht. Die Analysen ergaben, dass sich die Postsparkasse bereits in ihrer Gründungsphase nicht immer streng an die eigenen Aufnahme- und Beschäftigungskriterien gehalten hat. Zwar war die überwiegende Mehrheit der in den ersten Jahren aufgenommenen Kalkulantinnen ledig, doch wurden auch verwitwete Frauen mit Versorgungspflichten für Kinder aufgenommen, auch Frauen über 40 Jahren erhielten Beschäftigung. Im Krank-

heitsfall wurden die Kalkulantinnen nicht sofort entlassen, sondern ihnen in einigen Fällen für den Krankenstand das Taggeld belassen und die Beschäftigungsverhältnisse sogar bei mehreren Krankenständen pro Jahr aufrechterhalten. Obwohl es für die Damenabteilung in der Gründungsphase keine Regelung für Beförderungen oder Gehaltsvorrückungen gab, konnte mehr als ein Drittel der Kalkulantinnen während ihrer Beschäftigungsdauer durchschnittliche jährliche Gehaltssteigerungen von mehr als 6% lukrieren.

In der zweiten untersuchten Fünf-Jahres-Periode zwanzig Jahre nach Gründung der Postsparkasse hatten sich die Rahmenbedingungen für Frauen verändert. Zwar waren die Frauen zunächst immer noch auf Taglohn beschäftigt (die Beförderungs- und Besoldungsbestimmungen für Kalkulantinnen wurden erst 1909 festgelegt), dennoch gelang es über 70% der Frauen, die zwischen 1903 und 1907 eingestellt wurden, jährlich mehr als 6% Lohnsteigerung zu erreichen. Die Arbeitsplätze der Kalkulantinnen, deren Anteil am Gesamtpersonalstand zwischen 1900 und 1913 von 11% auf über ein Drittel anstieg, waren wesentlich sicherer geworden. Auch wiederholte Krankenstände führten nicht automatisch zur Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, die Versetzung in den zeitlichen (vorübergehenden) Ruhestand erfolgte oft erst nach Krankenständen von mehr als sechs Monaten Dauer.

9. Abstract

The present study examines women's work and employment at the Austrian Post Office Savings Bank in the period from 1883 to 1914 on the basis of primary sources. For a quantitative empirical analysis of the employment of women in the Post Office Savings Bank, both the financial reports, ordinances and writings published by the Postal Savings Bank were used as well as extensive file stocks of the Postal Savings Bank archive for a sample of women taken as employees in two selected five-years periods. These files include not only the personnel records (in which the socio-demographic characteristics of employees, their years of service, vacations, sick leave, pay and discharge reasons are noted) but also internal documents, official medical records and other files.

The Post Office Savings Bank, founded as a financial institution for harnessing the incomes and assets of the "little man" and the involvement in government debt financing, included women in their workforce already from the outset. They first tied entirely to the working conditions and recruitment criteria of public service (marriage and childlessness, employment on daily wages without social legal protection).

The empirical analysis of social documents of the Postal Savings Bank for two five-year periods from 1883 to 1887 and from 1903 to 1907 shows that the employment of women has changed in the first thirty years of the Post Office Savings Bank for the benefit of women. In the 30 years between 1883 and 1913, the Postal Savings Bank had become one of the largest employers of women in Vienna, 2,500 women were selected out of more than 7,000 candidates in this period; many of them remained in employment for more than 10 years. Thus, the Postal Savings Bank has made a valuable contribution to the opening of the financial services sector for the employment of women. At the same time the women had developed to be essential for a smooth operation of the retail business of the Postal Savings Bank.